

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Pfg. (zuletzt 2 fertige Blatt 10 Pfg. Stelleanzeige und Schlafstellenanzeigen das erste Blatt 10 Pfg. jedes weitere Blatt 5 Pfg. Fortsetzung über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsblätter und halbjährliche Sonntagsblätter „Die Neue Zeit“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich. Ausland 2,50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteicht täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 17. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Sozialdemokratische Steuerpolitik.

I. Prinzipielles.

Immer wieder versuchen die bürgerlichen Parteien die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber Steuerentwürfen als unklar und unberechenbar hinzustellen. Namentlich stellt die blaue und schwarze Brüderlichkeit es als ausgemacht hin, daß die Sozialdemokratie die Deckungsvorlagen, wie immer sie sich im einzelnen gestalten mögen, ablehnen müsse. Der Zweck ist klar. Die nationalliberalen Rüstungsanträge sollen dadurch für das Steuerprogramm der Rechten gewonnen werden. Und man sagt ihnen, daß Konservative und Merkale entschlossen seien, die Heeresvorlage abzulehnen, wenn sie sich nicht der schwarzblauen Steuerdiktatur unterwürfen. Auf der andern Seite scheinen die Nationalliberalen nicht übel Lust zu haben, die ihnen von dem Zentrum vorgeprochene Ausrede nachzusprechen und sich vor ihren Wählern wegen des beabsichtigten Verrats ihrer Steuerversprechungen zu rechtfertigen, indem sie der Sozialdemokratie die Schuld für ihren zu gewärtigenden Umfall zuschieben. Demgegenüber ist es notwendig, die prinzipielle Stellungnahme der Sozialdemokratie in Steuerfragen noch einmal zu klären. Die Fraktion selbst hat ja ihren Standpunkt bereits zweimal gekennzeichnet. Am 1. Mai vorigen Jahres gab in den Kommissionsverhandlungen über die Deckungsfrage Genosse Wurt folgende Erklärung ab:

„Wir Sozialdemokraten bewilligen für den Militarismus so auch für die jetzige Heeres- und Flottenvorlage, deren Annahme wir leider nicht verhindern können, keinen Mann und keinen Groschen. Wenn wir aber, wie in der gegenwärtigen Situation erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden kann, sind wir bereit, für eine solche direkte Steuer, z. B. für die Erbschaftsteuer, zu stimmen. Zu dieser Erklärung bin ich von meiner Fraktion ermächtigt.“

Ebenso heißt es in dem gemeinsamen Aufruf der deutschen und französischen Sozialdemokratie gegen den Rüstungswahnsinn:

„Wenn trotz ihres entschlossenen Widerstandes den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie beider Länder mit aller Energie dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden.“

Die prinzipielle Richtigkeit dieses Standpunktes wurde von Gen. Hilferding in der „Neuen Zeit“ in Nr. 33 des vorigen Jahres im Anschluß an jene Erklärung Wurts dargelegt. Und angesichts der jetzigen Situation halten wir es für angezeigt, einiges aus jenem Artikel wiederzugeben.

In früheren kritischen Situationen über Steuerfragen wurde von der einen Seite erklärt, daß für die Sozialdemokratie der Verwendungszweck einer Steuer überhaupt keine Rolle spiele. Werden aus irgendeinem Grunde neue Steuern nötig, so habe die Sozialdemokratie nur die Aufgabe, zu untersuchen, welche von den neuen Steuern dem Proletariat schädlich sei, und diese abzulehnen. Dagegen hünde nichts im Wege, daß die Sozialdemokratie, wie behauptet wurde, in Uebereinstimmung mit ihrem Programm Steuern bewillige, die das Proletariat nicht belasten. Diese Bewilligung sei ein Teil der positiven Arbeit, die die Partei stets leisten müsse.

Von anderer Seite wurde das Gegenteil behauptet: der Verwendungszweck sei das ausschlaggebende. Würden neue Steuern gefordert für Ausgaben, die die Sozialdemokratie verurteile, so dürfe die Partei keine neuen Steuern bewilligen, auch wenn diese neuen Steuern in ihrer Gesamtheit nicht das Proletariat, sondern die Besitzenden belasten würden. Uns scheint es nicht schwer, daß Unhaltbare in beiden Behauptungen aufzuzeigen. Es kann gar nicht bestritten werden, daß der Verwendungszweck für die sozialdemokratische Vereinstschaft, Steuern zu bewilligen, von außerordentlicher Bedeutung ist. Geht die Einführung oder Verbesserung sozialpolitischer Maßnahmen, zum Beispiel einer Witwen- und Waisensicherung oder einer Arbeitslosenversicherung, würde die Bewilligung neuer Steuern notwendig machen, so wird die Sozialdemokratie selbstverständlich ebenso, wie sie mit allen Kräften für die sozialpolitischen Ausgaben eingetreten ist, dafür sorgen müssen, daß auch die Einnahmen dafür geschaffen werden. Sie ist hier in einer ganz anderen Situation, als wenn es sich um die Deckung eines Defizits handelt, das für die militärischen Ausgaben entstanden ist. Hier wird ihr erster Gedanke sein, diese neuen Einnahmen womöglich zu verweigern, um dadurch dem Militarismus Schwierigkeiten zu bereiten. Nur wenn es bereits entschieden ist, daß die Vereinstellung der Bewilligung der Einnahmen nicht mehr gelingen wird, nur in diesem Falle sieht sich die Sozialdemokratie vor die Frage gestellt, was sie tun kann, um den Schaden, den neue Ausgaben für den Militarismus auf alle Fälle — wenn sie auch gänzlich aus direkten Steuern gedeckt würden — für das Proletariat bedeuten, möglichst wenig drückend und schädigend für die arbeitende Masse zu gestalten.

Daß eine solche Aufgabe an die Partei herantreten kann, ergibt sich aus den verschiedenen politischen Verhältnissen oder Parteigruppierungen, unter denen sehr häufig die Ausgabenbewilligung und die Einnahmendeckung sich vollzieht.

Betrachten wir den für die Sozialdemokratie wichtigsten und auch am häufigsten eintretenden Fall: ein Defizit entsteht durch imperialistische Ausgaben. Die Sozialdemokratie hat diese Ausgaben so wie stets mit aller Energie bekämpft. Immer mehr sieht sie sich aber, wenn es sich um Vermehrung des Heeres, der Flotte oder um Förderung von Kolonialausgaben handelt, einer geschlossenen Bilanz aller bürgerlichen Parteien gegenüber. Der Uebergang des gesamten Bürgertums in das imperialistische Lager ist ja eines der charakteristischen Merkmale der Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern in allen kapitalistischen Staaten. Der Kampf, den die Sozialdemokratie gegen den Imperialismus führt, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Partei wegen der ungeheuren Bedeutung, die er für die Erhaltung des Friedens und für die Beschleunigung der sozialistischen Umwälzung besitzt. Und dieser Kampf ist für die Agitation und Propaganda der Sozialdemokratie von großem Erfolg. Dagegen ist es wegen des geschlossenen Widerstandes der Bourgeoisie gerade in diesem Kampfe schwer, unmittelbare, positive, parlamentarische Erfolge zu erzielen. Gewöhnlich setzt die imperialistische Politik ihren Zweck durch, und die geforderten Ausgaben werden bewilligt.

Ganz anders die Situation, wenn es sich darum handelt, die bewilligten Ausgaben durch Steuern zu decken. Das Bürgerium, das eben einig war, beginnt sich nun nach seinen Klasseninteressen zu spalten, und ein bestiger Kampf hebt an, indem die einzelnen Schichten der Besitzenden die neuen Steuerlasten von sich selbst fernzuhalten suchen. Nur in einem sind sie einig: den größten Teil der Lasten durch indirekte Steuern auf das Proletariat abzuladen. Aber dieses Bestreben selbst findet gewisse Grenzen. Die Aufklärung der Sozialdemokratie hat die breiten Schichten weit über die Kreise der Partei hinaus die Bedeutung der indirekten Steuern kennen gelernt. Die Furcht, ihre Anhänger aus den besitzlosen Kreisen an die Sozialdemokratie zu verlieren, zwingt die bürgerlichen Parteien zu einer gewissen Rücksichtnahme, die bei den verschiedenen Parteien je nach dem Maß, in dem sie noch Gefolgschaft aus den besitzlosen Bevölkerungsmassen hat, naturgemäß sehr verschieden ist. Sie können es daher nicht wagen — um so weniger, je stärker die Sozialdemokratie bereits ist —, die neuen Lasten ganz mit indirekten Steuern zu bestreiten. In dem Moment, wo aber neben indirekten Steuern Besitzsteuern zur Einführung gelangen, werden auch die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien lebendig, und diese Gelegenheit kann die Sozialdemokratie unter günstigen Umständen benützen, um ihrerseits Einfluß zu gewinnen auf die Verteilung der neuen Steuerlast zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Die politische Situation ist bei dem Kampf um die Deckung der Einnahmen eine ganz andere, als bei dem Kampf um die Bewilligung der Ausgaben. Im ersten Falle steht die Sozialdemokratie isoliert einer geschlossenen Bilanz gegenüber; im zweiten kann sie die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien selbst ausnützen, um einen Teil der neuen Steuerlast vom Proletariat fernzuhalten. Der Kampf um die Ausgaben war die erste Schlacht, in der um den Imperialismus gekämpft wurde. In dieser Schlacht ist das Proletariat parlamentarisch zunächst unterlegen. Der Kampf um die Steuern ist eine zweite Schlacht, in der sich die Besitzenden und die Besitzlosen gegenüberstehen, um die Frage zu entscheiden, wer von den beiden ganz oder wenigstens teilweise die Kriegskosten zahlen soll. Daß diese Kosten gezahlt werden müssen, ist durch die Bewilligung der Ausgaben meist schon entschieden. Es müssen außergewöhnliche Umstände sein, die es ermöglichen würden, das Resultat der ersten Schlacht wieder zu vernichten. Da die Bourgeoisie imperialistische Politik macht, so wird sie auch im allgemeinen entschlossen sein, diese Kosten so oder so aufzubringen. Wäre es möglich — und hier erscheint wiederum die Wichtigkeit des Verwendungszwecks — durch Verweigerung der neuen Steuern der imperialistischen Politik Abbruch zu tun, also durch Verweigerung etwa neuer Einnahmen eine Herabsetzung der Ausgaben für Flotte oder Kolonien zu erzielen, so besteht kein Zweifel über die Pflicht der Sozialdemokratie, alles daran zu setzen, diese Einnahmen zu verweigern, und würden sie auch insgesamt die Besitzenden treffen. Wenn aber dies wie gewöhnlich nicht zu erzielen ist, so ist das sicher für die Sozialdemokratie kein Grund, nunmehr das Schlachtfeld völlig den Gegnern zu überlassen, den Kampf aufzugeben und es den bürgerlichen Parteien anheimzustellen, wie sie die neuen Lasten verteilen wollen. Dies könnte aber der Fall sein, wenn die Sozialdemokratie, den Blick ganz allein auf den Verwendungszweck gerichtet, diejenigen Fraktionen der bürgerlichen Parteien nicht durch ihre Stimmen unterstützen würde, die wenigstens einen Teil der Ausgaben durch direkte Steuern decken wollen. Die Verweigerung der Sozialdemokratie würde diesen Fraktionen den Vorwand geben sich mit den Befürwortern der Deckung nur durch indirekte Steuern zu vereinigen, da das Defizit ja doch gedeckt werden müsse.

Die Behauptung, die Sozialdemokratie müsse oder dürfe auch nur direkte Steuern oder, wie wir lieber sagen wollen, Rebrwertsteuern irgendwelcher Art, ohne Rücksicht auf den Verwendungszweck, bewilligen, verfällt in die vul-

gäre Vorstellung, als ob nur die indirekten Steuern (Arbeitslohnsteuern) eine ausschließliche Belastung des Proletariats, die direkten Steuern eine ausschließliche Belastung der Bourgeoisie bedeuteten. Die Irrigkeit solcher Auffassung hat schon Kenner in seiner Broschüre „Das arbeitende Volk und die Steuern“ nachgewiesen. Die Ausgaben für Militarismus und Marinismus sind unproduktive Ausgaben. Mögen auch diese Ausgaben zunächst bestritten werden aus den Einnahmen der Besitzenden und sehen wir hier ganz davon ab, daß solche Steuern den Widerstand der Kapitalisten gegen eine Besserstellung der Lebenshaltung der Arbeiter verstärken, so ist es doch klar, daß die Verdrängung von Milliarden zu unproduktiven Zwecken eine Verringerung der Produktivität der Gesamtwirtschaft bedeutet, ein langsames Wachsen volkswirtschaftlich wichtiger Kapitalanlagen, eine Einengung des Beschäftigungsfeldes für die produktive Arbeit und daher in letzter Linie auch eine Benachteiligung der Arbeiterklasse in sich schließt. Dazu kommt, daß, je drückender die Steuerlast ist, die für imperialistische Zwecke auferlegt wird, um so stärker der Widerstand der Regierung und der Besitzenden Klasse gegen alle jene Aufgaben der staatlichen Verwaltung wird, an denen das Proletariat, wie z. B. an sozialpolitischen Gesetzen, das stärkste Interesse hat. Unser Eintreten für direkte Steuern kann unter keinen Umständen bedeuten, daß wir für alle direkten Steuern, die eine Regierung wünscht, bedingungslos einzutreten haben. Es kann nur bedeuten, daß wir in erster Linie die direkten Steuern fordern als Ersatz für indirekte, und daß wir uns unter Umständen mit direkten Steuern abfinden können, wenn wir dadurch die Bewilligung indirekter Steuern verhüten.

Man sieht, sozialdemokratische Steuerpolitik läßt sich nicht auf die einfache Formel der direkten und indirekten Steuern und auch nicht auf die andere der Billigung oder Mißbilligung des Verwendungszwecks zurückführen. Steuerkämpfe sind immer Machtkämpfe. Die Steuerbewilligung oder Verweigerung ist das stärkste Machtmittel eines Parlaments im Kampfe mit der Regierung. Steuern, die man an sich vielleicht bewilligen könnte, müssen verweigert werden, wenn es dadurch gelänge, die Regierung zu gewissen politischen Zugeständnissen auf anderen Gebieten zu zwingen. Wäre es den liberalen Parteien Ernst gewesen mit der Erreichung parlamentarischer Macht, die letzte Finanzreform, wie immer sie beschaffen gewesen wäre, hätte niemals zustande kommen dürfen ohne die Verankerung der Souveränität des Parlaments in neuen Verfassungsgarantien. Steuerkämpfe sind Machtkämpfe zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien und der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, in diesen Machtkämpfen mit voller Wucht einzugreifen und alles daran zu setzen, dem Proletariat neue Lasten zu ersparen. Das schließt aus, daß die Sozialdemokratie Steuern bewilligt, die das Proletariat unmittelbar treffen. Der Kampf gegen die das Arbeitseinkommen treffenden Steuern steht im Mittelpunkt jeder sozialdemokratischen Steuerpolitik. Aber die Sozialdemokratie kann auch Besitzsteuern in der Regel nur dann und unter solchen Umständen bewilligen, wenn sie der einzige Ausweg sind, um vom Proletariat schädlichere Steuern abzuwehren. Nur wenn der Sozialdemokratie für einen von ihr geforderten Verwendungszweck neue Steuern unerlässlich erscheinen, und wenn es ausgeschlossen ist, diese Ausgaben durch Verringerung anderer unproduktiver Ausgaben zu decken, nur in einem solchen Falle wird die Sozialdemokratie von vornherein für direkte Besitzsteuern eintreten können.

Diese Ausführungen beweisen, daß die Verantwortung für die Gestaltung der Deckungsvorlagen auf den Liberalen, vor allem auf den Nationalliberalen ruht. Diese haben es in der Hand, an Stelle der unzusammenhängenden und unzulänglichen Einzelmaßnahmen der Regierung eine wirkliche Reichsfinanzreform zu machen. Wie diese in ihren Grundzügen beschaffen sein müßte, soll ein zweiter Artikel darlegen.

Der ruhende Riese.

Brüssel, 15. April. (Eig. Ber.)

Zweiter Streiktag. Die Spannung löst sich. Der erste große Eindruck hat über die erregten Gemüter gleichsam Beruhigung gebracht: als wenn jeder zu sich sagte: Endlich...

Aber dieses Endlich heißt auch zugleich wieder Anfang und Öffnung neuer, bewegterer Spannungen noch mit einem unbekanntem Spiel dramatischer Kräfte.

Die Sprache des besagten Ereignisses sind Ziffern. Ob sie in Zukunft mit Liebe oder Häß werden ausgesprochen werden, sie werden nichtsdestoweniger reden und wirken. Noch treten diese Ziffern nicht überall in ihrer vollen Klarheit hervor und das Kampffeld dieser „stillen Schlacht“ löst sich in dem dichten Induktivland noch nicht völlig überblicken, noch kann jemand seine Grenzen feststellen. Selbst bei dem kurzen, unorbereiteten, unorganisierten Generalfreitag von 1902 gab es ein Anschwellen der Zahl der

Streikenden bis zum vierten Tage. Am ersten Tage gab es — nach den Feststellungen eines klerikalen Beamten — 140 000, am vierten Tage 231 927 Streikende. Wir haben jetzt einen Monate lang vorbereiteten Streik vor uns. Der erste Tag schon setzte mit einer Zahl von mindestens 300 000 Streikenden ein. Und der zweite Tag zeigt ein Anschwellen der Hiffen in allen Teilen des Landes.

In Brüssel selbst, dieser Stadt, die von allen Großstädten Europas vielleicht den geringsten Prozentsatz von Industriearbeitern aufweist, sieht man von der Bewegung verhältnismäßig wenig. Nicht in dieser Luxusstadt par excellence, wo sehr viel konsumiert und sehr wenig produziert wird, sondern in den riesigen Industriebezirken der wallonischen Provinzen Hennegau und Lüttich, in den Fabrikkästen wie Gent und Berviers, im Antwerpener Hafen wird die große Schlacht geliefert. Um eine unmittelbare Anschauung der Situation zu gewinnen, muß man dort hinreisen. Morgen werde ich denn auch eine mehrtägige Tour durch die Hauptgebiete des Kampfes antreten. Ich wollte jedoch Brüssel nicht verlassen, ohne mir zunächst das anzuschauen, was hier vom Streik zu sehen ist. Eine Rundfahrt durch die Arbeitervororte Groß-Brüssels bot mir dazu Gelegenheit.

Der Brüsseler Spieker, der den Rübergefahrten, die die klerikale Presse von dem Anfang des Streiks über dessen juchhabenden, gewalttätigen Charakter systematisch verbreitete, Glauben geschenkt und sich wie für eine Belagerung approvisioniert und bewaffnet hatte, war ganz erstaunt, als er am Montag konstatierte, daß er zur gewohnten Stunde seinen Morgenkaffee mit frischen Brötchen genießen und mit der Straßenbahn durch die kaum weniger als sonst belebten Straßen nach seinem Geschäft fahren konnte. Das mag ihn — im Verein mit der Lektüre der klerikalen Presse, die mit der ihr eigentümlichen Unverfrorenheit von einem „mishlungenen Generalstreik“ redet — zu dem gegenteiligen, aber nicht weniger irigen Glauben verleitet haben, es sei eigentlich viel Kärm um nichts gewesen, weil er vom Streik nichts oder mindestens viel weniger, als er erwartet hatte, sah.

Und doch hätte er, um den Streik mit eigenen Augen zu sehen, nicht einmal bis zum Vorinoge oder nach Lüttich fahren brauchen; schon ein halbstündiger Spaziergang durch ein Arbeiterviertel hätte ihn belehrt, daß es keine leere Drohung war, als die Arbeiterpartei den Streik aller Industriearbeiter vorbereitete, und daß die Brüsseler Industriearbeiter ebenso der Parole des Streikkomitees gefolgt sind, wie die wallonischen Vergarbeiter oder die Genter Weber.

Es gibt in Groß-Brüssel überhaupt nur zwei oder drei größere Fabriken, und zwar solche, die ausschließlich ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, wo noch gearbeitet wird. In allen übrigen — meist Maschinenfabriken, Druckereien und Automobilfabriken — wird gestreikt. Nur hier und da wurde am heutigen Dienstag noch mit einem ganz geringen Teil des Personals weitergearbeitet; die meisten bestreikten Betriebe sind überhaupt geschlossen worden. Und wenn man im Zentrum der Stadt so wenig streikende Arbeiter bemerkt, so einfach deswegen, weil sie der Parole des Streikkomitees gefolgt sind, die innere Stadt möglichst zu meiden, damit den Gendarmen und Polizisten, die dort die Hauptgebäude „verteidigen“, keine Gelegenheit zu „Aktionen“ gegeben wird. Die Leute sind entweder zu Hause — wer ein Gärtchen hat, ist dort mit dem Spaten oder der Sichel beschäftigt; manch anderer benützt die Gelegenheit, hier eine Tür frisch anzustreichen, dort sich in der für Laien schwierigen Kunst des Tapetenklebens zu üben — oder sie benutzen das schöne Frühlingswetter, das auf die schweren Schneefürne vom Sonntag gefolgt ist, zu einem Spaziergang in die Umgebung. Die einzige Unterbrechung war bis jetzt der Besuch des Streikkontrolllokals und in einigen Berufen auch ein paar Stunden Streikpostenstellen.

Jeder Streikende bekommt seine Kontrollkarte und soll diese in dazu besonders bestimmten Lokalen täglich abstempeln lassen. Solcher Lokale gibt es in Groß-Brüssel 141, die meist in Wirtschaften der Vororte eingerichtet sind. Bei dieser Gelegenheit ist darauf geachtet worden, daß in keinerlei Form Trinkzwang ausgeübt wird. Die Streikenden können sich von 9 Uhr bis mittags zur Kontrolle anmelden, und zwar in dem Lokal, in dem sie ihre Karte ausgestellt erhalten haben. Die Verteilung der Lokale ist nicht nach Berufen, sondern nach Stadtvierteln vorgenommen worden. Die von den Kontrollleuten ausgefüllten Formulare werden nachmittags den verschiedenen Gewerkschaftssekretariaten übermittelt.

In den meisten Kontrolllokalen, die ich heute besuchte, sah eine Anzahl Streikender umher, ohne etwas zu trinken. Hier werden Zeitungen gelesen, dort wird Skat gespielt, etwas weiter spielt ein mehr oder weniger musikalisch talentierter Streikender seinen Genossen auf dem Klavier Lieder vor, die von den anderen im Chor mitgesungen werden.

In den fünf Filialen, die das Brüsseler Volkshaus in den Vororten hat, ist dieselbe strenge Streikordnung durchgeführt wie in dem Hauptlokal: am Eingang warnt die zweisprachige Aufschrift: „Local privé“ — „Privatlokal“ diejenigen, die dort nichts zu suchen haben, daß sie nur dann hereingelassen werden, wenn sie den vor der Tür postierten Ordnern ihre Streikkarte oder ihre Mitgliedskarte von der Partei vorzeigen können. Punkt 6 Uhr abends geht eine Klingel, drei Minuten später sind alle Besucher draußen auf dem Heimwege. In dem Volkshause von Brüssel-Stadt, dem schönen Arbeiterpalast der Rue Joseph Stevens, ist der Teil des Gebäudes, in dem die Sekretariate der Organisationen untergebracht sind, auch den Streikenden und Parteimitgliedern versperrt; hier werden nur die Genossen herein gelassen, die eine besondere rote, mit ihrem Bilde versehene Legitimationskarte mit sich führen, die nur denen ausgestellt wird, die mit irgendeiner besonderen Funktion beauftragt worden sind. Auf diese Weise wird der Andrang der Neugierigen und der — Unbefugten sehr wirksam zurückgehalten. Nur das Café, die Lesehalle und die Bibliothek sind den Streikenden allgemein zugänglich. Im Café werden nur alkoholfreie Getränke verkauft — auch für die besteht hier kein Trinkzwang — und mittags kann man da für 10 Centimen einen riesigen Teller Suppe mit Brot bekommen.

Weitere Zunahme der Streikenden in Belgien.

Brüssel, 16. April (Privattelegramm des „Vorwärts“).

Der Streik hat heute überall weitere Ausdehnung erfahren. In Brüssel sind heute 25 000 Streikende mehr. Die Gas- und Elektrizitätsarbeiten halten heute abend eine Generalversammlung ab. Am Freitag findet in Brüssel eine allgemeine Demonstration der Streikenden statt. In Gent haben die Streikenden heute um 22 600 zugenommen, in Antwerpen um 1200. Am Donners-

tag veranstalteten die Antwerpener Hafenarbeiter eine Demonstration. In Louvres und Ramour hat der Streik an Umfang bedeutend zugenommen. Im Revier Lüttich streiken heute 6000 Arbeiter mehr. Der Brüsseler Hafen liegt ganz still, ebenso wird im Hafen von Gent nirgends mehr gearbeitet, es laufen dort keine Schiffe mehr ein. In Alost sind die Arbeiter von drei weiteren Fabriken in den Streik eingetreten, ebenso in Grammont die Arbeiter aller Zündholz- und Zigarrenfabriken. In Charleroi und Vorinoge ist die Arbeitsruhe absolut bis auf 2 Hochöfen. Alle Bergwerke, Glasbläsereien, Modellfabriken und Stahlgießereien in der Provinz Hennegau liegen still. Der Regierungsbericht gibt für das Centre-Revier 46 550 Streikende an und 4950 Arbeitende, der Regierungsbericht für Charleroi meldet für gestern 69 750 Streikende; das ergibt einschließlich der Nachsicht 80 000 Streikende. Für das Lütticher Revier gibt der Bericht für gestern 69 983 Streikende an. Die Zusammenstellung der Regierungsberichte für Montag ergibt 292 000 Streikende. Dieser Bericht ist noch sehr lückenhaft und umfaßt eine große Anzahl Streikender aus verschiedenen Berufen nicht. Donnerstag finden die ersten Versammlungen von Kindern statt und zwar von Antwerpen und Berviers aus.

In der Sitzung der Deputiertenkammer, die heute nachmittag stattfand, machte die Haltung der Regierung und der Rechten den Eindruck der Unbesonnenheit und Ueber-raschung. Für Donnerstag ist eine Fraktionsitzung der Rechten einberufen. Es ist nicht möglich, die genaue Angabe der Streikenden für heute zu machen; jedoch ist die Zahl von 400 000 um ein Bedeutendes überschritten und eine weitere Ausdehnung noch überall zu erwarten, mit Ausnahme der Reviere von Charleroi und Vorinoge, wo die Arbeitsruhe bereits absolut ist. Zwischenfälle sind heute nirgends vorgekommen, abgesehen von einer Verhaftung in Alost, wegen Bedrohung eines Streikbrechers.

Die Sitzung der Kammer.

Brüssel, 16. April. In der heutigen Sitzung der belgischen Kammer beantragte der Radikale Lorand ein Referendum darüber, ob die Einleitung einer Verfassungsrevision angebracht sei. Er verlangte für seinen Antrag die schleunigste Beratung. Die Sozialdemokraten beantragten Vertagung der Beratung über die Heeresvorlage auf 14 Tage, da die Kammer und das Land nicht in der Verfassung seien, derartige Beratungen fortzuführen. Dann wurde über den Streik verhandelt. Der Liberale Hymans erklärte, die Politik des Ministeriums ermangele der Offenheit, denn der Ministerpräsident habe Hoffnungen erweckt, die er nicht erfüllen dürfte oder wollte. Auch Vandervelde stellt nachmals fest, daß bei der Zurücknahme des Generalfreilichbeschlusses im Monat Februar den vermittelnden Bürgermeistern der großen Städte vonseiten des Ministerpräsidenten Hoffnungen auf eine Einigung gemacht wurden. Der Ministerpräsident erklärte, er habe nur gelogt, die Frage der Kommunal- und Provinzialwahlen zur Prüfung zu stellen, aber er habe nicht von den allgemeinen Wahlen gesprochen. Er ließ in seiner Rede durchklingen, daß, wenn wieder Ruhe im Lande sei, man nochmals an die Erörterung der Verfassungsfrage herantreten könne. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Um das Gehalt des Reichskanzlers.

Für den Posten des Reichskanzlers sind im Etat 100 000 M. ausgemorfen, außerdem hat der erste Beamte des Reiches den Anspruch auf eine möblierte Dienstwohnung. Wie außerordentlich gering aber die Gegenleistungen sind, die heut von dem leitenden Staatsmann des Reiches für diese Dotierung gefordert werden, das bewiesen die heutigen Debatten, die sich im Reichstag an diesen Staatsrat knüpften, von neuem. Schon die letzten Tage, als in der vergangenen „großen Woche“ Bethmann Hollweg seine auswärtige Politik zu verteidigen suchte, ließen mit erschreckender Deutlichkeit die Dürftigkeit der Regierung erkennen. Heut wurde das Bild der Unzulänglichkeit dieses Kanzlers noch ergänzt durch eine gründliche Schilderung seiner inneren Politik.

Unsere Genossen Gradnauer und Hüttmann hatten bei der für eine Charakterisierung Bethmannscher Politik vorliegenden enormen Stofffülle dadurch einen schweren Stand, als es un-gemein schwer war, aus dem Ueberfluth der zu kritisierenden Zustände das Morlaute in gedrängter Kürze herauszuheben. — Mit vollem Recht gab Gradnauer seiner Rede den Grundton, daß sich die Regierung Bethmann Hollwegs durch einen allgemeinen Stillstand auf sozialpolitischem und auf dem allgemein politischen Gebiete auszeichne. Die wenigen geringen Fortschritte, die hier und dort zu verzeichnen seien, werden wieder völlig aufgehoben durch den reaktionären Zug, der durch unsere innere Reichspolitik geht. Der preussische Minister des Innern, v. Dallwig, scheint den Ton auch im Reich anzugeben. Darum gehe es nicht vorwärts mit dem Bahrechtsausbau im Reich und in den Einzelstaaten. Dagegen aber vergeblich man das Verzinns- und Versammlungsgesetz, dessen neueste Verletzung die Ausweisung des französischen Genossen Compère-Morel aus Magdeburg und Braunschweig ist. Als unserer Redner diesen politischen Willkürakt als eine Schande für Deutschland bezeichnete, da schneit der als Präsident amtierende Nationalliberale Paasche auf und verläßt mit einem Ordnungsruf für den Redner die Bloßstellung der preussischen Polizei verbieten zu können. Doch der Redner unserer Partei ging weiter in seiner Schilderung des Bethmannschen Regimes. Er wies auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die arbeitende Bevölkerung Deutschlands existieren muß, hin. Diesen jammervollen Zuständen, die gestützt und künstlich aufrecht erhalten werden durch die agrarische Joll-politik, stellte Gradnauer die in Nordamerika sich anbahnende Antisozialpolitik-Bewegung gegenüber. Freilich, die Abhängigkeit des Kanzlers von den Junkern läßt eine baldige Besserung dieser Verhältnisse in Deutschland nicht erwarten. Und wie der Kanzler sich zu der großagrarischen Landwirtschaft hingezogen fühlte, ebenso scheint er sich dem Zentrum wieder zuzunehmen, mit dem über die Heeres- und Deckungsvorlagen und der Aufhebung des Jesuitengesetzes ein Geschäft in Vorbereitung zu sein scheint. — Doch dieses Bild von der Regierungslässigkeit Bethmanns wäre unvollständig, wenn man an den neuerlichen Redeprodukten Wilhelm II. und dem sich wieder ungemein stark bemerkbar machenden persönlichen Regiment Kaiserreichs vorübergehen wollte. Unsere Redner nahmen dann auch auf die jüngsten Kaiserreden, insbesondere auf die im Landwehroffizierskloster gehaltenen, Bezug, und er unterließ es auch nicht, näher auf den Fall des Cabiner Pächters Soht einzugehen. Wieder hatte man es dabei mit einem nervösen Präsidenten zu tun. Der freisinnige Dove unterbroch den Redner wiederholt bei der Kritik der Kaiserreden und bei der Schilderung des Falles Soht. Aber trotzdem blieb der Eindruck der Gradnauerschen Rede mit überwältigender Macht der, daß, alle diese Dinge zusammen betrachtet, auch Bethmann mit dazu beigetragen hat, daß die

25 Jahre der Regierung Wilhelm II. nichts anderes zulage gefördert haben, als politische Verhältnisse und Zustände in Deutschland, die weit hinter unserer kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleiben.

An diesem Eindruck vermochte der Reichskanzler, der sich sofort nach unserem Genossen erhob, mit seinen Ausführungen nicht das Mindeste zu ändern. Im Gegenteil, was Bethmann sagte, war eine glänzende Bestätigung der sozialdemokratischen Kritik seines Regierungssystems. Nicht jene große Frage, die von unserem Redner angeregt war, griff der Kanzler auf, nur den Verdacht, mit dem Zentrum zu händeln, suchte er abzuwehren, ohne das ungläubige Lächeln von den Lippen der Zuhörer verdrängen zu können. Von dem Fall Compère-Morel wußte der erste Beamte des Reiches heute noch nichts, und auch dem braunschweigischen Bundesratsbevollmächtigten war die Sache unbekannt. Aber trotzdem, Bethmann Hollweg hieß auch ohnedies die Maßnahmen der preussischen Polizei und des allmächtigen v. Dallwig gut. Ebenso wie der Kanzler sich mit der Erledigung des Falles Soht durch das kaiserliche Juvillakabinet einverstanden und für befriedigt erklärte. Nur behauptete Bethmann Hollweg, das Gut Cabinen sei dem Kaiser nicht geschenkt, sondern von demselben gekauft worden. Unsere Genossen Gradnauer und Hüttmann traten dieser Darstellung mit plausiblem Beweisstücken erfolgreich entgegen. Zum Schluß stellte sich Bethmann wieder vor seinen „kaiserlichen Herrn“, und dessen Kabinorede vom 10. März diente dem Kanzler zum Ausgangspunkt für einen neuen Sammelaufwurf an alle bürgerlichen Parteien zur wirksamen Belämpfung der „religionsfeindlichen und vaterlandslosen“ Sozialdemokratie. Dabei entschlüpfte dem Kanzler das interessante, Geständnis, daß er in höchst eigener Person die „Leipziger Volkszeitung“ wegen einer sogenannten Verächtlichmachung religiöser Einrichtungen der Justizverwaltung denunziert habe. Der Reichskanzler als Angeber! Das fehlte noch an dem Bilde unserer Regierung. — Nach diesen rhetorischen Kraftleistungen und nach dieser charakteristischen Selbstschilderung setzte sich der Kanzler, um gleich darauf aus dem Saale zu verschwinden.

Der Pole Morawski konnte darum auch bei dieser Gelegenheit dem Reichskanzler nicht davon in Kenntnis setzen, daß der Reichstag über die Polenpolitik Bethmanns ein Mißtrauensvotum gefaßt hatte. Der Pole wie der freisinnige Piesching und Ligentiate Rum m rebeten nur vor dem Stuhl des Reichskanzlers, so daß es richtig war, daß unsere Genossen um 8 Uhr einen Vertagungsantrag stellten. Doch die bürgerlichen Parteien, Zentrum, Nationalliberale und Konservative, die nicht ein Wort zum Stillsitzen des Kanzlers zu sagen hatten, lehnten im Bunde mit den Fortschrittler den Vertagungsantrag ab.

So kam Genosse Hüttmann noch zum Wort, der in würdevoller Rede die Ausführungen Gradnauers ergänzte und der den geistlosen Angriff Bethmanns auf unsere Partei mit Erfolg entgegentrat. Insbesondere verteidigte Hüttmann unseren Antrag auf Einführung des Proporzwahlrechts für den Reichstag.

Als es über diesen Antrag zur Abstimmung kam, standen dafür außer unseren Genossen die Freisinnigen, die meisten Nationalliberalen und die Polen auf. Das Zentrum hatte Fraktionsstimmung, so daß nur die Konservativen gegen unseren Antrag stimmten, für den eine zweifelhafte Mehrheit von Abgeordneten sich erhoben hatte. Aber konnte sich das Präsidium wirklich über das Stimmenverhältnis nicht einig werden, oder wollte man Bethmann Hollweg diesen neuerlichen Schlag ersparen, kurz und gut, es kam zum Hamel'sprung. Mit Hilfe des herbeigeklingelten Zentrums wurden dann 90 Stimmen gegen und 88 Stimmen für den Antrag gezählt. Das Haus war nicht mehr beschlußfähig, die Sitzung slog auf, und Bethmann muß noch einige Tage auf die Bewilligung seines Gehalts warten.

Dem Staatssekretär des Auswärtigen wurde dagegen noch vorher nach Erledigung des Restes der Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes das Gehalt bewilligt. — Dabei kam noch ein haarsträubender Fall des Verzagens des deutschen Konsulats in Valparaiso zur Sprache. Dieses Konsulat versagte mißhandelten Schiffsjungen eines deutschen Schiffes jeden Schutze. Doch mit berechtigtem Nachdruck wies Genosse Pollembuhr die Hauptschuld an solchen Vorkommnissen unserer Seemannsordnung zu, die die Seeleute rechtlos macht gegenüber den Vorgesetzten. Ueber den Vorfall in Rancy wußte Jagoiw nichts Neues zu sagen, und Genosse Bernste in sprach die Hoffnung aus, daß man diesseits und jenseits der Vogeien die darob entflammten Schreier recht bald zur Ruhe bringen möchte.

Der Chauvinismusrummel.

Die Aufregung unserer Heppatrioten über den Zwischenfall von Rancy geht unentwegt weiter, trotzdem die deutsche Regierung sich bereits mit mehr als ausreichender Energie des Rechtes und des Schutzes seiner Staatsangehörigen angenommen hat. Unter sensationellen Kiefenüberschriften behandelt nicht nur die Presse der Panzerplattenpatrioten und der Munitionsaktionäre den Zwischenfall, sondern leider auch die liberale, sogar die freisinnige Presse! Ein wahrer Chauvinistenkoller hat sich unserer ganzen Bourgeoisie bemächtigt.

Für sie ist ja der alberne Dummenjungenstreik der Opfer der französischen Patriotenerziehung geradezu ein gefundenes Fressen. Nichts Abfälligeres hätte unseren Rüstungsindustriern widerfahren können, als dieser kindliche Zwischenfall in Rancy. Nun haben sie ja den Beweis dafür in Händen, daß das französische Volk in Rancy gefesselt ist, daß Deutschlands Grenzen bedroht sind, daß Deutschlands Armeeeisenhaft verhärtet werden muß, um sich des „welschen Erbfeindes“ zu erwehren.

Daß nur eine Handvoll dumme Jungen den Stempel in Rancy verursachte und daß selbst die chauvinistische Presse Frankreichs den abgeschwärmten Chauvinistenstreik aufs schärfste verurteilt, kümmert unsere Heppatrioten und Rüstungsinteressen samt ihren liberalen und fortschrittlichen Handlangern nicht im geringsten. Für sie ist Frankreich, wo all die Jahre hindurch Hunderttausende deutscher Gäste die liebenswürdige Aufnahme gefunden haben, jetzt zu einem „wilden Lande“ geworden, gegen dessen unerhörte Grzesse und dessen bedrohliche Angriffslusternheit der deutsche Michel sich mit einem doppeltso schweren Kürsch und doppelt so großem Sarras umpanzern und umgärten muß!

In der Tat, daß die gesamte französische Presse, die läppischen Ausbreitungen in Rancy aufs schärfste mißbilligt und größtes Gewicht darauf legt, daß dieser Zwischenfall so rasch als möglich beigelegt wird, beweisen schon folgende Mitteilungen des Wolffschen Depeschensbüreaus:

Paris, 16. April. Die gesamte Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Ranche Vorfall. Der Figaro schreibt: Die französische Regierung hat weise gehandelt, als sie einen hohen Beamten nach Rancy entsandte, damit er an Ort und Stelle eine Untersuchung einleite und möglichst rasch die Vertreter des Polizeikommisars von Rancy wieder gut mache, dessen Pflicht es gewesen wäre, die Kundgebungen zu verhindern und dem Minister des Innern genauen Bericht zu erstatten. Alle Verantwortlichkeiten werden festgesetzt und der Zwischenfall aufs

rasche gesteuert werden. Denn auf beiden Seiten besteht aufrichtiges Bestreben dazu. Die deutschen Blätter werden bald mit uns in dieser Hinsicht einig sein und das Vorkommnis, welches beklagenswert ist, wird vielleicht wie das von Lunéville dazu beitragen, das dauernde Mißverständnis zu beseitigen, unter dem schließlich beide Länder schwer leiden würden.

Der Petit Parisien sagt: Es ist die Pflicht aller auf beiden Seiten der Vögel, jede Herausforderung und jede unziemliche Kundgebung zu vermeiden. Es ist unsere Pflicht, unseren guten Ruf der Galtlichkeit aufrecht zu erhalten. Solche Vorfälle, die man sorgfältig hintanhalten sollte, können nicht ernst genommen werden und auch nicht auf den Beziehungen beider großen Länder lästigen.

Der Matin schreibt: Es ist jedenfalls bedauerlich, daß in einer französischen Stadt friedliche Reisende beschimpft wurden, weil sie deutscher Nationalität sind. Viele hunderttausend Ausländer wohnen in Frankreich oder besuchen Frankreich alljährlich. Der Fremde wird hier, ob er Deutscher, Engländer oder Amerikaner sei, mit Rücksicht und Höflichkeit behandelt und die öffentliche Meinung Frankreichs kann nicht dulden, daß man einen Fremden nur deswegen beschimpft, weil er Deutscher ist.

Auch alle übrigen Blätter äußern sich in derselben Weise und bezeichnen es geradezu als absurd, daß der indische Bierstand von Ranch zu einer politischen Spannung zwischen den beiden Nationen hätte führen können.

Daß die französische Presse, darunter auch die „Humanité“ des Genossen Jaurès, sich darüber wundert, daß Deutschland den an sich so nebensächlichen Zwischenfall so tragisch nimmt und nicht nur in der Presse einen wahren Heidenlärm schlägt, sondern auch sofort die offiziellen Stellen mobil macht, um von Frankreich „Sühne“ für die Beleidigung seiner Staatsbürger zu heischen, ist durchaus begreiflich. Denn ohne daß dadurch irgendwie die Interessen der gekränkten Deutschen geschädigt werden sollen, muß es doch in der Tat höchstes Erbarmen erwecken, wie prompt und schneidig sich auf einmal die deutsche Regierung der Interessen ihrer Bürger Frankreich gegenüber annimmt, während sie sich von dem lebenswichtigen östlichen Nachbar, von Rußland, das Unglaublichste hat gefallen lassen!

Als seinerzeit die russische Kriegslotte unter Rosdolskowsky zu glorreicher Offizierat nach Ostasien auszog, um schon in der Nordsee ein Bombardement auf deutsche Fischerboote zu eröffnen, da hatte es die deutsche Regierung nicht so eilig, um Schutz für seine Bürger und Senugung von Väterchen zu erlangen. Dabei wogen die freundschaftlich gespendeten russischen Bomben doch wohl etwas schwerer, als die Liebenswürdigkeiten, deren sich die Geschäftsfreisenden in Ranch zu erfreuen hatten.

Und sind nicht oft genug deutsche Grenzbewohner von russischen Grenzwachtern mit blauen Bohnen empfangen, sind nicht wiederholt harmlose deutsche Freibadler von den Kosaken Wäterschens scharf beschossen worden, ohne daß sich der Stolz der deutschen Regierung geregt hätte? Wenn man all die russischen Unerschämtheiten, die hundertmal schlimmer waren, als die Beleidigung einer Handvoll französischer Chauvinisten, stets ruhig eingesehen hat — wozu nimmt man jetzt auf einmal den Mut, sich über die französischen Unlebenswürdigkeiten so maßlos aufzuregen?

Man sieht, daß die deutsche Regierung, die doch in den letzten Tagen wieder durch ihre törichte Ausweisungspraktik dem französischen Gaste des deutschen Preklorials gegenüber ihre sinnlose Respektlosigkeit überzeuget hat, wahrhaftig nicht den geringsten Grund hat, die chauvinistische Ueberreiztheit unserer deutschen Presse durch ihre Respektlosigkeit noch künstlich zu steigern!

Wir Sozialdemokraten berodchten und brandmarken die lediglich im Interesse des internationalen Ausbentertums liegende chauvinistische Hege in Frankreich ebenso rüchschuldig wie in Deutschland. Wir Sozialdemokraten wollen den internationalen Frieden weder durch deutsche Ermahnungen und Hegezeien noch durch französische Albernheiten geschädigt wissen. Aber wir wollen nicht dulden, daß ganz vereinzelte und ganz belanglose Ausschreitungen französischer Kindsköpfe über Gebühr aufgebauscht werden, nur damit unsere deutschen Rüstungstreiber und Kriegshäher um so leichter Gelegenheit finden, ihre völk- und friedensfeindlichen Rüstungsprojekte beschönigen zu können!

Preußen gegen das Reich.

Es gehört zu den Gepflogenheiten preussischer Minister und der in Preußen herrschenden Parteien, wenn sie die Zeit für gekommen halten, von der Tribüne der Dreiklassenparlamentes herab gegen den Deutschen Reichstag mobil zu machen. So ist es von jeher gewesen. Immer und immer wieder spielt sich Preußen als den Lehrer Germaniens auf; die Junker, die im Reich unter dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht nicht mehr so viel zu sagen haben, mißbrauchen die Macht, die ihnen das Heilsadswahlrecht verleiht, um in Preußen nicht nur die Wahlen zu knebeln, sondern auch den gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands von hier aus ihren Willen aufzuzwingen.

Dies Spiel, das wir schon so oft erlebt haben, wiederholte sich am Mittwoch bei der dritten Lesung des Etats des Finanzministeriums. In theatralischem Aufzuge, der selbst Herrn Dr. Friedberg als wohlberichtetes Schauspiel erschien, erhoben sich nach einander die Vertreter der Konservativen und der Freikonservativen, um im Verein mit dem Finanzminister Lenke gegen eine sozialere Gestaltung der dem Reichstage vorliegenden Wehrvorlage mobil zu machen. Daß die beiden konservativen Parteien, denen sich später ihr schwarzer Blockbruder anschloß, in einer Reichsvermögenssteuer die größte Gefahr für den Geldbeutel der Besitzenden erblickten und daß sie sie deshalb mit allem Nachdruck bekämpfen, ist nicht neu. Aber daß auch der verantwortliche Leiter der preussischen Finanzen die demagogische Hege mitmacht, daß er dies Gespenst einer Abhängigkeit der Einzelstaaten in ihren Finanzen vom Reich an die Wand malt und davor warnt, die bisherige finanzielle Selbstständigkeit der Einzelstaaten in ihren Finanzen preiszugeben, das ist geradezu unerhört. Es beweist das in gleichem Maße die Abhängigkeit der preussischen Regierung von dem schwarzblauen Block wie die Wandlungsfähigkeit des Herrn Lenke, der sich in noch kürzerer Zeit als sein Vorgänger Miquel vom Nationalliberalen zum Hörsen des Bundes der Landwirte gemauert hat. Im übrigen freilich besteht zwischen den beiden Ministern keine Ähnlichkeit, denn Herr v. Miquel war, wie man auch sonst über seine Tatkraft denken mag, ein geistreicher Mann.

Es ist ein Verdienst unseres Genossen Viebknecht, daß er in einer zwar kurzen, aber treffenden Rede der Lage die Schellen umhing und so die schwarzblauen Parteien zwang, wiederholt ihrer Abneigung gegen die Heranziehung des Vesiges Ausdruck zu verleihen. Die Reden, die die Herren auch jetzt wieder gegen eine Reichsvermögenssteuer und eine Reichserbschaftsteuer vom Stapel ließen, werden uns in dem bevor-

stehenden Wahlkampf ebenso gute Waffen sein, wie vorher bei der Beratung des Etats der Bergverwaltung das Auftreten des Handelsministers gegen die ober-schlesischen Bergarbeiter, deren Interessen sich Veinert energisch angenommen hatte.

Beim Etat des Handelsministeriums rednete Vorchardt mit dem Fortschrittler Ruggan wegen seines Eintreten gegen die Väterchereordnung ab und zeigte an der Hand amtlichen Materials, wie kulturwidrig und gesundheitsgefährlich die Zustände in manchen Väterereien sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. April 1913.

Für die Reichserbschaftsteuer.

Neben dem Hansabund hat nun auch der Bund der Industriellen in einer erweiterten Sitzung seines Großen Ausschusses zu den Wehr- und Deckungsvorlagen Stellung genommen. Im Sinne der Reserate der früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann und Dr. Weber (Direktor der Mitteldeutschen Kreditbank) erklärt die dazu angenommene Resolution die einmalige Vermögensabgabe für „zulässig“, wünscht aber keine Wiederholung dieses durch außergewöhnliche weltpolitische Ereignisse bedingten außergewöhnlichen Schrittes. Der Bund spricht sich weiter scharf gegen die Doppelbesteuerung der Aktien-gesellschaften und der Versicherungsgesellschaften aus und fordert bei der Besteuerung eine gleichmäßige Behandlung aller Gewerbezweige, um so mehr, als für die Landwirtschaft unbilligerweise besondere Erleichterungen vorgesehen seien. Der vorgeschlagenen Veredelung der Matrularbeiträge kann der Bund nicht zustimmen, da für die Einführung einer allgemeinen Besitzsteuer durch die einzelstaatlichen Landesparlamente keine Gewähr gegeben sei. Nach Auffassung des Bundes kann als direkte Reichsbesitzsteuer lediglich die Reichserbschaftsteuer in Frage kommen.

Der gemilderte Majestätsbeleidigungsparagraf.

Frankfurt a. M., 16. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Genosse Wittrich, der verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, wurde wegen Beleidigung des Deutschen Kaisers von der Strafkammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt. Die Beleidigung soll in einer Notiz über die Affäre des Pächters Sohst enthalten sein. Die Verhandlung fand unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Die „gemilderte“ Anwendung des Majestätsbeleidigungsparagrafen wurde von den bürgerlichen Parteien als eine Ernüchterung der Modära hochgepriesen. Wie es mit dieser „Milderung“ politisch unliebsamer Angeklagten gegenüber bestellt ist, zeigt das Frankfurter Urteil. Als die „Post“ im vorigen Jahre von „Guilleaume la Timide“ und „le valeureux poltron“ sprach, hat sich kein Staatsanwalt gerührt. Hier handelte es sich aber um einen Sozialdemokraten und da mußte wieder einmal bewiesen werden, daß in Preußen-Deutschland alle vor dem Gesetze gleich sind.

Eine Dementierung Wilhelms II.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der Sitzung der Berliner Stadtverordneten am Donnerstag, den 10. d. M., hat bei Erörterung eines Vermächtnisfalles der sozialdemokratische Stadtverordnete Dr. Rosenfeld sich erlaubt, den Monarchen in die Erörterung hineinzuziehen, und zwar unter gleichzeitiger Verwendung falscher, längst widerlegter Angaben. Der Redner bemerkte nämlich: „Vor einigen Jahren starb ein mit Glücksgütern reich gesegneter Mann, der auch arme Verwandte hinterließ, zu seinem Erben aber einen mit irdischen Gütern überhäuften Mann einsetzte. Der glückliche Erbe war der preussische Landesherz, der belamlich das Gut Cadinen geerbt hat, und derselbe Mann, der darüber als Landesherz zu entscheiden hat, ob bei einer solchen Gelegenheit nahe Verwandte berücksichtigt werden sollen, hat bei der Zurechnung, die ihm geworden, nahe Verwandte nicht berücksichtigt.“

Die Dementierung wird auf solche Weise mit einer halblösen Klatscherei behelligt, zu deren Entstehung nicht der geringste sachliche Anlaß erkennbar ist. Vor geraumer Zeit schon hatten wir („Norddeutsche Allg. Ztg.“ Nr. 117 vom 19. Mai 1905) dargelegt, daß das Gut Cadinen im Jahre 1898 in das Eigentum des Kaisers übergegangen ist. Es geschah auf Grund eines Vertrages, in dem die Gegenleistung die Uebernahme der mehr als eine halbe Million betragenden Hypotheken und sonstigen Lasten, die Zahlung einer reichlichen jährlichen Leibrente an den Vorbesitzer und endlich die Entrichtung eines dem Werte des lebenden und toten Inventars entsprechenden Kapitals stipuliert wurden. Hier nach handelte es sich weder um Erbschaft noch Schenkung oder ähnliches, sondern um einen Vertrag, worin Leistung und Gegenleistung genau festgesetzt waren.

Diese „Dementierung“ wird am besten durch das Schreiben Wilhelms II. widerlegt, das dieser an den Voreigentümer des Gutes Cadinen am 1. September 1898 gerichtet hat:

Sie haben mir in der Immediateingabe vom 29. August d. J. die auch von Ihrem vereinigten Bruder begabte Absicht kundgegeben, Ihre Begüterung Cadinen mit Meßberg und Scharfberg sowie Adelsdorf Vorwerk und Mühle in meinen Besitz übergeben zu lassen. Durch die hochherzige Verfügung Ihrer treuen, patriotischen Gesinnung tief gerührt, erkläre ich mich zur Annahme Ihres Anerbietens freudig bereit. In dem ich mir alle weiteren Maßnahmen dieserkalb vorbehalte, drängt es mich, Ihnen schon jetzt meinen königlichen Dank von Herzen auszusprechen und die bereitwillige Erfüllung Ihrer geduldeten Wünsche zuzusichern. Ich verbleibe Ihr wohlgeneigter König

ges. Wilhelm R.

So schließt man nicht Verträge, so nimmt man „hochherzige“ Schenkungen entgegen. Es mag sein, daß die Cadinen-Schenkungen auch noch in Vertragsform vollzogen worden ist. Das ändert aber nichts an der Hauptsache: Wilhelm II. hat Cadinen geschenkt erhalten, und Verwandte des früheren Eigentümers haben trotz ihrer Bitte keinerlei Abfindung erhalten.

Noch ein Orden für Herrn v. Senden.

Der Adjutant des Kaisers, Oberst Freiherr v. Senden, dessen Eisenbahnadventurer so unliebsames Aussehen bei dem Zivilpaß erregt hatte, der aber trotz seiner „Schweineerei“ mit einem preussischen Orden bedacht worden war, ist nunmehr auch noch durch einen bayerischen Orden ausgezeichnet worden. Er hat, wie aus München gemeldet wird, den Militärdienstorden dritter Klasse erhalten. Ob der Ehrgeiz des Herrn dadurch freilich befriedigt sein wird, bleibt dahingestellt. Möglicherweise wird dieser Erstklassige bei dem Empfang des drittklassigen Ordens wieder einmal ärgerlich schnarren: „So eine Schweineerei!“

Die friedensausichten.

London, 15. April. Das Reutersche Bureau erfährt, daß, obwohl bis zum Abend noch keine amtliche Nachricht von dem Abschluß des Waffenstillstandes eingetroffen war, man in amtlichen und diploma-

tischen Kreisen glaubt, daß der Friedensschluß bevorsteht und daß man annimmt, die Friedensdelegierten würden sich in kurzer Zeit wieder in London versammeln. Hakkı Pascha, welcher kürzlich hier wegen der türkisch-persischen Grenze verhandelt hat, soll zusammen mit Reschid Pascha und Naby Pascha zu türkischen Friedensunterhändlern ernannt werden. Am Nachmittag wurde gemeldet, daß Romakowitsch im Begriff ist, von Belgrad nach London abzureisen; ob Venizelos in der Lage sein wird, Athen zu verlassen, wird bezweifelt. In bulgarischen Kreisen ist noch keine Nachricht darüber eingetroffen, ob Dr. Danew wieder nach London kommen wird.

Unruhen in Armenien.

Konstantinopel, 16. April. Das Ministerium des Innern veröffentlicht folgendes Communiqué: Armenische Blätter haben ein dem armenischen Patriarchat zugegangenes Telegramm aus Billis veröffentlicht, wonach sich der dortigen türkischen Bevölkerung große Erregung bemächtigt habe, verursacht durch ein von Unbekannten verübtes Verbrechen, das Armeniern zugeschrieben werde. Vier Armenier seien verwundet worden und in der Stadt herrsche panikartiger Schrecken. Nach einem Telegramm des Bots von Billis über diesen Vorgang wurde ein Kurze in Billis aus bisher unbekanntem Grund von neu Armeniern getötet. Daraufhin zogen die Verwandten des Getöteten in größter Aufregung an der Spitze eines Volksaufmarsches vor den Regierungssitz und verlangten die strenge Verstrafung der Schuldigen. An die Versicherung, daß die Regierung alles Mögliche tun werde, lehnte sich die Menge nicht, sondern verlangte die sofortige Hinrichtung der Mörder. Schließlich brachten sie den Leichnam des Getöteten vor den Konsul und erklärten, die Leiche zurücklassen zu wollen, ohne sie zu begraben. Die Behörden ergriffen die entsprechenden Maßnahmen, die Menge wurde gestreut und der Leichnam von der Bevölkerung befreit. Später wurden Verwandte des Getöteten eines der Mörder namens Avedis habhaft, mißhandelten ihn, seine Frau, seine Mutter und noch eine Person, die zur Hilfe gerufen waren. Zwei dieser Angreifer wurden verhaftet, der dritte entkam. Es sind strenge Maßnahmen ergriffen worden, um ihn festzunehmen und die Ordnung aufrechtzuerhalten. Nach einem weiteren Telegramm des Bots von Billis sind acht des Mordes beschuldigte Armenier verhaftet worden.

Der Persische Golf.

Konstantinopel, 16. April. Die Pariser Nachrichten, wonach zwischen der Persie und England ein Abkommen über den Persischen Golf abgeschlossen wurde, werden hier als verfrüht betrachtet.

Der Fall Palitsch.

Belgrad, 16. April. (B. T. B.) Wie dem serbischen Pressbureau aus Jafalowa gemeldet wird, unterzeichnete die gemischte Kommission, die den Fall Palitsch untersuchte, am 15. d. M. ein Protokoll, in dem festgestellt wird, die Kommission habe keine überzeugenden Beweise dafür gefunden, daß Palitsch im Gefängnis auf Veranlassung der montenegrinischen Behörden erschossen wurde. Auch sei kein Beweis dafür erbracht worden, daß Palitsch von seiner montenegrinischen Militärsorte mit Vorbedacht ermordet wurde. Die Kommission konnte nichts feststellen, was die Angaben der montenegrinischen Behörden, daß Palitsch einzig und allein infolge eines Fluchtversuches erschossen wurde, entkräftet hätte. Die Kommission verfolgt jetzt ihre Aufgabe weiter und prüft die Angelegenheit der Belegungen zur Orthodogie.

Schweiz.

Volksabstimmung und Wahlen.

Zürich, 14. April. (Fig. Ver.) Die Eittlichkeitsheudler und Steuerbetrugler haben in der Volksabstimmung des Kantons Zürich gesiegt. Die Streichung der gesetzlichen Bestimmung über die Zulassung des Konfubinats wurde mit 58 179 gegen 39 773 und die Abschaffung der amtlichen Inventarisation in Todesfällen mit 45 374 gegen 38 829 Stimmen beschlossen.

Mit der Abschaffung der amtlichen Inventarisation nicht nur im Todesfall der Mutter, die neu eingeführt war, sondern auch im Todesfälle des Vaters, die seit langer Zeit bestand, ist die Wechs frei gemacht für alle reichen Steuerbetrüger, die nun nicht mehr befürchten müssen, daß nach ihrem Tode ihre tatsächlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse amtlich ermittelt werden müssen.

Die Zivilprozessordnung ist mit 58 140 gegen 15 002 Stimmen angenommen worden.

Die Wahlen haben in den Gemeinden außerhalb der Stadt Zürich an den bisherigen Vertretungsverhältnissen der Parteien in den Behörden wenig geändert. In der Stadt Zürich hat die erste Wahl nach dem Proporz unserer Partei nicht den von manchem Genossen erwarteten Gewinn an Mandaten gebracht. Sie eroberte zu ihren bisherigen 49 Sitzen im Großen Stadtrat nur weitere vier neue, so daß die Fraktion nun 53 Mann stark, womit sie zwar die stärkste unter allen Fraktionen ist, aber mit 8 Stimmen unter der Mehrheit bleibt.

Unsere vier Vertreter im neungliedrigen Kleinen Stadtrat sind mit 12 330 bis 13 781 Stimmen wiedergewählt worden.

Afrika.

Vom Kolonialkrieg der Italiener in Tripolis.

Rom, 15. April. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Benghasi: General d'Alessandro ist am 13. an der Spitze einer mobilen Kolonne von Infanterie, Kavallerie und Artillerie aus Benghasi aufgebrochen, hat schnell die Linie unserer Forts überschritten und naheinander die Oasen Siol el Seghir und Siol el Kedit besetzt, darauf griff er das Lager der Beniabadutinen an und nahm es mit Sturm; die Beduinen, zur Flucht gezwungen, zerstreuten sich nach verschiedenen Richtungen und überließen unsern siegreichen Truppen das Lager mit einer großen Menge von Munition, Lebensmitteln und Material. Um 8 1/2 Uhr nachmittags wehte unsere Fahne über dem brennenden Lager. Unsere Verluste an diesem Tage betragen vier Tote und 45 Verwundete; der Feind ließ 50 Tote auf dem Schlachtfelde zurück, viele andere und zahlreiche Verwundete hatte er mit sich genommen; 50 Beduinen wurden gefangen genommen.

Benghasi, 15. April. Am Morgen des 13. April machten Patrouillen der in Tozmeia gelandeten Truppen einen Aufklärungsmarsch nach Weg zu. Sie schlugen dabei die Beduinen, die sich ihnen entgegenstellten, in die Flucht. Die Beduinen hatten 20 Tote und zahlreiche Verwundete. Auf italienischer Seite wurden drei Asfaris getötet, acht verwundet. General d'Alessandro ist mit einem Teile seiner Truppen nach Benghasi zurückgekehrt; andere Truppenteile unter dem Befehl des Generals Maghieri blieben in Benina. — Im Lager von Benina explodierte gestern ein Geschöß, das am 13. April abgeschossen worden, aber nicht geplatzt war. Durch die Explosion wurden ein Offizier und drei Soldaten getötet und mehrere Soldaten verwundet.

Gewerkschaftliches.

folgen des christlichen Terrorismus.

Der christliche Terrorismus im Kampfe der Färber der Seidenindustrie in Arefeld hat einen christlich organisierten Färber namens Karl Widmann in den Tod getrieben. Er war einer jener christlich organisierten Färber, die es mit ihrer Arbeiterlehre nicht vereinbaren konnten, Streikbruch zu begehen. Trotz einer 14jährigen Zugehörigkeit zum christlichen Textilarbeiterverband weigerte sich dieser, dem alten Mann weiter Streikunterstützung zu zahlen. Er konnte es nicht über sich gewinnen, aus seiner Organisation, die ihm infolge langjähriger Zugehörigkeit ans Herz gewachsen war, auszutreten oder Streikunterstützung bei dem Deutschen Textilarbeiterverband in Anspruch zu nehmen. Die Unternehmer und die christlichen Führer bearbeiteten den Mann. Da es in der Familie an Brot fehlte, drängte seine Frau zur Arbeit. Am Montag, den 14. April, vormittags, äußerte er zu Streikenden: „Was soll ich nun tun? Hineingehen will ich nicht. Unterstützung bekomme ich auch nicht mehr. Uebertreten mag ich nicht, und meine Frau drängt mich, Streikbrecher zu werden. Ich gehe jetzt hin, hänge mich auf, oder gehe in den Rhein.“ Einen anderen Ausweg fand der Mann aus seinem Gewissenskonflikt nicht. Am demselben Tage abends wurde er von einem Fabrikarbeiter als Leiche aus dem Rhein gezogen!

Berlin und Umgegend.

Der Berliner Militärsattler ist nun auch in den Spanndauer Betrieben eingeführt und von den Unternehmern durch protokollierte Erklärung vor dem Gewerbeamt anerkannt. Dieser Vorgang ist infolge der Bedeutung, als vor zwei Jahren die Sattler der Firma Wilke die Einführung dieses Tarifes trotz 10wöchigen Streiks nicht erreichten, da die Behörden dem Sabotageanten die Lieferungsstreifen verweigerten.

Die **Maschinenmacher** beschäftigten sich in einer Versammlung mit dem Streit der Münchener Schuhmachergesellen, der nun schon bis in die fünfte Woche dauert. Bekanntlich hatten die Schuhmacher dort auf dem dekadischen Tarif Anstellung gefunden, die als minimal zu bezeichnen sind. Die Herren Schuhmachermeister glaubten aber, durch Lohnabzüge (und zwar bei 70 Positionen einzelne Positionen sogar bis 100 Proz.) die Forderungen der Kollegen illusorisch zu machen. Zwei Verhandlungen vor dem Einigungsamt (Gewerbegericht) mußten ergebnislos verlaufen, da die Arbeitgeber nur Lohnablagen von 2 bis 4% Proz. gewähren wollten, diesen Zulagen freier oder die erwähnten bedeutenden Abzüge gegenüber. Da begründeter Verdacht besteht, daß die Berliner Schuhmachermeister Streikarbeit anzufertigen versuchen werden, ist Vorhaft dringend geboten; jede verdächtige Arbeit ist sofort im Bureau zur Meldung zu bringen.

Zum **Kellereistreit** in „Hudepeter“, Mühlstraße 20, sei mitgeteilt, daß die bis gestern im Hause eingerichtete fliegende Polizeiwache wieder in ihr Stammquartier verlegt worden ist. Ebenso wurde die Strohhallenhalle, welche Herrn Martin zuzuliehe verlegt war, wieder dem Verkehr übergeben. Dagegen bleiben die Kriminalbeamten und die mit Gummihüpfeln versehenen Arbeitsschützen unter Führung des Herrn Franz Kuhn im Lokal.

Mit dem **Inhaber des neu eröffneten „Hudepeter“**, Eduard Andreasstraße und Grüner Weg, Herrn Döbbel (früher Königsplatz), haben auf dessen Wunsch Verhandlungen stattgefunden. Zu einer Einigung kam es jedoch nicht. Beide Betriebe sind für organisierte Geiseln gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin.

Bei der „**Deutschen Post- und Eisenbahnverkehrsweisen A. G.**“ in Staaken bei Spandau streiken die Arbeiter. Da fortgesetzt falsche und irritierende Berichte über den Streik in die Presse langiert werden, so veröffentlichen wir nachstehend die Ursache zu den Differenzen bei der Firma:

Zu letzter Zeit hatten sich in einzelnen Abteilungen Mißstände eingestellt, welche den Arbeiterauschuss veranlaßten, zwecks Abstellung derselben bei der Betriebsleitung vorstellig zu werden. Es befaßte sich denn auch eine Meisterkonferenz mit der Betriebsleitung mit den vorgebrachten Mißständen. Statt dieselben nun aber zu untersuchen und abzustellen, beobachteten die Meister auf Grund der vorgebrachten Beschwerden die Vertrauensleute und Aufsichtsmittelglieder systematisch bei der Arbeit, um Grund zur Entlassung zu finden. Hierbei tat sich der Meister Konrith besonders hervor, der den in seiner Abteilung beschäftigten Vertrauensmann in jeder Weise schikanierte und provozierte, so daß sich dieser veranlaßt sah, dieserhalb den Meister Konrith zur Rede zu stellen. Dadurch schloß sich derselbe nun beleidigt und bedroht und der Vertrauensmann wurde entlassen. Zur Charakteristik des Meisters Konrith sei noch mitgeteilt, daß er vor Jahresfrist bei einer Affordritigkeit einen Arbeiter mit dem Revolver bedrohte. Die Firma legte damals dem Arbeiterauschuss nahe, die Affäre nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Nach Wiedereinstellung des Vertrauensmannes verhandelte der Arbeiterauschuss mit der Betriebsleitung und es wurde auch eine Einigung dahin erzielt, daß derselbe bei einem anderen Meister weiter beschäftigt werden sollte. Als sich der Vertrauensmann aber an anderen Tagen zur Arbeit meldete, weigerte sich der betreffende Meister, ihn einzustellen. Nach abermaliger Verhandlung mit der Betriebsleitung erklärte derselbe nun, daß die Meister es absahen, den Entlassenen wieder einzustellen. Sollte die Betriebsleitung demnach gezwungen werden, den Vertrauensmann wieder einzustellen, so würden sämtliche Meister ohne Einhaltung der Kündigungsfrist ihre Posten verlassen. Als jede Aussicht auf Wiedereinstellung des Vertrauensmannes gescheitert war, trat die gesamte Arbeiterschaft der Fabrik mit Zustimmung der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes in den Streik. Am Tage der Verlesung des Streiks wurde noch kurz vor Feierabend ein Mechaniker, der auf Montage geschickt werden sollte, aber erst die Versammlung abwarten wollte, auf der Stelle entlassen. Die Firma versucht nun unter allerlei falschen Vorwänden, der Streik sei beendet usw., Arbeitswillige heranzuziehen. Der Streik steht für die Arbeiter außerst günstig. Mit den Streikbrechern, die sich angefangen haben, meist unbrauchbaren Elementen, kann die Firma nichts anfangen. Genau so geschahen, wie die gesamte Arbeiterschaft den Streik begonnen hat, wird sie ihn auch fortsetzen. Die Streikenden erfordern nun darum, jeden Zugang fernzuhalten und machen die Vorkämpfer Arbeiterschaft besonders darauf aufmerksam, weil versucht wird, dort Arbeitswillige anzuerwerben. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Ratschlag gebeten.

Deutsches Reich.

Von den örtlichen Tarifverhandlungen im Zimmerergewerbe

Liegen bis jetzt die Ergebnisse vor aus 8191 Orten mit 47060 Zimmerern, von denen 38024 Verbandsmitglieder sind. Da an der diesjährigen Tarifbewegung 12943 Orte mit 75117 Zimmerern (darunter 57144 Verbandsmitglieder) beteiligt sind, fehlen mithin noch die Ergebnisse für 4752 Orte mit 28037 Zimmerern, von denen 10123 dem Zentralverbande angehören.

Die Angebote der Unternehmer bewegen sich im wesentlichen in dem gleichen Rahmen wie die bereits in der vorigen Woche mitgeteilte. Die Vermutung, daß den örtlichen Organisationen der Unternehmer durch Beschlüsse ihrer Bezirksverbände die Grenzen der Angebote genau vorgeschrieben sind, hat sich im weiteren Verlaufe der Verhandlungen bestätigt. Nur wenige Gebiete sind davon ausgenommen. Auf den entscheidenden Widerstand stößt die Anforderung auf Verfürzung der Arbeitszeit. Nur vereinzelt sind Zugeständnisse gemacht worden. So ist für Rogasen die zehnstündige Arbeitszeit bewilligt; dort wurde bisher noch elf Stunden geordert. Für Christburg, Lauenburg i. Pom., Bommern, Riesenburg und Sogard auf Rügen soll die zehneinhalbstündige Arbeitszeit durch die zehnstündige abgelöst werden. Für Ansbach und Ingolstadt verfürzt sich die Arbeitszeit von zehn auf neunehnhalf Stunden, und für Vargteheide, Emden und Plauen i. S. von zehn auf neunehnhalf Stunden. In Vargteheide soll die neunehnhalfstündige Arbeitszeit am 1. April 1914 eintreten, in Plauen am 1. April 1915 und in Emden am 1. Oktober 1913.

Für eine große Anzahl Orte halten die Unternehmer mit jeglichem Angebote zurück. So ist für nachfolgende Orte nicht das geringste Zugeständnis gemacht worden: Anklam, Gostrop, Celle, Crefeld, Creuzburg, Dortmund, Essen, Eutin, Flottbeck, Frankenthal, Freising, Friedrichsdorf, Gesehacht, Halberstadt, Hameln, Heidelberg, Kaiserlautern, Landslut, Lübbenau, Ludwigschafen, Mannheim, Marne, Meldorf, Neuzelle, Neuzelle, Nörs, Müdenberg, München-Glabach, Neuhaldensleben, Oberhausen, Oldenburg, Pforzheim, Reinbeck, Schleiz, Schwartau, Schwarzenberg, Sebnitz, Spremberg, Springe-Elbbergen, Stendal, Wedel und Welhelmsbaven.

Die Lohnangebote sind sehr verschieden. 1 Pf. für die dreieinhalbstündige Vertragsdauer haben zugestanden: Brandis, Burg a. Rhenn, Burg in Dithmarschen, Czarnikau, Egestorf, Guben, Heide, Keer in Ostfriesland, Mals, Neuzelle-Fürstenberg, Peine und Sonneberg. In zwei von diesen Orten soll der eine Pfennig im zweiten, in vier Orten gar erst im dritten Jahre gezahlt werden.

2 Pf. für die Vertragsdauer sind bewilligt worden in Ahrensburg, Beuthen (Bezirk Liegnitz), Eisenach, Eisleben, Frankfurt an der Oder, Freuden, Glogau, Götze, Grünberg i. Schl., Holzhausen-Farmont, Kolmar in Posen, Latowitz, Neuzelle, Riesenburg a. B., Roderberg, Luedslinburg, Sogard, Salzwedel, Sprottau, Suhl, Teier, Uetersen und Wernigerode. In 17 von diesen Orten verteilen sich die 2 Pf. auf das zweite und dritte Vertragsjahr, es tritt mithin im ersten Jahre eine Lohnrückzahlung nicht ein.

Auf 8 Pf. für die Vertragsdauer lautet das Zugeständnis für Annaberg, Aue, Bergedorf, Bergen-Gatz a. Rügen, Bitterfeld, Vollenhain, Bramsch, Braunschweig, Burg a. Magdeburg, Delitzsch, Eilenburg, Elmshorn, Garzbitz, Habersleben, Heidenheim, Juchum, Lauenburg a. E., Liegnitz, Meiningen, Neustadt i. Holst., Osterleben, Pinnberg, Plön, Rendsburg, Salzwedel, Scharfshausen, Salslaw, Sonderburg, Tangermünde, Tübingen, Walsrode und Wanzleben. In 22 Orten verteilen sich die 8 Pf. so, daß auf jedes Jahr 1 Pf. entfällt.

4 Pf. sind angeboten für Ahrensberg, Altröbstedt, Apenrade, Augsburg-Elmsborn, Greiz, Hohenalza, Hörnerkirchen, Ingolstadt, Kolberg, Marienwerder, Norden, Nordhausen, Oepeln, Osterburg, Penig, Ronneburg, Sogard-Zahny a. Rügen, Schmälld, Scharfshausen, Stolz, Straßburg i. Elb., Tondern und Wisler. In 10 von diesen Orten sollen in diesem Jahre 2 Pf. fallen, in den übrigen Orten tritt sofort eine Erhöhung um 1 Pf. ein und verteilen sich die restlichen 3 Pf. auf die letzten beiden Vertragsjahre.

Weniger ist schon die Zahl der Orte, für die das Angebot auf 5 Pf. lautet: Altenburg, Brauk, Grimnitzhausen, Gulme, Deutsch-Chlud, Graubenz, Heilbrunn, Kößlin, Lößau, Meerane, Neugersdorf, Obernennsdorf, Riesenburg, Muppersdorf, Schwandorf, Staßfurt, Thora und Werdau. Auch für diese Orte verteilen sich die 5 Pf. auf die ganze Vertragsdauer. Nur in zwei Orten ist für dieses Jahr eine Erhöhung um 3 resp. 4 Pf. vorgesehen, in allen übrigen 1 resp. 2 Pf.

6 Pf. verteilt auf drei Jahre, betragen die Angebote für Ansbach, Aurich, Culm, Emden, Falkenstein, Glauchau, Langensfeld, Marienburg, Reichenbach i. S., Rogasen, Schwarzenberg, Treuen, Ulln, Wetterland und Wittau.

7 Pf. sind angeboten in Vargteheide, Bernburg, Eiding und Zwickau.

8 Pf. in Klingenthal, Lauenburg i. Pom., Plauen i. S. und Teitbau.

Am Schluß dieser Woche sollen die örtlichen Verhandlungen beendet sein.

Weiterer Rückgang der Aussperrung im Malergewerbe.

Es geht weiter abwärts mit der großen Aktion der Scharmacher des Malergewerbes. In den letzten Wochen wurden die Aussperrung Unternehmer auf die kommenden Verhandlungen verworfen, so daß der Rückgang der Aussperrungsziffern etwas ins Stocken zu kommen schien. Doch selbst diese Wirkung ist nicht ganz eingetreten, denn in den Tagen, an denen in Berlin verhandelt wurde, sind die Ziffern der am Kampfe beteiligten Geiseln (Aussperrte, Streikende und Arbeitslose) von 13406 am 5. April auf 12917 am 12. April gefallen; das ist seit dem Höchststand am 15. März mit 15770 ein Rückgang um 2853. Dabei ist zu beachten, daß fortgesetzt Werkstätten aus sachlichen Gründen stillgelegt werden; wäre dies nicht der Fall, so würde die Ziffer der am Kampfe Beteiligten noch weit geringer sein. Wenn demgegenüber der Unternehmerverband behauptet, seine Ziffer von 36000 sei jetzt auf 38000 gestiegen, so ist das einfach eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung. So ist es auch verständlich, daß die Unternehmerführer den ihnen vom Verband der Maler angebotenen urkundlichen Beweis über die Richtigkeit der von ihm höchstwahrscheinlich ermittelten Ziffern nicht angenommen haben. Der Zahlenrückgang wurde somit öffentlich festgestellt worden sein.

Jahreslich sind jetzt die Abichlässe von Sonderarbeiten. Am 12. April wurden 2774 Unternehmer mit 14004 Beschäftigten: Geiseln ermittelt, die unter Sonderarbeiten, größtenteils zu günstigeren Bedingungen, als die durch die Schiedssprüche normierten, arbeiten. Abgesehen von diesen erfolgreichen korporativen Abschlüssen arbeiten jetzt in vielen Städten fast alle Geiseln zu neuen Bedingungen. Während dort die Aussperrungsmeister ihre Betriebe geschlossen halten, haben die unter Sonderarbeiten arbeitenden sämtliche Aussperrten in Arbeit genommen und freuen sich über den stillen Betrieb.

Anlaßlich ist, was von den Unternehmerführern unter den Augen der Staatsanwälte an Terrorismus geübt wird. Die Zwangsmaßnahmen treiben ganz ungenügend Innungsstrafen ein, um nichtausgesperrte Meister zu terrorisieren. Dabei berufen sie sich auf ihren korporativen Zusammenschluß mit dem Unternehmerverband, der aber wieder, trotzdem Obermeister der Innung und Vorsitzender des Unternehmerverbandes meist in einer Person vereinigt sind, bei den Behörden es durchsetzt, daß deren Arbeiten nur den Mitgliedern des Unternehmerverbandes übertragen werden. Sie drohen ferner Arbeitshändlern, Geschäftsanstalten usw. mit der sofortigen Entziehung der Aufträge, wenn sie nicht ausgesperrten Unternehmern noch Waren liefern und nicht sofort den Kredit abschneiden. Und trotz dieser Gewaltmaßnahmen des ständigen Resultat der Aussperrung. Auf diese Art wird ferner dem Keinen Anhang derer, die den Kampf provozierten, die Kraft früher angesehen als dem Verbands der Maler die Finanzen. Als einziger Kompensationspreis für die Unternehmer bleibt ja jetzt nur noch der in Aussicht gestellte Ruin des Malerverbandes übrig. Die Führer der Unternehmer haben doch bei der letzten Verhandlung dem Tarifdilemma zugestimmt. Und da sie sicher auch gegen das Verlangen der Geiselnorganisationen nichts einzunehmen vermögen, monoch es an den Schiedssprüche nichts abzubradeln gibt und wonach dort, wo die Geiseln infolge der ja nicht von ihnen gemollten Aussperrung bereits günstiger Bedingungen durchgesetzt haben, diese respektiert werden müssen, so muß das Zwiespalt ihres Kampfes wohl bald jedem Einsichtigen klar werden.

Steinarbeiter-Aussperrung.

In dem Reichsteichen Basalt-Steinbrüche in Arzdorf bei Lauban wurden auf Veranlassung des Bruchmeisters 63 Steinbrucharbeiter ausgesperrt. Der Grund zu der Aussperrung ist die Organisationszugehörigkeit der Leute zum Steinarbeiterverbande. Alle Verträge des Verbandsvertreter, Genossen Staubinger, die Angelegenheit im Guten beizulegen.

schleierten an der Holzbarkeit des Unternehmers, der sich mit den Maßnahmen seines Bruchmeisters vollständig einverstanden erklärt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Ausland.
Die **Damenhüchler** und **Damenhüchlerinnen** in Liverpool haben die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Jugendbewegung.

Aus der bürgerlichen Jugendpflege.

Der von der preussischen Bureaucratie künstlich zusammengeleitete Block aller bürgerlichen Jugendvereine gegen die proletarische Jugendbewegung will immer noch nicht so ganz zusammenhalten. Besonders den katholischen Jugendvereinen paßt der neue Kurs nicht so recht. Dies zeigt sich wieder deutlich in einem Leitartikel der **Merksalen „Friedrichs-Landeszeitg.“**, in dem die katholischen Eltern aufgefordert werden, ihre schulentlassene Jugend auf jeden Fall in die katholischen Jugendvereine zu entsenden. Nachdem man vor der freien Jugendbewegung, den wilden Klubs usw. gewarnt hat, heißt es, auch die bürgerlichen Turnvereine seien nicht überall einwandfrei. Solange das Organ der deutschen Turnerschaft die Kirche angreife und schmähe, hätten die katholischen Jugendliche alle Veranlassung, die größte Voracht zu üben. Man dürfe sich nicht mit Protesten begnügen, die doch keine oder wenigstens nicht die beabsichtigte Wirkung hätten. Zu wünschen sei deshalb, daß alle katholischen Turner sich zusammenschließen zu einem großen katholischen Turnerbund. In verschiedenen Teilen Deutschlands seien die Anfänge schon gemacht, sie hätten gezeigt, daß man auch gut turnen kann. Dem Schreiber des Artikels gegenüber habe sich ein Knabe, der Eltern aus der Schule entlassen werden soll, geäußert, er ginge in den Turnverein, dort könne er besser laufen wie im Jugendverein. Und dann heißt es in dem Artikel wörtlich weiter:

„Bei einem Turnerkette ging z. B. die Geschichte Samstag abends mit einem Kommerz an, der bis gegen 4 bis 5 Uhr morgens dauerte. Beim Sonntagsgottesdienst fehlten dann selbstverständlich 30-40 katholische Turner; nachmittags wurde weiter geturnt an Red, Barren, Pferd und Biergläsern, bis abends 8 Uhr 8000 Liter Bier dem vereinten Ansturm erliegen sind; dann fand selbstverständlich abends in den verschiedenen Lokalen Ball statt, der die ganze Nacht hindurch dauerte; Montag abends war wieder Ball.“

Natürlich waren nicht alle Turner den Anstrengungen dieses „Turnens“ gewachsen, gar manchen sah man die Waffen fallen und „verwundet“ niedersinken. Besonders schädlich ist solches Gebaren den Schülertuppen der Turnvereine. Einmal nahm man diese 9-10jährigen Kinder bis 12 und 1 Uhr mit auf den Ball.“

Der hierfalsche Leitartikel schreibt dann weiter, er erwähne diese Begebenheit ausführlich, weil er sicher weiß, daß wieder Turnvereine im Gange seien, die darauf hinausgingen, alle Jugendvereine von der staatlichen Jugendpflege auszuschließen, welche ihren Mitgliedern nicht gestatten, in Turnvereine zu gehen, einzelnd ob sie dort Schaden nehmen oder nicht. Gegen ein solches Unterfangen müsse man ganz energisch Front machen. Die katholischen Jugendvereine brauchten um die Staatsunterstützung nicht zu bitten, sondern hätten auch ein Recht auf sie. (1) Mehrfach sei man ihnen gegenüber auch noch im letzten Jahre sehr ungerührt verfahren. So hätten die Turnvereine im Kreise Saarbrüden 1912 sogar 1875 W., die katholischen Jugendvereine dagegen nur 390 W. erhalten, obwohl die katholischen Jugendvereine den Turnvereinen in der Mitgliedszahl gleich seien. Im Kreise Wittweiler sei das Verhältnis 1555 Marx und 550 W., obwohl hier die katholischen Jugendvereine mehr Mitglieder hätten wie die Turnvereine.

Eine nette Probe aus der bürgerlichen Jugendpflege! Ein Stück Reinkultur unserer staatlichen Erziehungsdirektion! Gleich heftigsterweise werden die Hirne der Jugendlichen mit Alkohol bedödet, damit sie nur ja nicht zum Denken kommen und sich ihrer Klassenlage nicht bewußt werden. Köstlich sind auch die Beschwerden der christkatholischen Brüder über „ungerechte“ Behandlung bei der Verteilung der Judasattributionen des preussischen Staates, die zur Vernichtung der proletarischen Jugendbewegung verpöbert werden. Alle denkenden Arbeiter mögen auch hieraus wieder erkennen, wie nötig die Förderung der proletarischen Jugendbewegung ist.

Vom belgischen Generalstreik.

Generalstreikdebatte in der Kammer.

Brüssel, 16. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der Kammer erklärte heute Vandervelde, daß sich die sozialistische Fraktion dem Vorschlag Vorstands, ein Referendum über die Revision des Wahlrechts vorzunehmen, anschließe. Dann begrüßte er den Generalstreik der für ihr Recht kämpfenden Arbeiterschaft. Der Sozialist Hubin verlangte Vertagung der Militärgesetze; es sei unnötig, in dieser ernsten Situation von der Landesverteidigung zu reden, wo die Soldaten die Streikenden in Meißel halten sollen. Anseeles Rede, die nun folgte, war ein grandioser Aufruf an die Arbeiter, den Mut nicht sinken zu lassen, bis das gleiche Wahlrecht errungen sei. Er schloß mit einem Hoch auf den Generalstreik. Als hierauf der Ministerpräsident Broqueville sagte, er habe der Streikdrohung nicht nachgeben können, erhob sich ein unbeschreiblicher Tumult. Der Liberale Hymans rief: „Der Streik war revolut!“ Liberale und Sozialisten warfen dem Ministerpräsidenten in Zwischenrufen Zweideutigkeit vor. Vandervelde zeigte dann die perfide Haltung der Regierung bei der Verhandlung mit den Bürgermeistern nach der Zurückziehung der Generalstreikparole. — Seit gestern befindet sich in dem Gebäude des Ministeriums vis-a-vis der Kammer ein starkes Aufgebot von Gendarmen, das die Kammer bewachen soll. Auch im Innern des Kammergebäudes befindet sich eine starke Bewachung.

Ständiges Anschwellen des Generalstreiks.

Brüssel, 16. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Streikbewegung ist immer noch ansteigend, besonders in den Provinzen Hennegau, Lüttich und Gent, desgleichen sind auch in Brüssel überraschende Resultate zu verzeichnen. Tausende von Streikenden ziehen spazierend mit Musik und Gesang auf den Boulevards durch die Straßen. Dies muß besonders betont werden, da eine gewisse Presse immer noch schreibt, in den Straßen Brüssels errege der Streik abstoßend sein Aussehen. 154 Streikbureaus funktionieren jetzt in Brüssel. Die Resultate über die Zahl der Streikenden in Brüssel stehen aber noch aus. Bisher sind 24000 kontrolliert worden, darunter 6000 Metallarbeiter.

Auch die Streikenden in der Provinz wehren sich. Viele Etablissements schließen aus Mangel an Kohle und Material. Sogar die bürgerliche Presse gibt zu, daß mindestens 325000 Mann streiken. Die liberale Bourgeoisie und viele kleine Leute aus der Provinz unterstützen die Streikenden. In Brüssel werden die kommunalen Betriebe stark besetzt. In dem Vorort Rolendeel besetzen Gendarmen die Telegraphenleitungen.

Reichstag.

141. Sitzung. Mittwoch, den 16. April 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Jagow.

Etat des Auswärtigen Amtes.

Dritter Tag.

Staatssekretär v. Jagow: Ueber den Vorfall in Nancy hat der französische Minister des Aeußern unseren Botschafter in Paris mitgeteilt, daß die bis jetzt vorliegenden Nachrichten der Lokalbehörden einen genügenden Aufschluß nicht geben und daß daher ein hoher Staatsbeamter mit einer strengen Untersuchung des Vorfalles betraut worden ist. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Andererseits hat der kaiserliche Statthalter in Straßburg die Uebersendung der von den Lokalbehörden in Metz über den Vorfall aufgenommenen Protokolle in Aussicht gestellt, die wir dann unserem Botschafter in Paris übersenden werden.

Unterstaatssekretär Zimmermann: Daß zum Gesandten in Peking nur ein des Chinesischen mächtiger Beamter ernannt wird, wie gestern hier gewünscht wurde, läßt sich nicht immer durchführen. Auch bei anderen Nationen ist das keineswegs der Fall. Wir haben auch mit Herren, die des Chinesischen nicht mächtig waren, sehr gute Erfahrungen gemacht. Auch die gestern erhobenen Klagen, während wichtiger Vorgänge sei der Gesandtschaftsposten in Konstantinopel unbefehigt gewesen, sind unberechtigt.

Abg. v. Mielzynski (Pol): Der Vereinerklaffung der slawischen Völker auf dem Balkan verdient Bewunderung. Oesterreich ist ein zum größten Teil slawischer Staat; der Kaiser von Oesterreich ist nicht, wenn er in Galizien ist, polnische Deputationen zu empfangen und ihnen in polnischer Sprache zu antworten. Damit vergleiche man die bei uns herrschende Unterdrückungspolitik gegen die Polen. Man spricht soviel von Abrüstung. Notwendig ist eine Abrüstung des Chauvinismus und der Markenpolitik. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Bernstein (Soz.):

Herr v. Richthofen hat mir entgegen, die Inseln des Ägäischen Meeres müßten bei der Türkei bleiben, wenn nicht unerträgliche Zustände für die Türkei geschaffen werden sollten! Das Gegenteil ist richtig. Kommen die Inseln nicht an Griechenland, so werden die Zustände für die Türkei unerträglich, dann erleben wir daselbst Schauspiele, wie bei Kreta. Daß die Inseln an den Dardanellen türkisch bleiben, ist selbstverständlich. Das ist zum Schutze Konstantinopels unerlässlich, und aus demselben Grunde hätte man Adrianopel den Türken lassen sollen, das nur eine ganz geringe bulgarische, dagegen eine überwiegend türkische Bevölkerung hat.

Weiter ist bestritten worden, daß wir auf Rumänien dringen sollten, seine im Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen gegen die Juden zu erfüllen. Raum waren die Rumänen nach dem Berliner Kongreß zu Hause, als sie den Vertrag schon zu umgehen verstanden. Damals erhob die deutsche Regierung Einspruch (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und die neue Verfassung, in der Rumänien sich eine Hinterlist entgegen den Bestimmungen des Berliner Vertrages offen ließ, wurde von England, Frankreich und Deutschland nur mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf anerkannt, daß man das Vertrauen zu Rumänien auf die lokale Ausführung des Berliner Vertrages habe. Raum war die Anerkennung aber vorhanden, so wurden die Versprechungen von Rumänien in den Papierkorb geworfen.

Ich glaube, die Realpolitik ist bei denen, die

Gerechtigkeit allen Nationen gegenüber

vertreten. Was könnten z. B. die Polen für Deutschland sein, wenn Deutschland ihnen gegenüber Gerechtigkeit äbte? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jahrbundertlang sind die Polen Feinde Englands und Freunde aller Feinde Englands gewesen. Nachdem jetzt eine liberale Regierung ihnen die Selbständigkeit gegeben hat, nachdem zwei Drittel des irischen Bodens in das Eigentum der irischen Bauern übergegangen ist, auf Grund einer anderen Enteignungsvorlage als der preussischen, auf Grund einer Vorlage, die die Landlords enteignet und den Boden dem Volk zurückgegeben hat (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), stehen die Polen frei zu England. Im Hinblick auf die Millionen von Polen, die in den Vereinigten Staaten leben und dort einen starken Nachfakt bilden, ist dadurch auch die auswärtige Position Englands außerordentlich gestärkt worden. So würde auch bei uns eine Politik der Gerechtigkeit den Polen gegenüber eine sehr gute Realpolitik sein. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Mitteilungen des Staatssekretärs bezüglich des Vorfalles in Nancy werden hoffentlich den Erfolg haben, daß die aufgeschauhten Bedenklungen verstummen und daß die unwürdige Bege gegen Frankreich eingestellt wird. Wenn selbst die ersten Mitteilungen wahr wären, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Hunderttausende von Deutschen unbefähigt in Frankreich leben und arbeiten. Auch waren bei den Vorgängen keineswegs Arbeiter beteiligt, sondern das Publikum eines Kasinos, und für die Taten eines Kantonkapitän müßten wir doch wohl auch Deutschland nicht verantwortlich machen. Wer den Frieden zwischen den Nationen will, muß dafür sorgen, daß jeder Stoff zur Verheerung unterdrückt wird. Wir halten allen Hegeerien gegenüber an dem Grundgedanken der Gerechtigkeit und Freundschaft der Nationen fest, und wir sind überzeugt, diese unsere Politik wird den Sieg erringen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel Staatssekretär wird bewilligt.

Die Resolution der Kommission betr. die Zulassung zum diplomatischen Dienst wird angenommen.

Beim Kapitel

„Wesendtschaften und Konsulate“

bringt

Abg. v. Liebert (Sp.) einen Fall schwerster Mißhandlung zweier Berliner Schiffsjungen auf dem Schiff „Mercede“ vor. Der eine junge Mann ist schließlich in einem Hafen in Chile desertiert. Am Orte selbst befand sich kein deutsches Konsulat. Er kam dann zum Generalkonsul in Valparaiso, der ihn aber sofort als er hörte, er sei desertiert, mit den Worten abwies: „Dann kann ich nichts für Sie tun. Wenn Sie gemißhandelt werden, haben Sie sich beim Schiffsführer zu beklagen.“ (Hört! hört!) Auch von einem deutschen Konsul in einem anderen Ort wurde er aus diesem Grunde abgewiesen. Er fand Schutz bei armen chilenischen Leuten, mußte aber, da der Schiffskapitän nach ihm suchen ließ, in die Wüste fliehen, in Bergwerken arbeiten usw. Währenddessen war ein Brief, den er an seinen Vater nach Berlin geschrieben hatte, angekommen. Dieser telegraphierte an den Generalkonsul, bekam aber lange keine Antwort. Schließlich wurde der Fall in der Presse in Chile bekannt gemacht. Der junge Mann hörte davon, ging wieder zum Konsul und bat ihn, an den Generalkonsul telegraphieren zu dürfen. Dieser setzte ihm das Telegramm auf, verweigerte ihm aber das Geld dazu (Hört! hört!), so daß er sich es zusammenbetiteln mußte. Ganz ähnlich war es dem anderen Schiffsjungen ergangen. Die beiden Väter haben beim Staatsanwalt in Bremen Klage geführt gegen den Kapitän und die Mannschaft. Es heißt, daß der Kapitän die bösesten Brüder schon vom Schiff weggeschickt habe. Aus dem Fall ergibt sich, daß unsere Konsuln einen Fonds zur Verfügung haben müßten, um solche Notleidende im Ausland unterstützen zu können. Besonders schmerz-

lich ist für mich die Brutalität der deutschen Matrosen und die Lieblosigkeit der deutschen Konsuln gegenüber dem humanen Verhalten der einfachen Chilenen.

Wirt. Geh. Legationsrat Schmidt-Dargitz: Das Resultat der sofort vorgenommenen Untersuchung dieses Falles liegt noch nicht vor. Der Generalkonsul in Valparaiso erhielt im Oktober 1911 einen Brief, worin sich der eine Schiffsjunge über das Verhalten des Kapitäns und der Mannschaft beklagte. Dem Kapitän wurde scharfe Weisung gegeben, daß er sofort Bericht geben solle. Inzwischen war der junge Mann über Bord geprüngelt, ohne die weitere Entwicklung abzuwarten. (Große Heiterkeit.) Die Verfolgung des Falles verzögerte sich nachher, weil er, als er in die Wüste entflohen, seine Adresse nicht zurückgelassen hatte. (Stürmisches Gelächter.) Er hatte doch Zeit gefunden, an seine Eltern nach Berlin zu schreiben. Daß der Kapitän ihm nicht gleich alles zu Gefallen tat, lag wohl an der äußeren Situation. Er stand aber hinter der Verion, die ihn aufgenommen hat. Daß er ihm zum Telegraphieren kein Geld gab, lag daran, daß der junge Mann nicht bestimmte Anträge gestellt hatte. (Erneutes stürmisches Gelächter.) Wohl keiner von uns, der so von einer großen Zahl von Leuten überlaufen ist, wie unsere Konsuln im Ausland, würde wohl anders gehandelt haben. (Oh! bei den Sozialdemokraten.) Daß unsere Konsuln mit größeren Mitteln versehen werden, ist natürlich ein sympathischer Gedanke. Es wird nur schwer sein, festzulegen, wie die Konsuln im einzelnen Falle handeln sollen.

Abg. Dove (Sp.): Wenn auch nur ein Teil von dem zutrifft, was Herr v. Liebert gesagt hat, so muß dieser Fall ein Gefühl der Empörung und des maßlosen Erstaunens hervorgerufen. Die Unterlassungen, die ja zweifellos vorliegen, sollte man auch nicht damit entschuldigen wollen, daß der hilflose junge Mann nicht alle notwendigen Formalien erfüllte. (Sehr wahr! links.) Was hier zutage tritt, ist der bürokratische Jozif! (Sehr richtig! links.) und der fürchterliche Autoritätsglauben, der in jedem, der entlaufen ist, ohne Rücksicht auf seine Notlage einen Mensch sieht, dem er seine Hilfe nicht gewähren darf. (Sehr richtig! links.) Es mag sein, daß unsere Konsuln überlaufen werden, auch von vielen, die zu Unrecht desertiert sind, auf jeden Fall aber erfordert es die Menschlichkeit, erst einmal die Sache zu untersuchen. (Bravo! links.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Wenn der junge Mann so wenig Beistand gefunden hat, so lag das daran, daß er den Eindruck eines armen Menschen machte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In einem Streit zwischen Schiffleuten und Kapitän oder Reedern stellen sich unsere Konsuln in der Regel auf die Seite der Kapitäne. Herr v. Liebert meinte, der Schiffsjunge stehe nicht im Vertragsverhältnis, sondern im Lehrverhältnis, bedürfe also besonderen Schutzes. Diesen Schutz hat der deutsche Reichstag bei Schaffung der Seemannsordnung den armen Schiffsjungen aber vor-enthalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Disziplinarverhältnis ist auf den Schiffen so geregelt, daß jeder seinen Vorgesetzten ohne weiteres zu gehorchen hat, der Steuermann dem Kapitän, der Matrose dem Steuermann und der Schiffsjunge dem Matrosen. Da die Schiffsjungen Söhne gebildeter Eltern waren, ist es möglich, daß sie die Seemannsordnung und ihre volle Rechtfertigung gefaßt haben. Wenn ein Konsul hört, daß ein Schiffsmann desertiert ist, so hat er nach der Seemannsordnung dafür zu sorgen, daß der Schiffsmann gewaltsam wieder zurückgebracht wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das kommt sehr oft vor. Wir haben uns bei der Seemannsordnung alle erdenkliche Mühe gegeben, für diese armen Schiffsteute einen gewissen Schutz durchzusetzen, aber die Mehrheit des Reichstages hat das abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß solche Mißhandlungen namentlich der armen Schiffsjungen häufig vorkommen, ist jedem, der an der Wasserlinie zu Hause ist, bekannt. Die Plantagenarbeiter waren seinerzeit berüchtigt, daß sie die besten Matrosen ausbildeten, aber auch berüchtigt dafür, daß bei ihnen die schlimmsten Mißhandlungen vorkommen. Aus den Darlegungen des Regierungsvertreters ging die

völlige Unbeholfenheit des Auswärtigen Amtes

solchen Fragen gegenüber hervor. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es heißt, der Kapitän hat die schlimmsten Leute schon weggeschickt. Ob das die Schlimmsten waren, fragt sich noch, wahrscheinlich wird er die weggeschickt haben, die ihn belästigen hätten. Die deutsche Regierung wird sich in Acht nehmen, desertierten Schiffsmännern irgendwelche Hilfe zuteil werden zu lassen, daher werden sich die Wahlkonsuln eben immer auf den Nachschub des Gesetzes stützen. Wäre an dem Orte, wo der junge Mann desertierte, ein Konsul gewesen, so hätte er ihn sicher wieder auf das Schiff zurückbringen lassen, die Mißhandlungen hätten sich verdoppelt, der junge Mann wäre vielleicht aus Verzweiflung über Bord gegangen, und es hätte dann geheißen: Ein Schiffsjunge ist über Bord gefallen, der Grund hat nicht aufgeklärt werden können. Es war also ein Glück für die jungen Leute, daß an dem Orte, wo sie desertierten, kein deutscher Konsul vorhanden war. Sie haben einmal an eigenen Leiden erfahren, was es heißt, Untergebener auf einem solchen Schiffe zu sein. Wenn Sie diese Frage näher prüfen, werden Sie vielleicht bei der nächsten Revision der Seemannsordnung doch dahin kommen, den armen Schiffsjungen etwas mehr Schutz zu gewähren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Semler (natt.): Das größte Glück für die Jungen ist jedenfalls gewesen, daß sie einen energischen Vater gehabt haben. Der Fall zeigt, daß unser Konsulatswesen sehr reformbedürftig ist. Rechtlos sind die Jungen Vorhelfen in Deutschland nicht, und wir wollen das gerichtliche Verfahren gegen den Schiffer abwarten.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Beitrag für das Orientalische Seminar“ wird die Resolution der Kommission, die seinen Ausbau zu einer deutschen Auslandshochschule verlangt, angenommen.

Beim Titel „Förderung deutscher Schulen und Unterrichtsgewerke“ empfiehlt

Abg. Rudloff (Sp.) die Resolution der Kommission, die eine Denkschrift über die deutschen Schulen im Auslande verlangt, die Resolution wird angenommen.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt. Es folgt der

Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Hierzu verlangt eine Resolution Albrecht (Soz.) einen Gesegenswunsch, der für die Reichstagswahlen zum Schutze der Minderheiten und zum Zwecke der wirklichen Durchführung des gleichen Wahlrechts die Verhältniswahl und eine diesem Wahlverfahren entsprechende Gestaltung der Wahlkreise einführt.

Eine freisinnige Resolution sowie eine der Wirtschaftlichen Vereinigung wünschende die Einführung von Beamten- und Angestelltenauschüssen.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Wir leben im Jahre der Jubiläumsfeier, nicht nur das Jubiläum von 1813 wird gefeiert, sondern auch der 25jährige Geburtstag des Regierungsrates des Kaisers soll festlich begangen werden. Man hat sich den Kopf zerbrochen, wie das am besten geschehen könne. Es wäre eine nicht ablehnbare Idee, alle 25 Jahre einmal ein Feiertag einzulegen, an dem keine Reden gehalten werden, und keine Bankeite stattfinden. Wir sehen, daß in den vergangenen 25 Jahren das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes sich vollständig umgewandelt hat. Dank der Lichtigkeit und des Fleißes der Arbeiter, Kaufleute, Ingenieure ist die Industrie und der Handel

Deutschlands groß geworden, vor allem hat sich aus der Tiefe der Gesellschaft die Klasse der Arbeiter emporgehoben, die Anteil gewinnen will an den Kulturgütern und Einfluß auf die politische Entwicklung des Landes. Umso schwerer empfindet man, daß die politischen Zustände dieser gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Umgestaltung nicht entsprechen. Inbezug auf die Selbstregierung ist das deutsche Volk nicht vorwärts gekommen, während in anderen Staaten, z. B. in England, der politische Zustand sich den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt hat. In Deutschland ist der

Zustand des halben Absolutismus und des Bürokratismus erhalten geblieben; die konservative Partei, die bei den Wahlen kaum ein Zwästel der Stimmen erhalten hat, herrscht in Preußen und in Deutschland. Dann braucht der Reichskanzler sich nicht zu wundern, daß in weiten Volksteilen keine besondere Jubiläumstimmung vorhanden ist. Das deutsche Volk soll in diesem Jahre persönliche und finanzielle Opfer bringen, aber vergebens fragt man nach der Jubiläumsgabe unserer Herrschenden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Von einem fruchtbareren Vorwärtsschreiten kann man in der Vera Wetmann Hohlweg nicht sprechen, er ist ein Kanzler des Status quo, des Stillstandes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) An längst überlebten Einrichtungen soll festgehalten werden. Bei der Militärvorlage berief sich der Reichskanzler auf den angeblichen Willen des Volkes. Wo es sich um wirkliche Wünsche des Volkes handelt, spricht er nur von den roten Stimmgeldkäufen, da widerstrebt ihm die Demokratie im höchsten Maße. Im Januar des vorigen Jahres hat eine ungeheure Mehrheit des Volkes eindringlich den Willen bekundet, es sollte mit der gegenwärtigen Politik ein Ende haben. Aber der Reichskanzler hängt ja nicht vom Volke ab und glaubt diesem Rufe des Volkes nicht Folge leisten zu brauchen, er ist nicht ein Kanzler für die Entwicklung, sondern gegen die Entwicklung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Freilich ist nicht er allein schuldig, sondern vor allem die Parteien dieses Hauses, und nicht bloß die ehemalige schwarzblaue Mehrheit, sondern in erster Linie die Nationalliberalen, die nicht den Kanzler entschieden genug vorwärts drängen. Auf ihrem Parteitag sprach Herr Wassermann am ersten Tage, es seien Garantien für die freibürgerliche Entwicklung des deutschen Volkes notwendig. Dann trat aber am zweiten Tag Herr Friedberg mit seinen nationalliberalen Freunden auf, weitere gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht und trat ein für den sogenannten Arbeitswillensschutz. Bei den Nationalliberalen ist, wie sich hier wieder zeigte, es unmöglich, eine bestimmte Farbe festzustellen, sie bilden ein groteskes Gemisch aus den Farben des Hansabundes und denen des Bundes der Landwirte. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hält an dem Programm der Sammlung aller bürgerlichen Parteien nicht fest, sondern hofft immer noch mit dem

Dreibund aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen

eine Politik zu machen, durch welche jeder wirklich liberale und demokratische Fortschritt unmöglich wird. Auch bei den Steuer- vorlagen wünscht er das, und wir werden abwarten, ob die Nationalliberalen die Anfänge einer gerechten Steuerpolitik dem deutschen Volke versperren.

Ich frage nun den Reichskanzler nach der jetzigen Stellung der Reichsregierung zum Orden Jesu. Es scheint etwas vorzugehen, man sagt, es würde ein Handel geschlossen zwischen dem Reichskanzler und Herrn Spahn nach der Formel: Soldaten gegen Jesuiten! Das Zentrum soll Tausende von Offizieren bewilligen, und die Regierung dafür Tausende von Jesuiten. (Lebhaftes Hul hul im Zentrum.) Wir Sozialdemokraten sind für die Aufhebung des Jesuitengesetzes, wir wollen es aber nicht mit 130 000 Soldaten und einer Milliarde neuer Steuern begahlen, wir wünschen auch auf diesem Gebiet eine klare Politik und keine Geschäftsmacherei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein solches Handelsgeschäft würde den Tiefstand unserer Politik betreffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einige keine Verbesserungen, die durch den Reichstag erreicht sind, erkennen wir gerne an, aber alle sind der Regierung erst in langem, zähem Kampfe abgerungen worden. Auch bei dem neuen Jugendbündnis der Wahlkarnen ist das der Fall. Wir hätten wirklich einheitliche und gleichartige Linien aus Reichsmitteln gewünscht, bei der vorgelegten Bestimmung beschränken wir noch mancherlei Schwierigkeiten bei den Wahlen. Auch dieser kleine Fortschritt ist den Sozialdemokraten zu verdanken; sie erinnern sich ja an die beschämende Abhängigkeit des Staatssekretärs des Innern von dem preussischen Polizeiminister, die hier aufgehoben wurde. Ohne das hätte Herr v. Jagow seinen konservativen Freunden die keine Unannehmlichkeit dieses Jugendbündnisses nicht bereitet. Herr Delbrück sollte uns eigentlich dankbar sein, daß wir ihm zu diesem Sieg über die preussischen Konservativen verholfen haben (Lachen rechts). Sie sehen, wie gerade wir Sozialdemokraten positive Arbeit verrichten.

Aber bei diesen kleinen Fortschritten kann von einer Abkehr von dem konservativen Kurs gar keine Rede sein. Noch immer haben wir nicht die Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre erreichen können. Wie dringend nötig wäre eine Erhöhung der Witwen- und Waisenbezüge, die heute nur ein kümmerliches Almosen sind. Wie nötig wäre weiter ein erhöhter Wächnerinnenlohn, eine großzügige Säuglingsfürsorge, eine Ausgestaltung der Tuberkulosefürsorge, eine Arbeitswohnanstaltsgesetzgebung im großen Stil. Aber in all diesen Fragen heißt es: Es ist kein Geld da. Die Regierung verlangt jetzt eine Militärmilliarde. Wie wäre es, wenn man auch einmal

eine Kulturmilliarde

aufbringen wollte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man brauchte nur statt 1/2 Proz. 1 Proz. zu erheben.

Wie sieht es weiter mit den Rechten der Arbeiter? Das Koalitionsrecht wird nicht gesichert, sondern es erhält fortbauende Mißhandlungen. Der Gedanke der Arbeitslosenunterstützung kommt nicht vorwärts. Bei den sozialpolitischen Debatten bedeuteten die Ausführungen des Herrn Delbrück nichts anderes, als daß Schulz mit der Sozialpolitik gemacht werden soll. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird fortbauend beschränkt von Polizeibehörden. Reichs- und Staatsbeamte und Angestellte werden ihres Vereinigungsrechts beraubt, die Jugendvereine, Turn- und Sportvereine der Arbeiter werden unter die politischen Paragraphen des Vereinsgesetzes gezwängt. Das Verhalten der Polizeibehörden in Braunschweig gegenüber unserem französischen Genossen Com-père Morel ist geradezu eine Schande. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Vizepräsident Paafke ruft den Redner zur Ordnung. — Bravo! rechts.

Die Tatsachen werden für sich selbst sprechen. Die Behörde in Braunschweig hat die Ausweisung in der denkbar schroffen Form vollzogen. Man hat Com-père Morel nicht einmal die Möglichkeit geben wollen, auf dem Bahnhof irgendeine Speise zu sich zu nehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat ihn im Wartesaal festgehalten, er durfte nicht den Zug wählen, den er wünschte, ihm wurde nicht gestattet, die Parteifreunde in Braunschweig zu benachrichtigen, auch seinem Begleiter, einem deutschen Reichsangehörigen, hat man nicht erlaubt, an das Telefon zu gehen, um Mitteilungen über die Maßnahmen der Polizei zu machen, er wurde mit Verhaftung bedroht, wenn er nicht sofort mit Com-père Morel mit dem nächsten Personenzug abfahren würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit welchem Recht kann

die Braunschweiger Polizei einem deutschen Reichsangehörigen dertartige vorzuschreiben!

Das beweist, wie schlimm es mit den freiheitlichen Garantien, von denen Herr Bassermann sprach, bei uns in Deutschland noch bestellt ist. Herr v. Dallwitz hat über diesen Fall im Abgeordnetenhaus eine jener Reden gehalten, die Scharfmacherredem sein sollen, aber von dem größten Teil der deutschen Bevölkerung nur mit einer gewissen Heiterkeit aufgenommen werden können. Er hat den 4 1/2 Millionen sozialdemokratischen Wähler einfach das nationale Empfinden abgesprochen. Sein nationales Empfinden hat er dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er neun Zehntel der preussischen Nation in völliger Entrechtung erhalten will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen hat er die Tatsachen vollständig verdrückt, wenn er davon sprach, es hätte ein Ausländer gegen die deutschen Rüstungsvorlagen sprechen wollen. An sich wäre das auch noch kein Grund gewesen, mit so kleinlichen Maßnahmen gegen einen einzelnen vorzugehen. Man spricht ja immer von der ungeheuerlichen Begeisterung des deutschen Volkes für die Rüstungsvorlagen. Wie kann man da die Meinungsäußerung eines einzelnen Ausländers so tragisch nehmen? Aber die Herren glauben eben selbst nicht an die große Begeisterung im Volke für die Militärvorlage. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen enthält die Rede Compère-Morel lediglich eine Darstellung der französischen Verhältnisse und einen Protest gegen den französischen Chauvinismus. Er wollte den deutschen Arbeitern zeigen, daß es in Frankreich nicht nur solche Chauvinisten gibt, wie sie sich etwa in Nancy gezeigt haben, er wollte für den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich wirken. Unseren Freund Jaurès hat man ja hier in Berlin sprechen lassen, nicht in französischer Sprache, sondern damit es die Leute besser verstehen konnten, in deutscher Sprache (Heiterkeit). Umsonst kann und diese kleinliche Polizeimaßnahme gegenüber Compère-Morel nur vor dem Inland und Ausland mit Spott bedecken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre mir lieb, wenn der Reichskanzler über diesen Fall seine Auffassung sagen würde. Allerdings hat Herr v. Dallwitz bereits dem Ministerpräsidenten von Preußen vorgegriffen, und so wird es für den Reichskanzler nicht ganz leicht sein, eine etwa von dem Polizeiminister abweichende Nuance zum Ausdruck zu bringen.

Einige Bemerkungen über die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers.

Wie von uns vorausgesetzt, haben die Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Lebensmittelpreise keine wesentlichen Erleichterungen gebracht, die Linderung hält nach wie vor an. (Unruhe rechts.) Nicht wir entwerfen Jersbilder über die Lage der Arbeiter, sondern diejenigen, die immer von der gefüllten Kompostkammer der Arbeiter sprechen. (Sehr gut! h. d. Soz.) Beweis haben sich die Löhne der deutschen Arbeiter in den letzten Jahrzehnten gehoben. Das ist von den Arbeitern durch ihren eigenen Kampf gegen die Unternehmer durchgesetzt worden. Aber die Berichte der Gewerbeinspektoren beweisen, daß trotzdem die Lebenslage der Arbeiterschaft sich nicht zu heben vermochte, weil alle Lohnverbesserungen weit gemacht worden sind durch die Verteuerung der Lebenshaltung. Amerika, du hast es besser, kann man heute sagen. Dort herrscht das Prinzip der Volkssouveränität, das dem Reichskanzler ein solcher Grauel ist, und auf Grund dieser Volkssouveränität ist jetzt nach der letzten Präsidentenwahl ein starker Umschwung der Schutzpolitik zu verzeichnen, vor allem sollen die Lebensmittel verbilligt werden. Um den Ausfall dieser Höhe zu decken, ist eine Steuer auf die hohen Einkommen von 16 000 Mark an gelegt, die bis 4 Prozent bei dem Einkommen von 100 000 Mark geht. Bei uns wartet der Reichskanzler davor, die Vermögenssteuer zur Grundlage der deutschen Reichsfinanzen zu machen. Dabei hat es sich doch bei all unseren Anträgen nur darum gehandelt, einen ganz kleinen Anfang der Vermögenssteuer im Reich zur Einführung zu bringen. In eine Befreiung der geschäftigen, kleinsten indirekten Steuern, wie der Streichholzsteuer, der Salzsteuer, der Fabrikartensteuer, ist unter diesen Umständen nicht zu denken.

Welches sind die Gründe, die den Stillstand der Reichspolitik bewirken? Das Problem der Probleme ist die vollständige Abhängigkeit des Reichs von Preußen und den preussischen Junkern.

Die Reichsregierung ist nichts als eine Filiale der preussischen Regierung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Debrück meinte im Januar, preussische Politik und Reichspolitik könnten nur nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden. Getreu, aber dann muß auch das Wahlrecht im Reich und in Preußen dasselbe sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dank dem Klassenwahlrecht in Preußen geht es im Reich nicht vorwärts. Preußen erweist sich überall als der Hemmschuh des Reichs. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Reform des preussischen Wahlrechts. Herr v. Dallwitz hat ja gestern unter dem Kreidengefähr seiner Freunde einen Lobgesang auf das preussische Wahlrecht gefungen. Ich will hier nicht neue Materialien herbeibringen, um die maßlose Ungerechtigkeit dieses Wahlrechts zu beweisen. Herr v. Dallwitz meinte, das Reichstagswahlrecht und das preussische Wahlrecht seien ja 40 Jahre lang friedlich nebeneinander hergelaufen. Er scheint gar nicht gemerkt zu haben, daß seit einer Reihe von Jahren die Frage der preussischen Wahlrechtsreform im Mittelpunkt aller politischen Kämpfe steht. Dann hat er gesagt, das abgestufte Wahlrecht entspreche durchaus der wirtschaftlichen und kulturellen Gliederung der Bevölkerung. Es entspricht also wohl auch der kulturellen Bedeutung der Kollegen des Herrn v. Dallwitz, daß sie in der dritten Wählerklasse wählen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In einem Bezirk, wo ein einziger Mann in der ersten Wählerklasse ist, wählt der Kultusminister von Preußen in der dritten Klasse, in einem anderen Bezirk wählen in der dritten Klasse die Herren v. Breitenbach, v. Schorlemer, v. Sydow und die Staatssekretäre Krawitz und Kühn. Zwei Wähler 1. Klasse eines anderen Bezirks müssen kulturell ganz besonders hoch stehen, denn in der 3. Klasse desselben Bezirks wählen die Herren Weseler, Debrück und der Reichskanzler (Hört! hört! und Große Heiterkeit). Das beweist, wie es um den angeblichen Kulturcharakter dieses Wahlrechts steht. Das Versprechen der Thronrede von 1908 ist unerfüllt geblieben. Der Reichskanzler könnte dem deutschen Volke keine bessere Jubiläumsgabe als eine Reform des preussischen Wahlrechts befehlen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Solange das nicht geschieht, muß das preussische Volk durch eigenen Kampf dieses Ziel zu erreichen suchen. Bei den bevorstehenden Wahlen in Preußen wird es machtvolle Proteste gegen seine schmähliche Entrechtung in Preußen einlegen.

Im Nachbarstaat Belgien kämpft das Volk jetzt einen heldenmütigen Kampf für ein besseres Wahlrecht durch einen heroischen Generalstreik. Früher oder später wird daselbe auch bei uns in Preußen der Fall sein. (Hört! hört! rechts.) Glauben Sie nicht, daß auf die Dauer diese maßlose Entrechtung aufrecht erhalten werden kann. Die Zeit wird nicht fern sein, wo es gelingen muß, in dies Wahlrecht Breche zu schlagen, wenn nicht im guten von oben, wenn nicht durch die Vernunft der Regierenden, dann wird

der Druck von unten

sie dazu zwingen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch das Reich ist noch weit entfernt von einer modernen Verfassung. Die Regierung scheint geradezu planmäßig die Reichstagswahl möglichst herunterschieben. Auf dem deutschen Handelstage hat der Reichskanzler von seinen nahen Beziehungen zum Reichstage gesprochen. Wir haben davon wenig bemerkt. Nur in der letzten Zeit, wo es sich darum handelt, den Reichstag als Bewilligungsmaschine für Militär- und Steuervorlagen zu gebrauchen, ist er im Reichstag erschienen, vorher sind Monate vergangen, ohne daß wir den höchsten verantwortlichen Beamten bei uns gesehen haben. Auch bei Initiativanträgen im Hause sind die

Regierungsbänke ständig leer. In dasselbe Kapitel gehört der vielbelegte Zustand der zu späten Einberufung des Reichstages. Wir verlangen, daß der Reichstag statt Ende November, einige Wochen früher einberufen wird. Der Einfluß des Reichstages muß wesentlich erhöht werden. Ich will auf all diese Probleme des parlamentarischen Regimes nicht eingehen und nur betonen, daß die jüngste Zeit wieder die

Notwendigkeit eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes

bewiesen hat. Im November 1908 hat Fürst Bismarck dem Reichstag und dem deutschen Volk die feierliche Zusage aus dem Potsdamer Schloß gebracht, daß der Deutsche Kaiser in seinem Eingreifen in die politischen Fragen mögliche Zurückhaltung bewiesen wolle. Daß diese Zusage nicht gehalten ist, wissen wir alle. Schon im August 1910 haben wir die sogenannte Gottesgnadenrede in Königsberg erlebt, in diesem Jahre eine ganze Reihe von Reden des Kaisers, die mit vielen seltensamen Neuerungen in politische Angelegenheiten eingegriffen haben. Da ist z. B. die Rede bei der Entfaltung des Coligny-Denkmal, von der die Zentrumspresse schrieb, daß sie vollständig mit den geschichtlichen Tatsachen in Widerspruch stände. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann kamen zuletzt die vielen Jubiläumreden und schließlich die bellamie Rede über den Verlust Roggen und über den hinausgeschmissenen Pächter, die in den weitesten Kreisen Kopfschütteln erregt hat. Die Neuerung des Deutschen Kaisers über den Pächter Soht haben ja eine gewisse Erlebung gefunden. (Vizepräsident Dove: Diese Dinge haben wohl doch kein öffentliches Interesse. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ich will nur insoweit auf die Vorgänge eingehen, als sie den besonders drastischen Beweis liefern, wie schwierig es bei dem heutigen Regierungssystem ist, daß der Deutsche Kaiser vollständig zureichende Informationen erhält. (Sehr wahr! h. d. Sozialdemokr.) Das erlaubt bedeutsame Rückschlüsse auf die gesamte Art der Verständigung des Deutschen Kaisers. Wir scheitern der Fall geradezu typisch und deswegen lehrreich zu sein. Der Geh. Oberregierungsrat v. Eydorf wird als derjenige bezeichnet, der jene falschen Informationen dem Deutschen Kaiser gegeben hat. Es besteht wohl ein starkes Interesse der deutschen Öffentlichkeit, zu erfahren, was nun eigentlich mit einem Manne wird, der so unangenehme Wirkungen hervorgerufen hat. Ich habe sehr lebhaftes Bedenken zu äußern gegen die Informationen, die gerade dieser Herr dem Deutschen Kaiser zuteil werden läßt. Ich glaube, daß darauf auch die Erklärungen zurückzuführen sind, die vorgelesen in der „Norddeutschen Allgemeinen“ erschienen über die Schenkung des Gutes Cadinen an den Kaiser. Diese hochoffiziösen Mitteilungen beruhen wiederum auf einer gründlichen Irrführung der öffentlichen Meinung. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In verschiedenen Blättern sind Mitteilungen gemacht worden, daß bei der Liebernahme von Cadinen durch den Kaiser Verwände des früheren Besitzers eine schlechte Behandlung erfahren haben, daß ihre berechtigten Ansprüche zurückgewiesen wurden. Nun erklärt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, es habe überhaupt keine Schenkung stattgefunden, Cadinen sei durch einen Vertrag mit Leistung und Gegenleistung an den Kaiser übergegangen. (Sehr richtig! rechts.) Diese Behauptung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist falsch. In einem Handschreiben, das der König von Preußen seinerzeit an den Vorbesitzer des Gutes von Cadinen sandte, hieß es:

„Durch die hochherzige Betätigung Ihrer treuen patriotischen Gesinnung tief gerührt, erkläre ich mich zur Annahme Ihres Anerbietens freudig bereit. Indem ich mir alle weiteren Maßnahmen dieserhalb vorbehalte, dränge ich mich, Ihnen schon jetzt meinen königlichen Dank von Herzen auszusprechen und die bereitwillige Erfüllung Ihrer geduldeten Wünsche zuzusichern.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn es sich um einen gewöhnlichen geschäftlichen Vertrag handelte, wäre ein solcher Brief wohl nicht geschrieben worden. Ohne Zweifel ist mindestens eine Million als Geschenk gegeben worden. (Vizepräsident Dove: Ich bitte auf die Schenkung nicht einzugehen; es ist gute parlamentarische Sitte, nicht auf Dinge einzugehen, die nicht politischer Natur sind.) Der Pächter Soht ist ja in der glücklichen Lage gewesen, daß das an ihm verübte Unrecht sich herausstellte, und er ist mit Geld abgefunden worden und hat

einen Orden als Pfaster

bekommen. Sollte man all den Leuten, denen vom Kaiser Unrecht geschieht, einen Orden gewähren, so würde die Zahl der Orden nicht ausreichen; allerdings haben die meisten Staatsbürger, die durch den Kaiser verlegt werden, an einem Orden auch gar kein Interesse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In einer Rede im Landwehroffiziersklub hat der Kaiser heftige Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet, indem er die Offiziere zum Kampf gegen die finsternen Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit aufrief. Solche Neuerungen wären nicht möglich, wenn er nicht andauernd einseitig und unwahr informiert würde. Es gibt nicht nur einen Eydorf, es gibt sehr viele Eydorfe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und Sozialdemokraten können solche Angriffe ja sehr lässig lassen, wir haben mit den Wirkungen solcher Reden recht gute Erfahrungen gemacht. Etwas anderes aber ist es, ob der Reichskanzler solche Angriffe auf große Schichten des deutschen Volkes für gut und wünschenswert hält.

Vizepräsident Dove: Sie haben keinen Beweis dafür, daß große Schichten des deutschen Volkes, besonders Ihre Partei, mit den Mächten des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit gemeint sind. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Dr. Gradnauer (fortfahrend):

Wer denn? Die Neuerungen des Deutschen Kaisers gegen die Sozialdemokratie sind um-so merkwürdiger, als der Kaiser wiederholt Gelegenheiten genommen hat, mit Sozialdemokraten in Verkehr zu treten. Auf seinen eigenen Wunsch hatte er eine Unterredung mit dem britischen Arbeiterführer MacDonald, und die schweizerische Armeeverwaltung stellte ihm bei den schweizerischen Wandern einen Offizier zur Informierung zur Verfügung, der ein „schreckliches“ Sozialdemokrat ist und in sozialdemokratischen Zeitungen militärische Artikel schreibt, also auch einer von den finsternen Mächten des Unglaubens. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß von dieser Finsternis nichts abgekehrt hat.

Vizepräsident Dove: Diese Tatsachen bestätigen, was ich Ihnen entgegengesagt habe. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Gradnauer:

Der letzte Grund dafür, daß wir in Deutschland mit Ihrer Politik nicht vorwärts kommen, liegt darin, daß auch dieser Deutsche Reichstag kein richtiges Spiegelbild des Volkswillens ist. Die Herren vom Zentrum sitzen zum großen Teil hier nur zufolge des ungerichten Wahlverfahrens. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Hätten wir nicht das Majoritätssystem und die alte Wahlkreiseinteilung, würden die Herren nicht hiesigen. Wir haben eine Resolution auf Aenderung des Wahlverfahrens in Richtung des Verhältnißsystems und für eine neue Wahlkreiseinteilung eingebracht. Auch hier hängt es von den Nationalliberalen ab, ob wir vorwärts kommen. Die liberalen Parteien können eine viel größere Macht im Deutschen Reich bekommen, wenn sie mit Entschiedenheit für ein besseres Wahlrecht eintreten würden. Sie würden dann die Reaktion in die hoffnungslose Minderheit bringen, und wenn sie dann wirklich liberale Politik treiben wollten, würde es an uns nicht fehlen. (Aha! rechts.) Das Verhältnißwahlrecht hat bereits durch eine ganze Reihe von Ländern einen Siegeszug angetreten. Ich bitte also um Zustimmung zu unserer Resolution. Wir Sozialdemokraten sind bemüht, das wirt-

schäftliche und sozialpolitische Leben vorwärts zu treiben. Wir wollen am Ausbau aller unserer inneren Verhältnisse anregend und vorwärtstreibend wirken, die Unfruchtbarkeit der gegenwärtigen Politik wollen wir mit fortwährenden Anregungen beantworten. Unsere Hoffnungen auf die gegenwärtige Regierung sind sehr gering, unsere Hoffnung ruht vielmehr auf der großen sozialdemokratischen Volksbewegung. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Hinblick auf diese große Kulturbewegung sind wir der Wahrheit des Dichterswortes gewiß: Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen! (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich will mich darauf beschränken, auf einige Fragen, die der Herr Vorredner gestellt hat, zu antworten. Er hat sich bei mir nach dem gegenwärtigen Stand der Jesuitenfrage erkundigt. Seit ich im November v. J. über die Jesuitenfrage hier gesprochen habe, ist das Komum eingetreten, daß der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes angenommen hat. Dieser Antrag liegt dem Bundesrat vor, der noch keinen Beschluß darüber gefaßt hat. Vor der Annahme des Antrags im Reichstage ist die Frage über das Verhältnis des Reichsrechtes zum Landesrecht aufgeworfen worden. Um dieses Verhältnis aufzuklären, hat der Herr Staatssekretär des Innern, wie er mir mitgeteilt hat, eine Kundfrage bei den Regierungen der Einzelstaaten gehalten. Lediglich darauf bezieht sich diese Kundfrage. Von einem Kaufhandel, den der Vorredner an die Wand gemalt hat, ist mir nichts bekannt. Weiter hat mich der Herr Vorredner gefragt, wie es mit den Vorgängen in Braunschweig bezüglich des französischen Sozialisten Compère-Morel stünde. Die Einzelheiten der Vorgänge in Braunschweig sind mir unbekannt, und wie mir der Herr braunschweigische Bundesratsbevollmächtigte mitteilte, hat auch er noch keine Kenntnis davon. (Lautes Gelächter.) Man wird also noch gegenüber der Darlegung des Herrn Vorredners abwarten müssen, wie sich die andere Seite dazu äußert. Sachlich ist mein Standpunkt folgender: Wenn die Herren Sozialdemokraten glauben, gegen die von uns eingebrachte Behörde protestieren zu müssen und Versammlungen dagegen abhalten, wenn sie die Verantwortung tragen zu können glauben, Deutschland diejenige Verstärkung seiner Rüstungen vorzuziehen, welche zur Sicherung unserer Zukunft nötig ist, dann mögen sie es unter sich abmachen. (Lebhaftes Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Wenn sie sich aber dazu fremde Hilfe holen, dann können Sie sich nicht wundern, wenn wir ein Veto dagegen erheben. (Erneute Zustimmung rechts.) Nun hat der Herr Vorredner gesagt, daß Herr Compère-Morel gar nicht gegen unsere Vorlage hätte sprechen wollen, sondern lediglich gegen den französischen Chauvinismus. Das wäre ja an sich ein sehr verdienstvolles Werk. (Heiterkeit.) Das gebe ich zu. Aber seine Anwesenheit in einer deutschen Versammlung sollte doch dazu dienen, Ihrer Agitation gegen die Behörde zu nützen. (Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Was wir zur Verstärkung unserer Armee tun wollen, darüber kann nur der Deutsche beschloffen werden, und zwar von Deutschen ganz allein. (Beifall rechts.) Wir brauchen kein Mittelreden von fremden Herren, mögen sie noch so kompetent sein, um ihre Ansicht zu äußern, oder mögen sie es nicht sein.

Dann ist der Vorredner auf den Fall Soht zurückgekommen. Ich glaube doch wirklich der Ansicht der großen Mehrheit des Reichstages in jenem Fall den richtigen Ausdruck zu geben, wenn ich sage, daß der Fall Soht von S. M. dem Kaiser in einer Weise erledigt worden ist, daß er für uns alle erledigt sein kann. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich gehe also darüber hinweg.

Der Vorredner hat ferner behauptet, die Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über den Vertrag zwischen dem Kaiser und dem damaligen Besitzer von Cadinen sei falsch; es handle sich um eine Schenkung. Er hat einen Brief des Kaisers an den früheren Besitzer von Cadinen vorgelesen. Ich kenne den Brief nicht; er wird ja wohl stimmen, wenn der Vorredner glaubt, ihn öffentlich mitteilen zu können. Ich möchte nur angeben, daß im kaiserlichen Archiv ein Kaufvertrag vom 15. Dezember 1898 liegt, worin nach § 1 gesagt wird: Der Kaiser übernimmt käuflich von Herrn Birner die und die Besitzungen, § 2: Der Erwerber übernimmt die sämtlichen Hypotheken und Grundschulden (Hört! hört!), und § 5: Der Käufer zahlt eine einmalige Barsumme von 50 000 M. und außerdem meine jährliche Rente. (Hört! hört!) Ich halte also die Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ — ich persönlich habe sie nicht beachtet, ich weiß auch nicht, von welchem Ressort sie ausgegangen ist — ich halte diese Behauptung also für falsch.

Im Zusammenhang damit ist der Vorredner auf Aeuherungen des Kaisers eingegangen und hat sich darüber beklagt, daß der Kaiser in einer Utschrede, die er vor den Landwehroffizieren von Berlin, ich glaube am 10. März, gehalten hat, aufgerufen hat zum Kampf gegen die finsternen Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit. Wollen Sie etwa beitreten, daß solche Mächte bei uns wirken und an der Arbeit sind? Wissen wir nicht tagtäglich in der sozialdemokratischen Presse Verhöhnungen des Gottesglaubens lesen. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) — Lebhaftes Zustimmung rechts und im Zentrum. — Rufe bei den Sozialdemokraten: Beweise! Ich habe keine Pressenotizen hier. Ich könnte sie Ihnen aber zu Dupenden bringen. Ich habe vor kurzer Zeit aus der „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel bekommen, in dem Einrichtungen des christlichen Glaubens in einer Weise dargelegt sind, daß ich den Staatssekretär des Reichsjustizamtes gebeten habe, zu prüfen, ob nicht die Verurteilungen der strafrechtlichen Verfolgung gegeben sind. Aber auch ohne Pressenotizen werden Sie mir, wenn Sie ehrlich sein wollen, zugeben müssen, daß Sie, trotz aller Toleranz, die Sie predigen — ich spreche nicht von den Herren hier im Hause, sondern von denen da draußen im Lande — unausgesetzt den Gottesglauben anderer Leute angreifen. (Lebhaftes Zustimmung rechts und im Zentrum. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der ganze Reichstag ist da, glaube ich, auf meiner Seite. (Erneute Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Und ebenso wird immer gegen die Vaterlandsliebe in dem Sinne, wie sie die große Mehrheit des deutschen Volkes versteht, von Ihnen unausgesetzt gekämpft und gespottet. Erinnern Sie sich daran, daß S. M. der Kaiser etwa 8 Tage nach den berühmten Debatten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung über die Hundertjahrfeier gesprochen hat. Erinnern Sie sich an die Neuerungen der sozialdemokratischen Redner, erinnern Sie sich an die Antworten der Freisinnigen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Cassel! — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und wundern Sie sich da, meine Herren, daß demgegenüber der Kaiser an die irdischen Kräfte, an den Gottesglauben, an die Gottesglaubensverächter erinnert, die die Grundlagen gemein sind für die Wiedergeburt unseres Volkes vor 100 Jahren. (Lebhaftes Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Der Kaiser hat damit dem preussischen Volke und dem deutschen Volke aus der Seele gesprochen, und das lassen wir uns nicht durch Ihre Angriffe verkümmern. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Liesding (Rp.): Eine Freude an der Reichsregierung, so daß wir ihr in allem zustimmen könnten, hat auch meine Partei nicht. Durch die Ausweitung des Herrn Compère-Morel aus Magdeburg und Braunschweig wird solchen Versammlungen, wie den dort geplanten, eine zu große Bedeutung beigelegt; das deutsche Reich würde sicher nicht Schaden leiden, wenn solche kleinliche Maßnahmen unterließen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Die Kritik an öffentlichen Reden des Kaisers werden wir uns nicht nehmen lassen, und wir bedauern, wenn wir Wahrnehmungen machen, daß er falsch unterrichtet ist, wie im Falle Soht. Aber ob er das Gut Cadinen gekauft bekommen oder gekauft hat, ist für die Öffentlichkeit ganz gleichgültig. (Zustimmung bei der Volkspartei.) — Für die Resolution Abrecht werden wir

stimmen — haben wir früher doch schon ganz dasselbe verlangt, Verhältniswahl und gerechte Einteilung der Wahlkreise. — Wir wünschen, daß geheime Listen über die Beamten endlich beseitigt werden. Nirgends, wo man sie beseitigt hat, haben sich schlechte Folgen für die Disziplin ergeben. Weiter wünschen wir, daß überhaupt das Disziplinarverfahren gegen Beamte mit Rechtsgarantien umgeben wird. — Zum Schluß tritt der Redner für die freisinnige Resolution auf Einführung von Angestellten- und Beamtenausschüssen ein.

Abg. Morawski (Polc): Wegen der Enteignungspolitik in Preußen hat der Reichstag ein Mißtrauensvotum des Reichstags erhalten. Durch einen Mangel der Geschäftsordnung hat der Reichstagspräsident davon keine offizielle Kenntnis erhalten, aber erfahren wird er es schon haben. Es bedeutet eine Mißachtung des Reichstags, daß trotzdem in dieser Enteignungspolitik munter fortgefahren wird. — Ueber die Mißachtung des Vereinsgesetzes werden wir eine besondere Erörterung herbeiführen. Die ganze Politik der Regierung gegenüber den Polen, vor allem der Staatssozialismus der Enteignungspolitik, kommt nur der Sozialdemokratie zugute. Die Regierung will nur uns enteignen, die Sozialdemokratie will alle enteignen. Der Geist ist derselbe. (Stapel bei den Polen.)

Abg. Rumm (Wirtsh. Gg.): tritt für einen Antrag auf Bildung von Beamtenausschüssen in den Reichsbetrieben ein. — Der sozialdemokratische Antrag über die Verhältniswahl müßte, wenn er ernst gemeint hätte, nähere Vorschläge enthalten. Es genügt, festzustellen, daß die Sozialdemokraten die ersten sind, an dem jetzigen Reichstagswahlrecht zu rütteln. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück betont die Schwierigkeiten einer Neuregelung des Disziplinarrechts der Beamten. Eine Vorlage werde dem Reichstag wahrscheinlich im nächsten Winter zugehen. Ein Verlagsantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Hüttmann (Soz.): Die Wahlen von 1912 haben unzweifelhaft bewiesen, wie das Volk über die Politik des Reichstags denkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Den Arbeitern werden in ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen nach wie vor die größten Schwierigkeiten gemacht. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird von den unteren Organen ganz im Sogenschlag zu den Absichten des Reichstags ausgeübt. Daß gegenüber Ausschreitungen bei Streiks die heutigen Strafbestimmungen mehr als ausreichen, beweisen die Erfahrungen im Ruhrgebiet, wo 30 Jahre Gefängnisstrafen und 1635 M. Geldstrafen insgesamt verhängt worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von 1206 Anklagen mußten 306 Freisprechungen erfolgen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Redner begründet den weiteren den Antrag auf Einführung des Verhältniswahlrechts bei den Reichstagswahlen. Der Reichstag würde eine ganz andere Zusammensetzung erfahren, wenn wir ein wirklich gleiches Wahlrecht hätten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Gliederung der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten enorm verändert infolge der industriellen Entwicklung, die große Massen in bestimmten Gebieten, vor allem in den Großstädten, zusammenführt. Das bedingt mit Notwendigkeit eine andere Wahlkreiseinteilung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber man fürchtet eine Änderung in dieser Beziehung, um nicht den Einfluß der Sozialdemokratie zu vermindern. Im übrigen bleiben auch infolge des Majoritätswahlrechts über 6 Millionen Wähler überhaupt unberücksichtigt. Daher verlangen wir auch eine Berücksichtigung der Minoritäten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — In der Jesuitenfrage, sagt der Reichstagspräsident, hat sich seit dem vorigen Jahre nichts verändert. Wir werden ja sehen, wie die Sache sich entwickelt. — Die Behauptung, wir hätten der Religion feindlich gegenüber, hat der Reichstagspräsident in keiner Weise begründet. In unserer Partei wird Religion zur Privatangelegenheit erklärt, in unserer Partei erfährt niemand eine Zurücksetzung wegen seiner religiösen Überzeugungen. Aber die Kritik an den kirchlichen Einrichtungen, die sich in keiner Weise mit religiösen Überzeugungen decken, werden wir uns auch in Zukunft nicht verwehren lassen. — Der Kaufvertrag über Kabinen, den der Reichstagspräsident hier erwähnt hat, spricht keineswegs gegen die von Gradnauer gegebene Darstellung. Der Fall Soth ist keineswegs für die Öffentlichkeit erledigt. Auch das Wort von der „vollen Kompottschüssel“ beweist, wie falsch der Kaiser über die Verhältnisse der Arbeiter und die Ergebnisse der Sozialpolitik unterrichtet wird. 42 Proz. der gesamten preussischen Bevölkerung haben heute noch immer nicht ein Einkommen von 900 Mark. (Hört! hört! laut.) Ueber diese und andere Dinge ist der Kaiser offenbar ganz falsch informiert.

Bei der Nachwahl in Greiz ist dem Wahlgeseß eine falsche Auslegung gegeben worden. Bei Nachwahlen innerhalb eines Jahres soll nach den alten Listen gewählt werden. In Greiz aber hat man Wählern, die verzogen waren, das Wählen einfach verboten.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Wirtschaftspolitik des Reichstags führt uns dazu, die Starken und Mächtigen noch mehr zu stärken, die Kleinen und Schwachen in Gewerbe und Handel und vor allem der großen Masse der Arbeiter noch mehr das Leben zu erschweren. Und das nennt der Kanzler bewährte Wirtschaftspolitik. Wenn man alles versucht, die geschlossene Klammer der Arbeiter gegen diese Wirtschaftspolitik zu zerbrechen, so kann das einen Erfolg nicht haben. Auf dem Schlachtfelde der Arbeit haben Hunderttausende Leben und Gesundheit verloren; dauernd sind diese Zahlen gestiegen. Das sind

suchbare Anklagen gegen die Sozialpolitik. Die Arbeiter bilden zusammen mit den Männern der Wissenschaft und Technik die Grundlage unseres Wirtschaftslebens, durch dessen Aufführung Deutschland groß geworden ist. Um so unbegreiflicher ist es, daß die Regierung die Arbeiter rechtlos halten will. Gerade, wenn man auf dem Boden der Ordnung steht, muß man den Wünschen der Massen Rechnung tragen. Statt dessen folgt man den Wünschen der Junker. Solche Politik kann uns in keiner Weise befriedigen. Mit protestieren gegen diese Rechtslosigkeit der arbeitenden Massen. Die Mehrheit des Volkes ist nicht nur zum Arbeiten da, sondern das Volk muß auch die Rechte verlangen, die der heutigen Entwicklung entsprechen. (Stapel bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.): Die Übernahme des Gütes Kadinen durch den Kaiser soll durch einen Kaufvertrag, nicht durch eine Schenkung erfolgt sein. Die Beschiebung dieses Kaufvertrages ist eine Zerschlagung sowohl der öffentlichen Meinung als auch des Kaisers. Dem Reichstagspräsident ist doch als Juristen und Landmann bekannt, daß auch Schenkungen in Form von Kaufverträgen erledigt werden. Der von mir besessene Brief des Kaisers an den Landrat Birker beweist deutlich, daß das Gut Kadinen ohne Gegenleistung an den Kaiser übergegangen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens ist der Landrat Birker damals wegen seiner besonders patriotischen Gesinnung in das preussische Herrenhaus berufen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gehörts das auch zu den Kaufbedingungen? Der damalige Wert von Kadinen betrug über 3 Millionen. Die Gegenwerte waren nur so hoch, daß ein erhebliches Geschenk von weit über eine Million übrig blieb. Wenn solche Schenkungen an öffentliche Körperschaften wie z. B. die Stadt Berlin gegeben werden, so dringt die obere Behörde stets darauf, daß etwa vorhandene Angehörige in anständiger Weise abgefunden werden. Das ist gerade bei Übernahme von Kadinen nicht geschehen. Man hat dem Kaiser offenbar damals verheimlicht, daß der Landrat arme Verwandte hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Verwandten haben dann eine Abfindung verlangt und sind brutal behandelt worden. (Präf. Raempf: Ich bitte Sie, diesen Gegenstand zu verlassen, das gehört nicht in den Reichstag!) Jedenfalls sind diese Vorgänge beim Falle Soth und bei der Schenkung von Kadinen nur Symptome schwerer Uebelstände, die in den höchsten Regionen herrschen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt. Ueber die Resolution Aldrecht (Soz.) auf Einführung der Verhältniswahl und Neueinteilung der Wahlkreise wird, da das Bureau über das Resultat der Abstimmung zweifelhaft bleibt, durch Sammel sprung abgestimmt.

Mit ja stimmen 90, mit nein 88 Abgeordnete, das Haus ist also beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung, dann Wahlprüfungen und Militäretat.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Militäretat in der Budgetkommission des Reichstags.

Die Forderung, an die Spitze von weiteren fünf Bezirkskommandos statt eines Stabsoffiziers einen Obersten zu stellen, führte in der Mittwochssitzung zu einer lebhaften Aussprache über die Tätigkeit der Bezirkskommandeure und der Bezirksoffiziere, wobei abermals die ungebührliche Behandlung der Mannschaften bei den Kontrollversammlungen wie auch die Gefinnungsmäßigkeiten scharf gerügt wurde. Weiter wurde beanstandet, daß diesen Offizieren auch noch Burden gestellt werden, deren sie gar nicht bedürfen. Die Forderung wurde abgelehnt. Gewünscht wurde auch, daß jährlich nur eine Kontrollversammlung stattfinden soll. — Der sozialdemokratische Antrag, das reisende Feldjägerkorps zu beseitigen, wurde abgelehnt, ebenso der weitere sozialdemokratische Antrag, die besondere Zulage für die Offiziere des I. Garderegiments zu Fuß und der Garde du Corps im Gesamtbetrag von 78 242 M. zu streichen. Dabei muß hervorgehoben werden, daß auch das Zentrum, das vor Wochen mit bombastischen Worten ein Sparprogramm veröffentlicht hat, gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmt!

Genosse Liebknecht brachte dann schwere Mißstände im Lieferungswesen für die Truppen zur Sprache. Unlautere Manipulationen seien ebenso gang und gäbe, wie das Schmiergeldbetreiben. Viele Geschäftsleute wollen deshalb nicht mehr für die Truppen liefern, weil nach ihrer Angabe mit lauterem Mittel nichts zu machen sei. Es wird behauptet, ohne mit dem Kermel das Gefängnis zu streifen, könne man keine Militärlieferungen ausführen. Es müsse anerkannt werden, daß sich die Verwaltung alle Mühe gibt, dem Rumoren zu steuern, was aber nur durch Anwendung der schärfsten Maßregeln gelingen werde. Weiter forderte Genosse Liebknecht erneut Auskunft über den Fall Arnold in Spandau. — Der Kriegsminister bestritt auf Grund der ihm gewordenen Informationen, daß gegen Arnold militärischer Vorgesetzter angewendet worden ist; die üblichen Maßregeln geschähen aus Gründen der Disziplin. Der Minister glaubte, energisch dagegen Vertretung einlegen zu müssen, daß die Echtheit der Beamten in Zweifel gezogen werde. Zugabe sei, daß Versuche, auf unlautere Weise Militärlieferungen zu erhalten, gemacht werden. Ein Lieferant, der dabei erwischt werde, erhalte in der gesamten Armee keine Lieferung mehr.

Für die Kavallerie werde die Rousfuterration um täglich 1 Kilo heraufgesetzt werden. Die Kommission stimmte zu und besprach im Anschluß daran die Regelung der Rationen für die Offizierspferde.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei.

In Arolshausen starb Genosse Karl Ziegler, der langjährige Expeditionsbuchhalter und Leiter des Informativwesens unseres Karlsruher Parteiblattes „Volkstreu“. Er erlag der Proletarierkrankheit, gegen die er lange Jahre gähne angeknipst hatte. Nach mehrmonatiger Krankheit kehrte er vor acht Tagen, anscheinend wieder gebessert, an seinen Arbeitsplatz zurück, um aber nach wenigen Tagen erneut auf das Krankenlager geworfen zu werden, von dem er sich nicht mehr erheben sollte. Genosse Karl Ziegler erreichte ein Lebensalter von nur 43 Jahren. Er machte die kaufmännische Lehre durch und war dann in verschiedenen kaufmännischen Stellungen tätig. 1899 übernahm er die Leitung des Informativwesens des „Volkstreu“ und führte sie bis zu seinem Tode in treuer Pflichterfüllung. Neben seiner Berufsarbeit entfaltete er aber auch für die Partei und die Gewerkschaften eine reiche organisatorische Tätigkeit. Er hinterläßt eine Witwe mit drei unversorgten Kindern. Die Partei wird das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten.

Vorsicht!

Vom Gau Thüringen des Porzellanarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Seit einiger Zeit werden von aus Gräfenroda stammenden Hausierern Terralottabüchsen von Parteiführern und andere Tendenzartikel vertrieben. Diese Hausierer beschaffen sich zum Teil mit der unwahren Angabe, Partei- und Gewerkschaftsmitglieder zu sein, in kleineren Orten von den Vertrauensleuten die Mitgliedslisten und suchen auf diese Weise mit ihren nicht einwandfreien Manipulationen die einzelnen Mitglieder zum Kauf zu veranlassen. Nach größeren Orten versuchen diese Leute auf schriftlichem Wege an die Organisationsleitungen heranzukommen und mit den gleichen unwahren Angaben ihre Geschäfte zu machen. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder wollen deshalb bei derartigen Angeboten Vorsicht üben und zunächst nähere Erkundigungen beim Vorsitzenden der Zählstelle des Porzellanarbeiterverbandes, Genossen August Fröhlich, Formler, in Gräfenroda i. Thür., Bahnhofstraße, einziehen.

Die Partei- und Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck gebeten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die beleidigten Militäramwärter.

Der Reichstag hat in einer Resolution die Reichsregierung ersucht, erneut die Frage der Anstellung von Militäramwärtern auf Rentengütern zu prüfen. Die „Vossische Ztg.“ hat dazu von militärischer Seite einen Artikel gebracht, in dem es hieß: „Alle Bemerkungen der beteiligten Stellen sind aber an der Tatsache gescheitert, daß sich zur Anstellung geeignete Militäramwärter bisher trotz der ihnen gebotenen Vorteile fast gar nicht gemeldet haben... Es liegt dies vor allem daran, daß ein Unteroffizier, der 12 Jahre gedient hat, bisher nicht mit seiner Hände Arbeit tätig gewesen ist.“ — Das Hamburger Echo knipste in der Nr. 178 vom 2. August 1912 an den Artikel des bürgerlichen Blattes eine Betrachtung, in der die Fähigkeiten der Leute, die zwölf Jahre auf dem Kasernenhofe getandelt haben, soweit ein bürgerlicher Beruf in Frage kommt, angezweifelt wurden. Dadurch fühlten sich die Militäramwärter beleidigt, jedoch der Vorsitzende des Militäramwärterverbandes, der Kriegsgerichtsssekretär Weisener in Hamburg, gegen den verantwortlichen Redakteur des Echo, den Genossen C. Döring, Privatklage erhoben. Während der genossenschaftliche Rechtsanwalt eine Geldstrafe von 300 M. gegen unseren Genossen beantragte, erkannte das Schöffengericht auf eine Gefängnisstrafe von 1 Woche. Der Vorsitzende meinte bei der Urteilsbegründung, daß die Schwere der Beleidigung unmöglich durch eine Geldstrafe gesühnt werden könne.

Wegen des Weistritzes protestierte am Sonnabend in Lübeck eine von über 2000 Personen besuchte Versammlung, in der Genosse Koske-Chemnitz referierte.

Das sozialdemokratische Erkennungszeichen.

In Hannover-Münden hatte die Polizeibehörde von dem Vorstand des dortigen Arbeiter-Turnvereins die Einreichung der Vorstandsmitgliedsliste verlangt, weil der Verein angeblich ein politischer Verein sei. Selbstverständlich blieb dieses unberechtigte Verlangen unerfüllt, und als dann die üblichen Strafmandate erfolgten, kam die Sache zum gerichtlichen Austrag. In dem das Schöffengericht in Münden sowohl wie die Strafkammer in Göttingen sprachen die angeklagten „Sünder“ frei. Bemerkenswert ist an diesem Fall vereinsgeschichtlicher Billigkeit die komisch wirkende Behauptung des öffentlichen Anklägers vor der Göttinger Strafkammer, daß der sozialdemokratische, daher politische Charakter des Mündener Arbeiterturnvereins sich aus dem — Vereinsabzeichen ergebe, das ein großes S, das Erkennungszeichen der Sozialdemokratie, enthalte. Der Ankläger drang mit seiner Behauptung allerdings nicht durch, aber für die Auffassung gewisser Vertreter der heutigen Staatsordnung ist dieser niedliche Satz überaus kennzeichnend.

Vom Polizeikampfe gegen die Mäuferei.

In Köln im Kreise Herzogtum Lothringen haben die Arbeiter beschlossen, am 1. Mai einen Umzug durch die Straßen der Stadt zu veranstalten. Sie ersuchten dazu schriftlich um die Genehmigung des Bürgermeisters. Anstatt dieser ging ihnen jedoch folgendes Schreiben zu:

Auf Ihren Antrag vom 31. März d. J. wird Ihnen hierdurch erwidert, daß Ihnen die Erlaubnis zur Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges durch die Straßen der Stadt am 1. Mai d. J. nicht erteilt werden kann, da Kundgebungen dieser Art geeignet sind, auf weitere Kreise der Bevölkerung beunruhigend und erregend zu wirken, so daß die Befürchtung gerechtfertigt erscheint, daß es zwischen den Teilnehmern an Umzügen und patriotischen Personen zu Zusammenstößen kommen könnte. Aus diesem Grunde ist aus der Veranstaltung des Aufzuges, in welchem eine Demonstration gegen die bestehende Arbeits-, Staats- und Gesellschaftsordnung zu erblicken ist, Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten, weshalb sich nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes die Verfassung dieser Veranstaltung rechtfertigt.

Die Polizeiverwaltung: Oellen.

Diese zarte Rücksicht auf die „patriotischen“ Kreise berührt um so feltamer, als der Bürgermeister noch nie Umzüge von „Patrioten“ unterlag hat, durch welche etwa die Arbeiterschaft beunruhigt werden konnte. Weiter steht fest, daß die Kölner Sozialdemokratie es noch immer verstanden hat, ihre Veranstaltungen in muster-gültiger Weise auszuführen, ohne daß es je zu Zusammenstößen gekommen wäre, was man nicht von allen bürgerlichen Feiern sagen kann. Dieses Verbot des Mäufzuges dokumentiert nur, daß auch in Köln die Arbeiterschaft mit anderem Maß von den Behörden gemessen wird, als das Bürgerium. Die Früchte werden nicht ausbleiben.

Gerichts-Zeitung.

Durch Unfall geistesgestört.

Eine Art Vorprüfung, ob ein Angeklagter zu Unrecht zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, stellte eine Verhandlung dar, welche gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte.

Angeklagt wegen Begünstigung war der Malermeister Adolf Herzog. — Der Angeklagte war am 23. Oktober d. J. von derselben Strafkammer wegen Anstiftung zum Diebstahl und gewerkschaftlicher Hehlerei zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Verhandlung hatte feinerzeit ergeben, daß der Angeklagte mit einer Bande gewerkschaftlicher Fuhrwerksknechte in Verbindung gestanden und die gestohlenen Pferde angekauft hatte. In dem Revisionsverfahren vor dem Reichsgericht in Leipzig stellte es sich heraus, daß ein Fall von Begünstigung bei der Urteilsfällung vergessen worden war. Die Revision selbst wurde verworfen, jedoch wurde eine neue Verhandlung über den feinerzeit verlassenen Angeklagten angeordnet. Inzwischen hatte es sich herausgestellt, daß der Angeklagte im Jahre 1911 bei den Arbeiten an dem Hause der Firma S. Adam in der Friedrichstraße aus beträchtlicher Höhe vom Gerüst gestürzt war und schwere Kopfverletzungen davongetragen hatte. Von diesem Zeitpunkt an trieb sich der bis dahin fleißige und nüchterne Angeklagte mit sehr zweideutiger Gesellschaft herum und ergab sich völlig dem Alkohol. Die Angehörigen des H. liegen deshalb den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens stellen, da H. offenbar schon geisteskrank war. In der geistigen Verhandlung waren deshalb gewissermaßen als Vorprüfung für die eventuelle Wiederaufnahme des Verfahrens als Sachverständige Redaktionsrat Dr. Hoffmann und der Oberarzt Dr. Körper aus der Hl. Klinik geladen. Beide behaupteten übereinstimmend, daß erhebliche Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten beständen, daß aber ein definitives Gutachten erst nach längerer Beobachtung abgegeben werden könne. — In der Sache selbst kam das Gericht aus Rechtsgründen zu einer Freisprechung.

Von der Anklage des Nordversuchs freigesprochen

wurde der Quadratreibehrer Paul Gosenid, welcher sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu verantworten hatte.

Die Verhandlung entrollte das Bild einer völlig zerrütteten Ehe. Der Angeklagte hatte im Jahre 1896 geheiratet. Nach seiner Behauptung, die durch das Zeugnis zahlreicher Personen unterstützt wurde, war die Ehe von Anfang an nicht recht glücklich, und zwar hatte dies seinen Grund darin, daß die Frau zu bestimmten regelmäßig wiederkehrenden Zeiten eine harte Vorliebe für den Alkohol in jeder Form zeigte. Der Angeklagte mußte sie wiederholt aus den Schwankwirtschaften herausziehen, wobei es fast jedesmal zu einem wüsten Skandal kam. Die der Angeklagte weiter behauptete, sei er wiederholt von seiner Frau mit heißem Wasser begossen worden, einmal, als er sich von ihr lossagen wollte, habe sie sogar einen Schußmann geholt und ihn unter der Beschuldigung, er habe sie bestohlen, fesseln lassen. Als er sich endlich von seiner Frau trennte, sei er wiederholt von ihrem Anhang überfallen und verprügelt worden. Die Verhandlung ergab ferner, daß der Angeklagte einmal seiner Frau einen schmerzhaften Revolver abgenommen und zur Polizei gebracht hatte, nachdem sie ihn damit bedroht hatte. Da ihm wiederholt von Freunden seiner Frau aufgelauert wurde, trug er schließlich diese Waffe stets bei sich, lud sie jedoch nur mit Schrotpatronen, um in dem Falle eines erneuten Angriffs ein Abwehrmittel zu besitzen.

Als der Angeklagte am Abend des 5. Januar d. J. seine Wohnung aufsuchen wollte, traf er vor dem Hause auf seine Frau, in deren Begleitung sich mehrere Männer befanden. Als einer von diesen auf ihn zukam, hob er die Waffe drohend empor und gab, als er einen tödlichen Angriff unmittelbar bevorstehend glaubte, mehrere Schüsse ab, die einen der Begleiter der Frau leicht verletzten. — Aus diesem Vorfall entwickelte sich eine Anklage wegen Nordversuchs, da mehrere der dem Angeklagten feindselig gesinnten Leute gesehen haben wollten, daß G. auf seine Frau gezielt habe. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte dies mit aller Entschiedenheit. Der gerichtliche Sachverständige, Hofschenschenmacher Barren, befandete außerdem, daß es mit der von dem Angeklagten verwendeten Munition überhaupt nicht möglich sei, durch einen auf größere Entfernung abgegebenen Schuß einen Menschen zu töten. — Die Geschworenen kamen nach diesem Ergebnis der Verhandlung, zu der über 40 Zeugen geladen waren, zu einer Verurteilung sämtlicher Schuldfragen, so daß der Angeklagte freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen wurde.

Ein Werk der Arbeiterklasse!

In einer Zeit, wo die herrschenden Kreise die Bevölkerung mit Millionen neuer Steuern belasten wollen, gilt es gerade für die Arbeiterschaft, zur **Selbsthilfe** zu greifen.
Der Einzelne ist jedoch nichts.

In der Organisation liegt die Stärke!

Das beweisen die **Zentralwerke der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.**

Um weiteren Bevölkerungskreisen die

Besichtigung der Betriebsanlagen

zu ermöglichen, findet

Sonntag, den 20. April, vormittags von 10–12 Uhr

die zweite Führung durch die Zentralwerke statt und zwar für die Einwohner in

Berlin Südost, Süden, Westen und Moabit sowie der in dieser Richtung liegenden Vororte einschließlich Adlershof, Alt-Glienicke, Grünau-Bohnsdorf und Niederschöneeweide-Johannisthal.

Die Konsumgenossenschaft zählt **73 000 Mitglieder.** – Sie besitzt:

Eigene Großbäckerei mit 18 Doppelauszugöfen und einem täglichen Mehlverbrauch von über 400 Zentner.

Eigene Konditorei, Kaffeerösterei und Selterfabrik. – **Zentrallager.**

Zur Beförderung der Waren dienen **19 Automobile.** In den nachfolgenden **104 Verkaufsstellen** wird voraussichtlich ein Jahresumsatz von **15 Millionen** erzielt.

Die Verkaufsstellen befinden sich:

In Berlin:

NW. Beusselstraße 4–5 Emdener Straße 50 Rostocker Straße 35 Spenerstraße 21 Stendaler Straße 5 Ufnaustr. 16	Gleimstraße 46 Hochmeisterstraße 16d Hochstädter Straße 6 Hussitenstraße 53 Lychener Straße 19 Nordufer 4b Prinzen-Allee 85 Prinz-Eugen-Straße 24 Schivelbeiner Straße 9 Soldiner Straße 103 Stolpische Straße 24 Swinemünder Straße 33	NO. Bötzowstraße 34 Büschingstraße 12 Naugarder Straße 45 Winsstraße 63	SO. Adalbertstraße 36 Forster Straße 3 Manteuffelstraße 91 Wrangelstraße 65	S. Alte Jakobstraße 57–59 Graefestraße 65
N. Bornemannstraße 1 Fehrbelliner Straße 54 Gartenstraße 3 Gerichtstraße 3		O. Bödikerstraße 7 Grüner Weg 15 Kochhannstraße 14		SW. Arndtstraße 5 Kochstraße 62 Wassertorstraße 20
				W. Goebenstraße 17, Ecke Culmstraße Kurfürstenstraße 17

In den Vororten:

Adlershof, Bismarckstraße 11 Alt-Glienicke, Rudower Straße 59, Ecke Köpenicker Straße Baumschulenweg, Baumschulenstraße 93a Bohnsdorf, Straße 21 Britz, Werderstraße 31 Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 55 Potsdamer Straße 30 Wallstraße 23 Weimaer Straße 29 Westend, Fredericiastr. 11	Erkner, Königstraße 55 Friedenau, Moseistraße 7 Friedrichsfelde, Caprivi-Allee 44 Friedrichshagen, Drachholzstraße 2 Grünau, Köpenicker Straße 8 Johannisthal, Bismarckstraße 6 Karlshorst, Treskow-Allee 100 Köpenick, Berliner Straße 5 Borgmannstraße 5 Müggelheimer Straße 48	Lichtenberg, Boxhagener Straße 24b Bürgerheimstraße 102 Kronprinzenstraße 1 Mozartstraße 2 Rittergutstraße 22 Wismar-Platz 3 Wühlischstraße 57 Lichterfelde-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 43 Mariendorf, Kaiserstraße 110 Neukölln, Böhmische Straße 47 Emser Straße 33 Friedelstraße 15	Herrfurthstraße 6/6a Münchener Straße 39 Steinmetzstraße 107 Weserstraße 28–29 Wildenbruchstraße 61–62 Nieder-Schönhausen, Kaiser-Wilhelm-Straße 79 Nieder-Schöneeweide, Berliner Straße 110 Ober-Schöneeweide, Edisonstraße 50 Luisenstraße 12 Pankow, Berliner Straße 47 Wollankstraße 102	Reinickendorf-Ost, Holländerstraße 126 Hoppestraße 16 Schöneberg, Apostel-Paulus-Straße 40 Ebersstraße 26 Sedanstraße 82–83 Südende, Lichterfelder Straße 36 Tempelhof, Berliner Straße 39 Dorfstraße 19–20 Treptow, Graetzstraße 58 Weißensee, Langhansstraße 7 Lehderstraße 62 Wilmersdorf, Augustastr. 3
---	--	--	--	--

Die Verkaufsstellen sind geöffnet an Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags und von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, Sonnabends bis 9 Uhr abends, Sonntags geschlossen.

Eröffnet wird demnächst je eine Verkaufsstelle **Elbinger Straße 42, Yorckstraße 70** und **Steglitz, Albrechtstraße 115.**

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H.

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstraße 16–26.

Abgeordnetenhaus.

167. Sitzung. Mittwoch, den 16. April 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Schorlemer, Sydow.

Die Beratung des Etats.

Bei Titel

Gesundheitsverwaltung

Begründet Abg. v. Dethen (fr.) einen Antrag, bei der Festsetzung der Remontenpreise die landwirtschaftlichen Interessen mehr zu berücksichtigen; nach kurzer Debatte wird der Antrag angenommen. — Beim

Bergetat

Besprechend die

Abg. Wöbel (Z.) und Korfanty (Pole) ober-schlesische Arbeiterfragen und Klagen über zu lange Arbeitszeit, mangelndes Entgegenkommen usw.

Handelsminister Dr. Sydow erklärt, daß er zu einem Streik in Oberschlesien die gleiche Stellung einnehmen würde, wie feinerzeit im Ruhrgebiet. Die Regierung kann erst demitteln, wenn beide Parteien es verlangen. Der Minister spricht dann über die Löhne in Oberschlesien. Die Klagen der Arbeiter waren vielfach bloß Jodel mit dem Namen. Als man konkret nach den Löhnen fragte, was sie wollten, haben viele erklärt, daß sie gar nicht zu kündigen beabsichtigt hätten. — Wichtig ist, daß in Oberschlesien noch die 8 1/2-10 1/2 stündige Arbeitszeit besteht; wir wollen sehen, ob wir sie verkürzen können. Aber die Förderungsverhältnisse in Oberschlesien sind so viel günstiger wie in Westfalen und dem Saargebiet, daß eine längere Arbeitszeit ganz gerechtfertigt ist. Die Löhne sind niedriger als an der Ruhr und Saar, aber dafür liegen auch die Feuerungs- verhältnisse günstiger; es werden auch keine höheren Anforderungen an die Belegschaft gestellt und die Löhne steigen ja auch.

Abg. v. Woyms (fr.): Nirgendwo gibt es so viel Arbeiterschaft durch den Staat wie in Preußen. Der belgische Generalstreik legt uns nahe, große Kohlen- Lager anzulegen, um gewappnet zu sein. — Der Inwirtschaflich- leit des Ruhrgebietes entgegenzutreten, haben alle Kreise ein Interesse. Woher ordene Rechte sollen aber nicht beeinträchtigt werden bei der Neuordnung des Kaligesezes. — Auf die Errichtung von Ueberlandzentralen sollte die Bergverwaltung großes Augen- merk richten und dafür sorgen, daß überall auch Dampfmaschinen vorhanden sind.

Handelsminister Dr. Sydow: Wir verhandeln darüber mit der Baurverwaltung. — Der Fehler des Kaligesezes ist, daß es die Ent- scheidung neuer Werke nicht begrenzt. Dies wird der Hauptinhalt der Kaligeseznovelle sein. Dabei werden sich schließlich auch die Besitzer älterer Werke und die Grundbesitzer, unter deren Boden Kali lagert, eine Beschränkung gefallen lassen müssen.

Abg. Seiner (Soz.):

Der Minister hat den ober-schlesischen Bergarbeitern zugerufen, sich sehr wohl zu überlegen, ob sie streiken wollen. Wir halten es für nötig, daß er sich seine Haltung zur Lohnbewegung über- lege, denn das weiß doch jeder, daß die Bergherren niemals eine Vermittlung der Regierung wünschen werden. Wenn man da sagt, beide Teile müßten die Vermittlung verlangen, so ist das einfach die Vertretung des Unternehmerstandpunktes! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister hat zwar ein legales Verhalten der Berg- verwaltung anerkannt, nicht aber auch ein solches bei den Arbeitern. Das beweist, daß er Licht und Schatten gar nicht gleichmäßig ver- teilen will! Ich betrachte das vom Minister geschickte und gelobte Vorgehen der Bergverwaltung als einen Terrorismus gegen die Arbeiter, die gefündigt haben. Mit allen hat der Minister oder das Oberbergamt verhandelt — nur mit den Arbeitern nicht. Das Oberbergamt hat den Bergherren anheimgegeben, mit den Arbeiter- auschüssen zu verhandeln — das hat man nicht getan. Im Ruhrgebiet haben wir es ja gesehen, daß man den Arbeiteraus- schüssen gefügt hat: Wir verhandeln mit Euch nur, weil es der Minister wünscht, bewilligt wird aber nichts! In Oberschlesien wird man es nicht anders gemacht haben!

Die Lebensverhältnisse gerade im ober-schlesischen In- dustriegebiet sind als außerordentlich teuer bekannt. Den Ratweiser für das vom Minister behauptete Gegenteil hat er nicht erbracht und seine Bemerkungen sind weiter nichts als eine Recht-

fertigung der brästen Abweisung der Arbeiter- forderungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die ober-schlesische Lohnbewegung ist von der polnischen Organi- sation ausgegangen, wird aber jetzt von allen vier Verbänden ver- folgt. Da sollen die Klagen von 30 Proz. der Belegschaft nicht befragt? Es hat sich doch oft genug gezeigt, daß die übrige Masse nachfolgt, weil alle eine Verbesserung ihrer Lebenslage erstreben.

Der Minister hat statistisch dargelegt, daß die Gesundheits- verhältnisse in Oberschlesien bessere seien als sonst. Dort besteht aber der Lazarettzwang, und die Arbeiter arbeiten, auch wenn sie krank sind, so lange als möglich! (Hört! hört! bei den Sozial- demokraten.)

Die Worte des Ministers müssen den Hebermut der Bergherren stärken, aber glücklicherweise stehen diesmal alle Organisationen einig zusammen. Wenn es zum Streik kommt, ge- schieht es unter Billigung des Ministers, denn er hat nichts getan, um die Schädigungen durch den Streik zu verhindern. (Zu- stimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Korfanty (Pole) führt aus, daß der ganze Gang der Lohn- bewegung den vom Minister betonten „guten Willen“ der Zechen- besitzer als schroffen Herrenstandpunkt erwiesen habe.

Damit ist der Bergetat erledigt.

Etat für Handel und Gewerbe.

Die Abg. Hammer (L.) und Rahardt (fr.) treten für eine Er- höhung der Fonds zur Förderung des Kleingewererblichen Ge- nossenschaftswesens ein und sprechen die Befürchtung aus, daß der Kleinhandel und das Handwerk schlechten Zeiten ent- gegengehen.

Handelsminister Sydow wendet sich gegen diese zu pessimistische Beurteilung der Zukunft.

Abg. Dr. Ehlers (Sp.) meint trotzdem, daß der mittlere Gewerbe- stand alle Ursache hat, trübe in die Zukunft zu sehen. Auch das deutsche Wirtschaftleben werde durch die Entziehung der Milli- arde Wehrbeitrag geschädigt werden. Die Verwen- dung dieser Milliarde zu unproduktiven Zwecken habe dieselbe Wirkung, wie wenn das Geld in die Erde vergraben würde. (Wider- spruch rechts.) Der Redner führt weiter Klage über die Konkurrenz, die Staat und Kommune dem mittleren Gewerbe machen.

Abg. Wiesberts (Z.) wirft dem Abg. Ehlers mangel- haften Patriotismus vor. Man sehe die Abneigung der Besitzenden gegen das Opfer des Wehrbeitrages. Die Zwangs- ungen unterliegen immer mehr dem Einfluß des sogenannten antisozialen Schachmachers. Statt Tarifverträge zu fördern, er- zwingen sie durch Strafen die Ausprägung der zum Tarif- abschluss geeigneten Malergelilien. Hält der Minister solche Strafen für zulässig und die Behörden zu ihrer Zwangsvollstreckung für verpflichtet? Wenn ja, würde sich der Kampf im Malergewerbe außerordentlich verschärfen.

Handelsminister Dr. Sydow: Dieses Vorgehen der Zwangs- ungen ist mir bekannt, es widerspricht aber zwei Paragrafen der Gewerbeordnung, nämlich der Un- beschränktheit der Arbeitereinstellung und dem Verbot eines Koalitions- zwanges, § 162. Die Strafen sind also nicht im Ge- setz be- gründet und es ist das auch nicht dasselbe wie in Magdeburg, wo die Bäderinnung den Abschluss von Tarifverträgen verbot, die einige im Ge- setz nicht begründete Verpflichtungen enthalten sollten.

Abg. Borchardt (Soz.):

Ich freue mich über diese Erklärung des Ministers. Des ge- schwindigen Vorgehens der Zwangsinnung müßte sich aber der Staatsanwalt annehmen. Sofern ein Arbeiter nur entfernt in den Verdacht kommt, gegen § 152 R.-G.-O. verstoßen zu haben, ist die Staatsanwaltschaft sofort da und die Richter verurteilen ebenso rasch. Unkenntnis des Gesetzes kann den Innungsmeistern auch nicht zugute kommen.

Die Heeresvorlage gehört ja kaum hierher, aber es schadet nicht, auch hier darüber zu reden. Wenn man meint, daß ein starkes Heer den Frieden sichert, darf man auch über die Kosten nicht jammern. Der Patriotismus der kapitalistischen Parteien geht nur bis dahin, wo das Zahlen beginnt. Da be- ginnt sofort das Jammern! Herr Wiesberts hatte also ganz recht, aber warum sprach er denn gar nicht von den laufenden Kosten der Heeresvorlage? Die werden auf alle Fälle wieder die Weislosen zahlen müssen.

Die Heeresvorlagen werden sich Jahr für Jahr folgen, wohin soll das führen? Sie klagen jetzt schon über den Ueber- lah — nun, es werden weitere folgen in allen Ländern. Der Moment muß kommen, wo die Lasten nicht mehr ausgebracht

werden können und wo die Erbitterung schließlich dahin kommt, daß das chauvinistisch verhegte Volk sagt: Schlagen wir lieber los! So gefährden die Abstammungen den Frieden, statt ihn zu schützen.

Wird es nicht eine billigere und ebenso wirksame Methode, die Landesverteidigung zu sichern? Doch, das ist die Miliz — aber gegen die stränden Sie sich, weil man sie nicht so gegen streikende Arbeiter verwenden kann, wie das stehende Heer, was sich z. B. erst im vorigen Jahre beim Bergarbeiterstreik gezeigt hat.

Herr Ruggan hat sich in der zweiten Lesung für den Schutz- verband gegen die Bäderverordnung ins Zeug gelegt, freilich wollte er sich nicht für Unfaulerkeit, sondern nur für bauliche Er- leichterungen einsetzen, wie er sagte. In der Kommission hat aber sogar der Regierungskommissar als Ergebnis amtlicher Unter- suchungen festgestellt, daß diese baulichen Zustände der Keller- bädereien mit der Unfaulerkeit im engsten Zu- sammenhang stehen. Wer sich für bauliche Erleichterungen, für dunkle, enge Arbeitsräume ausspricht, fördert damit, ohne es zu wollen, die Unfaulerkeit und Gesundheitsgefährlich- keit. (Der Redner verliest zum Beweis die Darlegung des Kom- missars, die von haarsträubenden, ekelregenden Zuständen spricht und sogar vorzeitiges Arbeitsunfähigkeit von Bädereiern, nicht bloß von Arbeitern feststellt.) Wird Herr Ruggan nun seine Äußerungen zurücknehmen?

Als ich bei der zweiten Lesung sagte, daß die Künstler jede Konkurrenz verdienen möchten und warum nicht auch Hausierer und Detailhändler ihr Leben sollen freieren dürfen, da wurde rechts gerufen: „Warum nicht auch die Spießhühner?“ Die Hausierer und Detailisten sind empört darüber und haben unseren Präsidenten um Nemeid gebeten. Der Präsident hat geantwortet, daß es hier im Hause nicht üblich sei, Angriffe auf Stände und Korporationen zu rügen, auch sei der Zwischenruf nicht bekannt geworden. Nun, den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie darf man hier nach den Beschlüssen des Hauses nicht tranken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn nun das Organ des Zentralverbandes der Handelsteile sagt, daß kein anderes Parlament einen Stand so roh beschimpfen lassen würde, so ist das scharf, aber berechtigt. Wir wollen nun sehen, ob das hier so hochgehaltenen Anstandesgefühl den Abgeordneten, der jenen Zwischenruf gemacht hat, nun wenigstens veranlassen wird, sich zu meiden! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Ehlers (Sp.) erklärt gegen Abg. Wiesberts, daß mit Gurratriotismus gar nichts gemacht sei. Ich bin noch für viel mehr Besitzsteuer wie Sie, ich bin sogar für die Erbschafts- steuer! (Sehr gut! links.) Alle Gewerbe sind geschädigt durch die internationale Spannung und wenn Herr Wiesberts das bestreitet, so zeigt er, daß er keine Ahnung hat!

Abg. Wiesberts (Z.): Ja, so zeigen Sie doch einen anderen Weg zur Ausbringung der Milliarde, wenn Sie über zu schwere Belastung von Handel und Gewerbe durch sie klagen! Wenn Sie die Notwendigkeit der Rüstung bis an die Zähne geben, dann müssen Sie auch die Kosten bewilligen. Freilich, zahlen tut nie- mand gern, aber man kann doch die Milliarde nicht von den Weis- losen nehmen? Ich hoffe, daß die bürgerlichen Parteien des Reichstages für die Ausbringung der dauernden Ausgaben einen Weg finden werden, der nicht zu den traurigen Folgen der Reichsfinanzreform führt und der patriotischen Opfer unserer Vorfahren vor hundert Jahren würdig ist. (Beifall im Zentrum.)

Ein Schlussantrag des Abg. v. Pappenheim (L.) wird angenommen. — Persönlich bemerkt der während Borchardts Rede nicht antwortend gewesene

Abg. Dr. Ruggan (Sp.), daß ihn der Vorwurf, sich durch sein Eintreten für Milderung der Dispenserteilung von der Bädereien- vorordnung mitschuldig zu machen an der Erhaltung unangeneher Bädereien nicht treffen könne, denn die Berliner Kellerbädereien, in deren Interesse er gesprochen habe, seien durchaus hygienisch einwandfrei.

Abg. Borchardt (Soz.): Ich habe Herrn Ruggan kein solches Verschulden zugeschrieben, sondern nur objektiv angeführt, daß die Erhaltung unhygienischer Zustände die Folge seines Auftretens sein könnte. Ich hoffe, daß Ruggan hiernach seine auf unrichtiger Information beruhende Bemerkung zurücknehmen wird.

Abg. Dr. Ruggan (Sp.): Ich vertraue meinen Gewähr- männern und nehme nichts zurück.

Abg. Borchardt (Soz.): Um so schlimmer für Sie! Der Etat für Handel und Gewerbe wird bewilligt.

Das unermüdlische Ringen.

Unter den zahlreichen Sympathieausprägungen, die belgische Künstler und Dichter dem belgischen Proletariat in dieser Schicksals- stunde gewidmet haben, sind schöne und tiefe Worte Camille Lemonniers. Der belgische Jola hat vor den kämpfenden Massen verheißend und trotzdem ihren schließlichen Sieg und ihre Unüber- windlichkeit aufgerichtet. Sein Bekenntnis lautet:

Der Idealismus, aus dem die oberen Klassen sich eine ureigene Tugend gemacht haben, ist wahrlich eine Tugend des Volkes. Sie umfaßt den Glauben, das Opfer, die Hingabe, den immer bereiten Heroismus.

Sie ist das Zeichen der hohen Menschlichkeit, die das materielle Genießen nicht ersticken konnte und die das tiefe Gefühl der Solidarität befeuert, in der sich das innerste Wesen des sozialen Lebens offenbart.

Erkennen wir an, daß das unermüdlische Ringen der niedrigsten Geschöpfe im Laufe der Zeit die moralische Welt gebildet hat. Das Heer der winzigen Lebewesen erbaut die ungeheueren Rassen der Gestirne, ehe der Mensch darauf erschien.

Die Gesellschaft, die morgen sein wird, ist vorgeformt in der Seele des Volkes. Die Führer, die Denker, die Baumeister gaben nur die besondere Form dem, was schon in ihr ist.

Camille Lemonnier.

Ein Brief von Dostojewski. Erschütternde Bilder aus dem Dichterland entrollen fünf Briefe des großen russischen Roman- dichters Dostojewski, die zum ersten Male in der „Ruhaja Starina“ veröffentlicht werden. Es sind dies Schreiben, die der Dichter des „Karamaschew“ an den Herausgeber mehrerer großer Zeitungen, A. Krajevski, richtete. Er befand sich damals in den klaglichsten finanziellen Verhältnissen, die Krajevski in rücksichtsloser Weise ausnützte. Dostojewski war stets im Vorschub und mußte den Betrag, den er schuldet, abarbeiten. In einem Brief steht er darum, ihm wenigstens 15 Rubel à conto des Honorars zu senden. „Ich ersuche Sie dringend, mir diesen Gefallen zu erweisen. Es ist jetzt eine ganz ungewöhnlich schlechte Zeit. Ich kämpfe mit meinen kleinen Gläubigern wie Dooloon mit den Schlangern; ich brauche momentan 15, nur 15; diese 15 Rubel werden mich be- zwingen. Ich werde dann mehr Reue und Lust zum Schreiben haben; seien Sie dessen versichert! Was sind 15 Rubel für Sie? Für mich bedeutet dieser Betrag schon viel. Denken Sie nur, die ganze Woche sitze ich ohne einen Groschen. Wenn Sie nur wüßten, wie weit ich schon gekommen bin!“

In einem anderen Brief verlangt Dostojewski sogar nur 10 Rubel. „Seit ich zum letzten Male vor 2 1/2 Monaten Geld erhalten habe, bin ich ganz erschöpft. Um meine augenblickliche

Not zu lindern, wende ich mich an Sie, mit die 10 Rubel nicht abzuschlagen, die meine Wittin gestern von mir verlangte. Weitern sollte ich bereits ziehen; seit zwei Monaten habe ich noch keine Miete gezahlt. Diese 10 Rubel werden die Frau wenigstens auf kurze Zeit befriedigen. Ich werde dann wieder Ruhe, Beleuchtung und Essen haben, sonst ist es mir unmöglich, auf dieser Welt etwas zu schreiben. Um Gottes willen, lehnen Sie es mir nicht ab!“ Wie eine Notiz am Rande dieses Briefes beweist, hat Dostojewski wenigstens die 10 Rubel erhalten. Krajevski verstand es eben vortrefflich, den Dichter in Abhängigkeit zu erhalten. Er gab ihm immer nur kleine Beträge, die gerade dazu ausreichten, daß er sein Leben dürftig fristete, und sorgte dafür, daß er stets sein Schuldner blieb. Vergeblich bemühte sich Dostojewski, aus diesem Reiz heraus- zukommen.

„Wie werde ich bei Ihnen meine Schuld regulieren können,“ schreibt er einmal, „wenn wir fortgesetzt in diesem Zustande bleiben, daß ich Geld borgen und es wieder „abschreiben“ muß. Machen Sie endlich diesem Schuldensystem ein Ende und gehen wir zu der friedlichen Bezahlung der einzelnen Arbeiten über, die wieder den heiligen 1. des Monats anerkennt!“ Aber darauf wollte sich der struppelose Geschäftsmann nicht einlassen.

Von der Filmbörse. Peter Kansen, der den Ruhm seiner Jugend als dänischer Kaufmann längst mit der wohlfundierten Realität eines Direktorpostens bei dem monopolisierenden Kopen- hager Verlag von Gyldenbal vertauscht hat und nur bei be- sonders lukrativen Gelegenheiten Rückfälle als literarischer Arbeit- nehmer bekommt, fühlte sich unlängst getrieben, der Verknüpfung von Literatur und Film das Wort zu reden. Eine gewisse Presse, die die pathetisch ablehnende Geste gegen diese Art der Un- gabe be- liebt, konnte nicht umhin, auch ein deutsches Publikum mit den Kansenischen (scheinbaren) Selbstlosigkeiten zu beglücken. Jetzt kommt für die Abnuschlosen, wie immer in solchen Fällen, der Pferdefuß zum Vorschein. Soeben ist in Kopenhagen eine neue Filmgesellschaft, die soundsvielle, gegründet worden, die mit dem Gyldenbalischen Verlage in direkter Verbindung steht und in ihrem Direktorium den Namen des Herrn Peter Kansen aufweist. Seine bisherigen Wühlerfolge, die Verschandelung des Jona- Pie, den er dem Kino überließerte, der gleiche Attentatsversuch gegen Ibsen, den der Sohn im letzten Augenblicke unter dem Druck der öffent- lichen Meinung abzuwenden mußte, scheinen ihn dazu qualifiziert zu haben. Das neue Unternehmen schreibt denn auch rüstig und fed auf der einmal betretenen Bahn fort: die erste Verfilmung dieses Unternehmens unter Kansenischem Protektorat wird — den Märchen von H. E. Andersen zuteil werden.

Das Vaterland der Waffai. Die Behörden von Britisch-Ostafrika hatten jüngst beschloffen, den gefährlichen Eingeborenen-Stamm der Waffai aus seinen Sitten bei Laikipia in eine weiter fählich gelegene Reservat zu überführen. Die Waffai waren indessen mit diesem unfreiwilligen Wohnungswechsel keineswegs einverstanden. In früheren Zeiten hätten sie in einem solchen Fall zu Schild und Speer gegriffen und sie wären den Weissen in der mämmernordenen

Schlacht entgegengetreten. Aber die Söhne der Steppe scheinen sich heute fast als regulär englische Staatsbürger zu fühlen und so taten sie einen ganz anderen Schritt: sie klagten gegen die britische Krone, in deren Namen ihre Verschickung erfolgen sollte, bei dem zuständigen Gerichtshof, dem Obergericht für Britisch-Ostafrika zu Rombaia. In diesen Tagen fand der Termin statt, auf dem die Waffai Sieger blieben. Der Gerichtshof verbot den Kolonialbehörden, den Stamm oder sein Vieh aus den alten Sitten zu verdrängen.

Humor und Satire.

Spiegeljagd

oder

Die Jäger als Hasen.

Weiderrückt der Jagod blitz auf die glücklichen Genossen, die, so oft sie losgebrückt, niemals noch vorbeigeschossen.

Und er denkt bei sich verzagt: Wenn doch meine Kollegen je auf der Verbrecherjagd auch so gut zu treffen wüßten!

Doch statt dessen, lieber Gott, werden selber sie gefangen, überhäuft mit Schimpf und Spott und im Wilde aufgehängt.

Franz.

Notizen.

— Das Theater des Westens, das jetzt Aufführungen zu ermäßigten Preisen veranstaltet, brachte am Dienstag die hoch- bekannte und immer noch zugräftige Operette „Wiener Blut“ von Johann Strauß, neu einstudiert, heraus. Die vertrauten Wäzgerlänge und das wienerisch delecte Spiel, in dem sich besonders Goldi Deutsch und die feine Wäzi Freihardt hervortaten, fanden frohgemuten Beifall.

— Ein neues Deldruckverfahren. Nach einem photo- graphischen Verfahren hergestellte Deldrude sind im Berliner Wuch- gewerbejaal, Dessauer Str. 2, bis zum 21. April täglich von 11-2 Uhr mittags unentgeltlich zu beschaffen. Das Verfahren ge- statet auch, Lindrude von den Originalen anzufertigen.

— Die Vertragskündigung im österreichischen Theatergewerbe. Als Grund für die vorzeitige Kündigung des „Tarifvertrages“ zwischen dem österreichischen Theaterdirektoren- verband und dem Bühnenverein (der Schauspielerorganisation) durch die Direktoren wird besonders der Kündigungsparagraf be- zeichnet, der den Direktoren das einseitige Kündigungsrecht während des Probemonats entzog. Die Vertragskündigung ist deshalb inter- essant, weil der Bühnenverein immer die Harmonie der Interessen von Schauspielern und Direktoren gepredigt hat, was ihm freilich jetzt vergehen dürfte.

Der Justizetat wird nach unwesentlicher Debatte genehmigt, ebenso der Etat der Zentralgenossenschaftskasse.

Beim

Etat der Finanzen

wendet sich

Abg. Strömbeck (3.) gegen die Querschnitts- und Oberverwaltungsgerichte.

Abg. Dr. v. Kries (L.) gibt namens seiner Partei eine scharfe Erklärung gegen die Eingriffe des Reiches in die bundesstaatliche Selbständigkeit bei der Deckungsvorlage ab. Die Absicht, die Ausführung der Beschlüsse der Einzelstaaten zu überlassen, muß wenigstens erhalten bleiben. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Jellich (H.): Wenn das Reich eine Vermögenssteuer einführt, so wird es den Einzelstaaten bald auch die Einkommensteuer wegnehmen. Das wäre im Interesse des Reichs und der Bundesstaaten gleich unsinnig, falsch, verkehrt und verwerflich. Also nur keine Vermögenssteuer im Reich. (Großer Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. Lenge schließt sich diesen Ausführungen vollkommen an; die Reichstagsverhandlungen über die Deckung bereiten der preussischen Finanzverwaltung schwere Sorge. Eine Reichsvermögenssteuer würde die finanzielle Selbständigkeit der Bundesstaaten aufs schwerste gefährden. Vermögens- und Einkommensteuer sind von einander nicht zu trennen. Erhöhung der Vermögenssteuer bedeutet Herabsetzung der Einkommensteuer, denn man kann denselben Leuten nicht immer höhere Lasten aufbürden. (Zurufe der Sozialdemokraten: Hört! hört! — Beifall rechts.) Wo sollen die Staaten und Kommunen hinkommen? Den schweren Eingriffen der Deckungsvorläge in die bundesstaatliche Hoheit glauben die Verbündeten Regierungen wegen des Anlasses noch zuzustimmen zu können, aber jedes Weiterstreiten auf dieser Bahn ist von höchster Gefahr! Ich bitte die Herren, auch im Reichstag entschieden dagegen aufzutreten; hat doch Abg. Südekum selbst auch gesagt, daß die Reichsvermögenssteuer auch die Reichseinkommensteuer nach sich ziehen muß. Wo bleibt da der föderative Ausbau des Reichs; ich bitte, sich mit aller Kraft gegen eine Reichsvermögenssteuer zu wenden. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. — Abg. Hoffmann: „Nieder mit dem Reich!“)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wir haben hier ein gemeinsames Auftreten der Mehrheit mit dem Finanzminister gegen den Reichstag. Der Minister puscht die Mehrheit gegen den Reichstag auf. (Lärm rechts.) Es wird Zeit, diesen Junker übermüt, diese heilige Auffassung hier im Haus und in der preussischen Regierung über die Zuständigkeit des Reichs zu brechen. (Lärm rechts.) — Der Präsident unterbricht diesen Ausdruck. Der Minister sagte, daß bisher die Einzelstaaten finanziell selbstständig gewesen seien, künftig sollten das Reich finanziell selbstständig und die Staaten unabhängig werden — bisher sei es umgekehrt gewesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen sich die wichtigsten Finanzquellen sichern, um das Reich in der Hand zu behalten. Wir haben heute Steuern nötig für Ihre Wehrevorlage. Die Deckung wünschen Sie in einer Weise, die Ihnen möglichst wenig weh tut. Es handelt sich keineswegs um eine im Interesse des Vaterlandes nötige Vorlage, sondern es sollen möglichst viel Rekruten gedreht werden, um mehr Macht gegen den inneren Feind zu haben. Die deutsche Militärvorlage ist augenblicklich die härteste Gefahr für den europäischen Frieden. (Lärm rechts. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister hat bereits von der späteren großen Welle gesprochen, er denkt schon an die nächste Wehrevorlage! Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — (Lärm rechts.)

Sie wollen die indirekten Reichsteuern für alle Ewigkeit erhalten, während steuerliche Gerechtigkeit die Erhebung der so ungerechten indirekten Steuern durch direkte fordern würde. Wenn Sie die direkten Steuern umwerten, berechnen Sie die empfindenden indirekten Steuern.

Für das Reich gibt es doch keine anderen Besteuerungen als die Reichseinkommen-, vermögens- und erbschaftsteuer; aus dem gegen diese haben Sie aber sogar eine Reichsregierung über die Klippe springen lassen.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte für die reichsfeindliche Gemeingefährlichkeit

dieser Mehrheit und die Reichsfeindschaft der preussischen Regierung. (Lärm rechts.) So haben Sie ihn soeben geliefert durch das Vorgehen gegen die finanzielle Selbständigkeit und Selbständigkeit des Reichs, das Sie an der preussischen Kette halten wollen und wobei der Führer der Reichspartei an der Spitze stand. Ihre Position im Reichstag haben Sie dadurch nicht erleichtert, das kann ich Ihnen sagen. Keugierig bin ich auf die Scharfe, mit der die Nationalliberalen und Fortschrittler nachher gegen diese Reichsfeindschaft protestieren werden. (Lärm bei den bürgerlichen Parteien.) Nun, gehen hat ja zur selben Stunde im Reichstag Herr Müller Meinungen die Behandlung Comptons-Morels ergründet, während sie hier Herr Lippmann gebilligt hat. (Weiterkeit.) So widerspricht sich über Ihre Reichs- und Landespolitik! Nun, Ihr Vorgehen wird weit in alle Kreise des Volkes hinein die Ueberzeugung von der Wichtigkeit der sozialdemokratischen Reichsfinanzpolitik tragen. (Lärm rechts.) Sie werden hier mit uns sechs natürlich leicht fertig werden, aber das soll werden Sie aufpeitschen und aufreizen gegen die gemeingefährliche junkerliche Reichsfeindschaft! (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Lärm und Lachen rechts.)

Finanzminister Dr. Lenge: Den Kerger bezaubern wir, denn den Sozialdemokraten sind die Felle fortgeschlommen. (Zehr aut! rechts.) — Zuruf Hoffmanns: Haben Sie die Meinung! Mein Mensch kann sagen, daß die Deckungsvorlagen beifreundlich seien. Haben ich und dieses „Wohlfühlparlament“ gegen den Reichstag fröndelt, wenn ich pflichtgemäß auffordere die Vorlage der Reichsregierung zu unterstützen?! Son indirekten Steuern habe ich überhaupt nicht gesprochen, sondern nur, daß die Steuerbüchse der Bundesstaaten nicht angefaßt werden darf. Das hören wir aus allen Bundesstaaten. Was wollen Sie ins Volk hineinrufen? Daß wir auffordern, Besteuern zu bewilligen? Rufen Sie das nur, Sie werden schon die Antwort sehen! (Zehr aut! rechts.) Wenn ich von der nächsten Angebotsstelle sprach, so wäre es doch Blödsinn, wenn wir etwa jetzt schon erkennbare neue Militärauforderungen nicht gleich jetzt schon mit verlangen würden! (Zehr aut! rechts.) Aber die Gefahren der Reichsvermögenssteuer (Zuruf von den Sozialdemokraten: Für den Weltfrieden!) ihrer fetten Steigerung, die in ihr liegt, hat auch der Reichsanwalt hervorgehoben und ich unterbreite das. (Großer Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Friedberg (nat.) meint ebenfalls, daß die Debatte verabredet war, um dem Reichstag eine Direktive zu geben. Das kann die Reichsfinanzreform nicht fördern, sondern nur schädigen. Ich kann meiner Partei im Reichstag nicht vorgreifen. Wir wollen eine allgemeine Besteuerung. Ueber die Form sollen wir mit uns reden, wenn sie nur die von uns geforderten sozialpolitischen Grundzüge enthält. Bei den Reden Redlich und des Ministers hat mich gekündert, daß sie nicht zu der so einfachen und unkomplizierten Erbschaftsteuer gekommen sind. Unverantwortlich ist es, daß Sie (zur Mehrheit) die Erbschaftsteuer zu Fall gebracht haben; unverantwortlich gegenüber der schwierigen Lage des Reichs. — Gegen die Abhängigmachung des Reichs von den Bundesstaaten hatte Bismarck die schwersten Bedenken. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister Dr. Lenge: Von einer bestellten Arbeit dieser Debatte kann keine Rede sein, denn ich habe erst 5 Minuten vor dem Beginn dieser Debatte von ihr Kenntnis erlangt.

Abg. v. Savigny (3.): Wir wollen nicht von hier aus den Reichstag beeinflussen und lassen uns auch nicht zu einer Stellungnahme provozieren. Im Prinzip hat die Reichsregierung bereits den Grundlag: die direkten Steuern den Staaten — die indirekten dem Reich verfallen. Aber es muß alles abgewartet werden! Vielleicht findet sich noch ein Mittelweg!

Abg. Dr. Rugdan (Sp.): Soll eine Vorlage, die von 10 000 M. Beifall schon einen Beifall verlangt, von 40 000 M. Einkommen aber nicht, und die die Patrimonialbeiträge von 80 Pf. auf 2 M. erhöht, etwa gerecht sein und im Interesse der Einzelstaaten, namentlich der mittleren und kleinen, liegen?! Die Reichsvermögenssteuer wurde nur angenommen, weil versprochen wurde, daß der schwer belastende Grundstückssteuereinkommen aufgehoben würde. Jetzt soll er verewigt werden! Die Reichstagsmehrheit wird niemals die Deckungsvorlage in ihrer so ungerechten Form annehmen. Das ist ja das Unglück, daß die Zusammenlegung des Parlaments des lächerlichen Bundesstaates in seinem Mißverhältnis zu der des Reichstags steht. (Lärm rechts.) Was Sie hier insinieren, spielt ja im Reichstage gar keine Rolle. Im Reichstage haben Sie (nach rechts) aus Preußen 46 Mann, hier aber 220 Mann. (Zuruf rechts: Wieviel sind Sie denn aus Preußen im Reichstage? — Trübendes Gelächter rechts.) Gätten Sie doch die Erbschaftsteuer gemacht. (Zurufe rechts: Die Nationalliberalen und Freisinnigen waren doch auch dagegen!) Wollen Sie Zufriedenheit schaffen, so müssen Sie die Kosten der Wehrevorlage durch die Erbschaftsteuer decken! (Bravo! links.)

Abg. v. Pappenheim (L.) beantragt Schluß der Debatte. (Weiterkeit links. Abg. Hoffmann: Jetzt wird's Ihnen unangenehm!)

Der Schlußantrag wird angenommen. Abg. Dr. Liebknecht (Soz., persönlich): Der Finanzminister hat zugegeben, daß diese eigenartige Zentenarfesier des Opferjahres (Weiterkeit links) zwar nicht von langer, aber von kurzer Hand vorbereitet war. (Oh! nicht, rechts.) Dem Minister erwidere ich, daß meine Bemerkungen über den plutokratischen Charakter Ihrer Aktion sich nicht auf den Wehreibetrag, sondern auf die Deckung der dauernden Kosten bezogen. — In einer Geschäftsordnungsbemerkung erklärt Dr. Liebknecht, vom Präsidenten mehrfach unterbrochen, daß die Verwirklichungsabsichten des Zentrums noch beleuchtet werden würden. Mit Ihrer ins Wasser gefallenem Disziplin für die Konservativen im Reichstag haben Sie sich gründlich blamiert! (Zustimmung links.) Weiterberatung Donnerstag 10 Uhr. Schluß 8 Uhr.

Der Landtagswahlkampf in Berlin.

Am Dienstag fanden eine große Zahl von Wählerversammlungen in Berlin statt. Der

zweite Landtagswahlbezirk

hatte zwei Versammlungen einberufen; die eine fand in den „Kreuzberg-Feställen“ statt. Hier referierte Parteisekretär Hermann Müller. Den Ausführungen des Redners, die mit großem Interesse und Beifall eingezogenen wurden, folgte eine kurze Diskussion, die die völlige Übereinstimmung der Wähler mit dem Referenten ergab.

Die zweite Versammlung tagte im „Schuhmacher-Jungenshaus“, Fischerstr. 25, und war für die Wähler der 2., 3. und 4. Abteilung des ersten Berliner Reichstagswahlkreises einberufen.

Hier hatte es Genosse Dr. Alfred Bernstein übernommen, den zahlreich erschienenen Zuhörern das preussische Dreiklassenrecht in seiner ganzen Erbärmlichkeit vor Augen zu führen. Der Redner schloß unter herzlichem Beifall mit der Aufforderung, alle Kräfte einzusetzen, damit die Plauern der junkerlichen Zwangsbürgerei in Preußen fallen, im Interesse der Kultur und der Befreiung der Arbeiterklasse für dies ein erstrebenswertes Ziel. Dem Vortrage folgte keine Diskussion.

In beiden Versammlungen wurde nach den Referaten die Aufstellung der Wahlmänner erledigt.

fünften Landtagswahlbezirk

fanden drei Versammlungen statt, die den Wahlkampf propagierten und die Wahlmänner aufstellten. Die Versammlungen wurden in der „Draußenburg“, vor dem Schlessischen Tor, im Lokal „Lübke“ in der Waldemarstraße und im „Märkischen Hof“ in der Admiralstraße abgehalten. Der starke Besuch aller Versammlungen gab Kunde von dem lebhaftesten Interesse, welches die proletarischen Wähler, die durch das Dreiklassensystem Entrechtet, dem preussischen Landtagswahlkampf entgegenbringen. Als Referenten traten die Genossen Eichhorn, Davidsohn und Büchner auf. Da in Berlin nur die Freisinnigen als unsere Gegner im Wahlkampf in Frage kommen, so verfehlten die Redner nicht, das Sündenregister der Freisinnigen zu entrollen und zu zeigen, daß auch diese Partei keine zuverlässige Vertreterin der Volkrechte und freirechtlicher Grundzüge ist. Das bekämpfte Julia Borchardt, der als Kandidat des fünften Wahlbezirks in allen drei Versammlungen Ansprachen hielt, mit dem Hinweis darauf, daß bei den Debatten im Abgeordnetenhaus über das polizeiliche Vorgehen gegen unsere französischen Genossen Comptons-Morel sämtliche bürgerlichen Parteien, einschließlich des Redners der Freisinnigen, sich auf den Standpunkt der Polizei und des Regierungsvertreters stellten. Der wachsenden Radikalität des Proletariats haben sich die Tore des Junkerparlaments geöffnet, ihr wird es auch gelingen, das schmachvolle Unrecht der Dreiklassenwahl aus der Welt zu schaffen, die Zwangsbürgerei der Reaktion zu brechen und dem Recht des Volkes zum Siege zu verhelfen.

sechsten Landtagswahlbezirk

waren ebenfalls drei öffentliche Wählerversammlungen einberufen worden. Der starke Besuch bewies das große Interesse, das man den bevorstehenden Landtagswahlen entgegenbringt.

In den Markgrafen-Feställen, draußen an der Stralauer Grenze, war der Andrang schon um 8 1/2 Uhr derart groß, daß ein noch engeres Zusammenrücken der schon dicht gedrängt Eigenden notwendig wurde, um dem weiteren Andrang nach Möglichkeit gerecht zu werden. Vor der zahlreichen Hysterie sprach unter stürmischem Beifall der Landtagsabgeordnete des sechsten Landtagswahlbezirks der Genosse Adolf Hoffmann.

In den Comenius-Feställen in der Remeler Straße, wo trotz Finowjassens der Diche selbst jeder Schublad in Anspruch genommen war, so groß war der Zustrom, referierte Genosse Landtagsabg. R. O. Leinert. Er zeigte die Sünden und „Heldentaten“ der bürgerlichen Mehrheit des auf dem elenden Dreiklassensystem fußenden preussischen Parlaments und der Regierung in ihrer ganzen Glorie. Im sechsten Landtagswahlbezirk, wo sie sicher wählten, welche lächerliche Kraft sie in Adolf Hoffmann als ihren Abgeordneten hätten, müßten die Genossen mit demselben Eifer, mit derselben Hingabe, mit derselben Kraft, wie Adolf Hoffmann im Landtag es als Abgeordneter tue, auf seine Wiederwahl mit noch größerer Mehrheit hinarbeiten. Die Versammelten zeigten durch stürmische Zustimmung ihren Willen dazu.

In der dritten Versammlung, in den Andreas-Feställen, war es der Landtagsabgeordnete Heinrich Ströbel, der die Aufgaben der Sozialdemokratie im Kampfe gegen preussische Reichsfeindschaft und für Befreiung der Entrechteten des Volkes im preussischen Staate besproch. Der Vortrag, in dem Ströbel dann speziell zum preussischen Wahlkampf Stellung nahm und der ausklingend in einer begeisterten Entzweiung, alle Energie in diesem Kampfe aufzuwenden, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In einer wirkungsvollen Demonstration gegen das elendeste aller Wahlsysteme gestaltete sich eine überfüllte Landtagswählerversammlung im

zwölften Landtagswahlbezirk.

Der Kandidat des Bezirks, Eugen Ernst, verstand es, sich durch sein glücklich angelegtes Referat die Sympathien der Versammelten im Sturm zu erringen. Der jetzige Wahlkampf möge, so schloß er, zugleich ein Wahlrechtskampf sein und mit aller Leidenschaft geführt werden. Darum auf, im Sturmschritt vorwärts für den Sozialismus! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Genosse Siech und Werth sprachen in der darauffolgenden Diskussion unter lebhaftem Beifall im Sinne des Referats. Mit begeistertem Hoch auf das freie Wahlrecht schloß der Vorsitzende Paersch die imposante Versammlung.

Todes-Anzeigen

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- und Silberarbeiter u. verw. Berufsgenossen. E. H.

Nachruf.

Am 14. April verschied nach langen Leiden unser langjähriges Vorstandsmittglied, der Silberarbeiter 284/15

Robert Ullrich.

Wie verlieren mit ihm einen stets hilfsbereiten und lieben Freund, gewissenhaften Berater und pflichttreuen Kollegen.

Ehre seinem Andenken! Der Vorstand der Mitgliedschaft Berlin.

Deutscher

Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Franz Fabian

am 14. April im Alter von 24 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, Erlenauer Straße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der

Fritz Homrighausen

am 10. April im Alter von 38 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen, aus statt.

Am rege Beteiligung wird er-
wartet.

64/4 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Herm. Zamzow

Garmen-Salva-Straße 131, am 15. d. Mts. an Herzschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet 116/41 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer etc.

Filiale Berlin.

Bezirk Neukölln.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Joseph Orzogo

am 9. April verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Weihen-
see, Köthlinger-Straße, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet 138/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Banarbeiterverein.

Sektion der Putzer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Gottlieb Schwiedewski

im Alter von 74 Jahren an Schlaganfall gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Hans-Gemeinde in Nieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.

142/4 Der Vorstand.

Emil Oppenheimer

Am Donnerstag den 10. d. Mts. verstarb unverheiratet unser lieber Mitarbeiter, der Korrektor

im Alter von 60 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann Die Einäschung findet heute nachmittags 6 Uhr im Krematorium, Gerickestraße, statt. 417/5

Gustav Dobrowsky

lagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem sozialdemokratischen Wahlverein (Bezirk 355) sowie den Mitgliedern der Firma Gb. Dobrowsky unseren herzlichsten Dank. Was Frau Elise Dobrowsky nebst Kindern

Am 15. April verschied plötzlich

unser lieber Kollege, der Korrektor

Oswald Kliche

im 53. Lebensjahre.

Sein Andenken wird in Ehren

halten 418/5

Das Personal des Zentral-Bureau für die deutsche Presse.

Die Einäschung findet Freitag,

den 18. April, nachmittags 11 Uhr,

im Krematorium, Gerickestraße, statt.

Hiermit die traurige Nachricht,

daß mein lieber Mann, unser

guter Vater

Theodor Hübler

verstorben ist.

Wwe. Hübler nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am

Freitag nachmittags 4 Uhr von der

Leichenhalle des Kirchhofes Alt-

Stralau aus statt.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten.

Am Sonnabend, den 26. April,

abends 8 1/2 Uhr, findet im

Restaurant des Herrn

Schulz, Köpenicker Str. 17, die

General-Versammlung sämtlicher Arbeitnehmer

Vertreter statt.

Tagesordnung:

1. Vorstandsbildung.

2. Jahresbericht pro 1912.

3. Bericht der Revisionen.

4. Statutenberatung und Be-

schlußfassung. 268/16

5. Verschiedenes.

6. Persönliches Erscheinen

ist Pflicht der Vertreter ist unbedingt

erforderlich. Der Vorstand.

Ortskrankenkasse für

Pankow.

Sonntag, den 27. April 1913,

vormittags 10 Uhr:

Ordentliche Generalversammlung

der Vertreter der Kassensmitglieder

und der Arbeitgeber im Restaurant

von Koozycki, Kreuzstr. 3-4.

Tagesordnung:

1. Berlefung des Protokolls der

letzten Generalversammlung

2. Bericht des Vorstandes

3. Abnahme der Jahresrechnung für

1912 und Bericht der Revisionen

4. Ortswahl für 2 Arbeitnehme-

mitglieder des Vorstandes

5. Anträge, welche mindestens auf

3 Tage vor der Generalversam-

mlung beim Vorstände eingereicht

sind.

6. Verschiedenes.

Zutritt haben nur die zur General-

versammlung gewählten Vertreter,

denen ein schriftliches Legitimation

ausgestellt. 268/15

Der Vorstand.

Otto Niemann, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse der

Gastwirte

und verwandten Gewerbe

zu Berlin.

Bekanntmachung,

Die

Ordentliche

General-Versammlung

der gewählten Kassenvorsteher

findet am Dienstag, den 29. April

1913, nachmittags 2 1/2 Uhr,

im Lokale des Herrn A. Kubo, Dres-

dener Str. 96 (Dresdener Kasino), statt.

Tagesordnung:

1. Bericht der Rechnungsprüfungs-

Kommission.

2. Abnahme und Befreiung des

Jahresberichts für das Geschäft-

jahr 1912.

3. Ortswahl für das ausgetretene

Vorstandsmittglied Herrn A. Schling,

Arbeitgeber, mit der Amtsdauer

5/8 event. 30. Juni 1914.

4. Beratung und Beschlußfassung über

den Statutenentwurf nach den

Vorschriften der Reichsversicherungs-

ordnung. Berlin, den 8. April 1913.

268/14 Der Vorstand.

H. Poppo, O. Schilling, Vorsitzender. Edschlauer.

Albesfinier-

Pumpen

zum Selbstausstellen für

Gartenbesitzer u. Land-

kolonisten von 8 M. an

Flügel-,

Garten-,

Flügel-,

Flügel-,

Flügel-,

Flügel-,

Flügel-,

Flügel-,

Flügel-,

Flügel-,

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen.

**Brandz der Bürsten- und Pinselmacher
Berlins und Umgegend**

Sonnabend, den 19. April, abends 8 Uhr,
bei Preuß. Holzmarktstraße 65.

Tagesordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Bürsten- und Pinselindustrie und wie wurden dieselben durch die Organisationsbewegung. Referent: Kollege Scheffler-Schönheide. 2. Branchenangelegenheiten.

Bez. Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde

Sonntag, den 20. April, vormittags 10 Uhr,
bei Kurow, (früher Köpenick), Chausseestr. 27.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Gewerbeprüfung. Referent: Kollege Breitkopf. 2. Ausstellung der Kandidaten. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Bezirk Osten II.

Montag, 21. April, abds. 5 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend),
bei Grünwaldt, Memeler Str. 67 (Comenius-Säle).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Kuttner über: „Die Justiz in Wirtschaftskämpfen“. 2. Diskussion. 3. Beratung der Anträge zur Generalversammlung.
8 1/2 Uhr

Die Ortsverwaltung.

Wanderkarten

hält stets vorrätig

Buchhandlung Vorwärts

Linienstr. 69, 2a en.

Arbeiter-Gesundheits-

Bibliothek

34 verschiedene Hefte à 20 Pf.

Hausarztverein Charlottenburg.

Donnerstag, den 17. April, abends 8 Uhr, im „Volks-
haus“, Rosinenstr. 3:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Arbeitergesundheitspflege in Staat und Kommune.
Referent: Landtagsabgeordneter Paul Hirsch.
2. Die Arbeitergesundheitspflege in d. Proletarierfamilie.
Referent: Dr. J. Moses.
3. Diskussion eventuell Fragebeantwortung.

284/17*

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch Nidelswerder,
an der neuen beim Alten Freund.
Eintritt für jedermann frei.
Der Vorstand.



Das Ideal der Hausfrau Singer Nähmaschine

Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.
Gründlicher Unterricht unentgeltlich.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Berlin, Leipziger Straße 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.



Zu haben in den einschl. Geschäft,
auch verd. Bezugsquellen nachgew.
Alleiniger Fabrikant:
H. Jacobowski, Neukölln.

Vorwärts-Lesern Rabatt!

Steppdecken

Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.

Similseide in den Farben 5²⁵ bis 21⁰⁰
Seidens. bord. 6⁰⁰ bis 27⁰⁰
Wollatlas oliv

Dauendecken 25⁰⁰ bis 125⁰⁰

Puppensteppdecken . . . 35 Pf.

Schlafdecken . . . 2⁵⁰ bis 36⁰⁰

1 Partie Schmitterdecken . . . 1³⁵
graue

Nach auswärts per Nachnahme.

Spezial-Katalog

650 Abbildungen gratis u. fr.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 17. April 1913.

Anfang 7 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Walküre.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Schauspielhaus. Zeit Stoh.

Anfang 8 Uhr.

Urania. In den Dolomiten.

Nationaltheater. Die Walküre.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.

Metropol-Theater. Die Kino-Königin.

Schiller-Theater O. Der Andere.

Schiller-Theater. Der Andere.

Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße

7 1/2 Uhr:

Maebeth.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Alt-Heidelberg.

Theater des Westens.

8 Uhr: „Selbstmitleide Breite“:

Wiener Blut.

Residenz-Theater.

Abends 8 Uhr:

Die Frau Präsidentin.

Theater am Kollendorferplatz

8 Uhr: Extrazug nach Nizza.

Montis Operetten-Theater

8 Uhr: Der Zigeunerprimas.

Luisen-Theater

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Rose-Theater

8 Uhr: Wilhelm Tell.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:

Die Kino-Königin.

Schiller-Theater O.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Schiller-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr:

Schiller-Theater.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Schiller-Theater.

Freie Volksbühne

Sonnabend, den 19. April, 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:

Ordner-Sitzung.

Nächste Vorstellungen:

Lessing-Theater:

Glaube u. Heimat.

Thalia-Theater:

Kulturpalast.

Deutsches Opernhaus:

Fidelio.

General-Versammlung

Mittwoch, den 20. April, im Gewerkschaftshaus.

Vortrag des Schriftstellers Herrn Robert Breuer.

Geschäftsbericht. Diskussion.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Urania.

Taubenstraße 48/49.

Wissenschaftliches Theater.

Abends 8 Uhr:

In den Dolomiten.

Trianon-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr:

Wenn Frauen reisen . . .

Sonntag 8 Uhr: Der seltsame Toupinot.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

Anfang 8 Uhr,

Sonntags 7 1/2 Uhr.

Boigt-Theater.

Donnerstag den 17. April 1913:

Gastspiel in Dahlmanns Theater.

Abends 8 Uhr: Vorstellung:

Das Mädchen auf Irrwegen.

Sensationsdramen in 4 Akten

von E. S. Zug.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum

DER SKELETTMENSCH

Das Wunder atavistischen Ver-

scheidens. LEBEND!

FUSSKÜNSTLER SARTON

Der armlose PAGANINI

Alles lebend! All ohne Extra-Entree!

Letzter Tag!

Zirkus

Albert Schumann.

Heute Donnerstag, 17. April,

abends 8 Uhr:

Gr. Abschieds-Vorstellung

mit d. Riesen-Weltstadt-Programm

Um 9 1/2 Uhr:

Das große Ausstattungstück:

Der unsichtbare Mensch.

4 Bilder aus Indien

ungekürzt.

Avis!

Auf Wiedersehen!

Wiedereröffnung

im September dieses Jahres.

Walhalla-Theater.

Bismarckweg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr

Parole: Walhalla!

Große Ausstattungspost.

Borgungskarten haben täglich Gültigkeit.

Folies Caprice.

Des Löwen Erwachen.

Der Rehböck.

Floß Zeiteinsparung.

Freitag, den 18. April:

Premiere.

Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

(Meyel, Britton,

Schrader.)

Anfang 8 Uhr,

Sonntags 7 1/2 Uhr.

Boigt-Theater.

Donnerstag den 17. April 1913:

Gastspiel in Dahlmanns Theater.

Abends 8 Uhr: Vorstellung:

Das Mädchen auf Irrwegen.

Sensationsdramen in 4 Akten

von E. S. Zug.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum

DER SKELETTMENSCH

Das Wunder atavistischen Ver-

Herrnfeld

Theater

Schonzeit-

Jäger.

Komödie in 2 Akten von

Anton u. Donat Herrnfeld.

Liebesprobe.

Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Casino-Theater

Zotringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.

Nur noch bis Montag, den 5. Mai:

Der urfomische Vossensänger:

Arturs Fliederwochen

u. das glänzende kritische Programm.

Sonntagabend: Papas Seilensprung.

Schluss der Saison: Montag, 5. Mai

Concordia-Festsäle.

Inh.: M. Wendt u. A. Schütz.

64 Andreasstr. 64.

Jeden Donnerstag:

Große Soiree

der allgemein beliebtesten

und bekanntesten

Hoffmanns Sänger

mit vollständig

neuem Programm

Anfang 8 Uhr.

Nach der **Frei-Tanz.**

Soiree: Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und die Landtagswahlen!

In den ungezählten Festreden und Ansprachen, die anlässlich der Jahrhundertfeier jetzt gehalten werden, spricht keiner der Patrioten von dem hundert Jahre alten Versprechen, von der Verheißung des preussischen Königs im Ausruf von Kalisch: „Freiheit und Unabhängigkeit als unveräußerliche Stammesgüter der Völker“ zu betrachten.

Gingegen gedenken sie fast alle in Wort, Schrift und Bild eines Volksteils, von dem sonst an maßgebender Stelle recht wenig die Rede ist: der Frauen! Wie auch sie vor hundert Jahren dem Vaterlande Opfer gebracht, nicht nur an Gab und Gut, sondern wie so manches Mädchen als Soldat mit hinausgezogen sei, wie andere wieder keine Gefahr scheuten, den Hungernden, Dürstenden und Verwundeten Labung und Hilfe zu bringen.

Hat aber diese Aufopferung von Preußens Frauen und Mädchen dazu geholfen, ihnen eine andere Anerkennung zu schaffen, als die ebenso hochtönenden wie billigen Lobpreisungen? Mit nichten! Preußens Frauen sind heute noch genau so rechtlos, wie sie vor hundert Jahren waren, ohne Rücksicht darauf, daß ihre wirtschaftliche Lage sich in diesen hundert Jahren vollständig umgestaltet hat. Zwar waren auch schon vor hundert Jahren, als der Kapitalismus in Deutschland gewissermaßen noch in seinen Kinderschuhen steckte, Frauen vielfach erwerbstätig, insbesondere in der Weberei. In einem kaiserlichen Edikt vom Jahre 1772 heißt es: „Weiber dürfen bei verschiedenen Handwerken, insbesondere zur Weberei zugelassen werden. Keinem Gesellen soll es zur Unehre angerechnet werden, in den Werkstätten, wo Weiber beschäftigt werden, zu arbeiten.“ Und die Hausindustrie der Weberei und Strickerei beschäftigte unterschiedslos Männer, Frauen, Kinder „vom 5. Jahr des Alters bis ins Grab“. Doch erst die großkapitalistische Entwicklung, insbesondere der letzten fünf- und zwanzig Jahre, zwang Millionen von Frauen und Mädchen, außerhalb des Hauses als freie Lohnarbeiterinnen ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen. In Preußen allein stieg die weibliche Erwerbstätigkeit in dieser Zeit um 132 Proz. Von 18 Millionen hauptberuflich Erwerbstätigen in Preußen sind 5 1/2 Millionen weiblichen Geschlechts. Rechnen wir alle diejenigen hinzu, die nicht hauptberuflich erwerbstätig sind, aber deren Arbeitshilfe nicht entbehrt werden kann, so dürfen wir ruhig von sechs Millionen erwerbstätigen Frauen in Preußen sprechen.

Diese sechs Millionen erwerbstätiger Frauen in Preußen beweisen einmal die Unhaltbarkeit der Behauptung, daß der Mann genügend erwerbe, um seine Familie zu unterhalten, zum anderen, daß die wirtschaftliche Not der Frau nicht mehr erlänbt, nur Hausfrau und Mutter zu sein, was ja, wie die bürgerliche Gesellschaft bis heutigen Tages behauptet, der einzige einer Frau zukommende Beruf sein soll. Aber noch etwas anderes beweisen diese sechs Millionen arbeitender Frauen: daß es nicht möglich ist, sie noch lange in derselben rechtlosen, wirtschaftlichen Abhängigkeit und persönlichen Unfreiheit zu erhalten, wie sie bedingt war in der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Frau zu Beginn des vorigen Jahrhunderts.

Seitdem die Massen der denkenden und arbeitenden Frauen aufgehört haben, nur Ragd und Spielzeug des Mannes zu sein, seitdem insbesondere die Proletarierin zu Millionen eingetreten ist ins Erwerbsleben und die wirtschaftliche und geistige Not des Mannes ihrer Klasse teilt, ringt sie um die Gleichberechtigung, die ihr von den herrschenden Klassen unter Begründungen vorenthalten wird, deren Berechtigung aus vorlesenen Jahrhunderten stammt, aber heute einen Anspruch auf Gültigkeit nicht mehr besitzen. Trotzdem dienen sie noch immer dazu, alle Anträge der Frauen auf wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung abzulehnen.

Nun die preussischen Landtagswahlen bevorstehen, muß sich jede Frau klar darüber sein, welche Bedeutung der preussische Landtag für sie hat. Vor allem sei daran erinnert, daß nicht nur das hundertjährige Versprechen aus dem Jahre 1813, sondern daß auch das Versprechen des preussischen Königs Friedrich Wilhelm IV. vom Jahre 1848 und das Versprechen Wilhelm II. in der Thronrede vom Jahre 1908 auf ein besseres Wahlrecht bis heute uneingelöst sind. Und dieses „widerwärtige, elende Wahlgesetz“, wie Bismarck es nannte, verhindert die Massen der arbeitenden Bevölkerung, die Vertreter ihrer Interessen in den Landtag zu entsenden. Und die Frauen leiden unter den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen noch mehr wie die Männer.

Die schlechtere Entlohnung der Frau, auch wenn sie gleichwertige Arbeit verrichtet, erschwert ihr die Lebenshaltung noch mehr als den Mann. Reich und Staat gehen hier dem Privatunternehmer mit schlechtem Beispiel voraus. In allen Staatsbetrieben ist durchschnittlich der Lohn für die Arbeiterin bei gleicher Arbeitsleistung geringer wie der des Mannes.

Auch in bezug auf das Koalitionsrecht ist der preussische Staat reaktionärer Schrittmacher für das private Unternehmertum: Staatsarbeiter und Arbeiterinnen dürfen sich nicht in den freien Gewerkschaften organisieren! Gingegen erstreben die Junker im Verein mit den Nationalliberalen im Preussischen Landtag einen „höheren Schutz der Arbeitswilligen“, um mit dem Streikbrecher den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg der Arbeiterklasse zu hemmen.

Der Arbeiterinnenschutz, der durch Reichsgesetzgebung geregelt ist, wird durchgeführt von den einzelnen Bundesstaaten. Da in Preußen der Junker und das Großkapital herrschen, tun sie ihr mögliches, die Schutzbestimmungen unwirksam zu machen. Die preussische Gewerbeaufsicht ist unzureichend. Es fehlt an Beamten, insbesondere an Beamtinnen, und die, die da sind, dürfen die wirklichen Schäden nicht aufdecken, sich um die Ursachen von Streiks und Aussperrungen nicht kümmern. Eine Hinzuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen zur Gewerbeaufsicht lehnen alle bürgerlichen Parteien ab. Seit dem Jahre 1907 sind die preussischen

Eisenbahnwerkstätten der Gewerbeaufsicht nicht mehr unterstellt, so daß den Staatsarbeitern selbst dieser geringe Schutz nicht mehr zu teil wird.

Als die Sozialdemokraten im Reichstag eine ausreichende Mütter- und Säuglingsfürsorge forderten, die 72 Millionen Mark Mehrkosten verursacht hätte, da war es die preussische Regierung, die dieser Forderung ein „Unannehmbar“ entgegensetzte und dadurch die Ablehnung durch die Mehrheitsparteien herbeiführte.

Mitursache der vielen Todesfälle bei Entbindungen ist die geringe Zahl der Hebammen in Preußen. Ende 1911 gab es in Preußen 21 161 Hebammen, durchschnittlich eine Hebamme auf je 1914 Einwohner. Aber die Verteilung ist eine sehr verschiedene. In den sechs östlichen Provinzen zusammen kommen auf eine Hebamme 2269, in den sechs westlichen 1679 Einwohner. Es gibt Kreise, wie der Kreis Adelnau (in Posen), wo 53,6 Proz. aller Entbindungen nicht unter Hebammenbeistand sich vollziehen.

Der Preussische Landtag sieht dem tatenlos zu, tut nichts, dem Uebelstand abzuwehren, erhebt aber große Klage über den Geburtenrückgang. Allerdings nur aus Angst, die Zahl der Rekruten könnte nicht mehr aufgebracht werden, wenn auch das Proletariat anfangs, sich der von Gott gewollten Ordnung, dem Vaterlande Kanonensfutter zu liefern, entgegenzusetzen.

Von einer besseren Entlohnung der Arbeiter, die sie in den Stand setze, früher zu heiraten und eine vielföpfige Familie auskömmlich zu ernähren, davon wollen Konservative, Zentrum und Nationalliberale nichts wissen. Und wiederum trägt der Preussische Landtag die Hauptschuld an der gesamten Zoll- und Steuererhebung. Der Brot- und Fleischwucher entspringt dem Drängen preussischer Agrarier, sie sind schuld an der Grenzsperrung gegen Vieh- und Fleischzufuhr.

Der preussische Junker, der die preussisch-deutsche Regierung beherrscht, ist es auch, der sich am energischsten der Einführung einer direkten Reichseinkommen- und Vermögenssteuer widersetzt. Einen Antrag der Sozialdemokratie, Einkommen bis wenigstens 1500 M. steuerfrei zu lassen, lehnte das Dreiklassenhaus ab. In Preußen muß schon ein Einkommen von 900 M. versteuert werden.

Und wenn auch die Frau auf allen Gebieten rechtlos oder minderen Rechtes ist, auf dem Gebiete des Steuerzahlens wird ihr vollste Gleichberechtigung zu teil. Ja, fast noch mehr! Ihr Einkommen wird nicht für sich allein versteuert, sondern es wird dem Einkommen des Mannes hinzugezählt, um so die Steuerlast noch fester anzuhängen zu können.

Roch weit mehr Gründe ließen sich anführen, weshalb die Frau sich um den Preussischen Landtag kümmern muß. Jetzt geben ihr die bevorstehenden Wahlen die beste Gelegenheit, dieses Interesse praktisch zu betätigen, zu beweisen, daß sie nicht nur reif genug ist, Steuern zu zahlen an den Staat, der sie entrechtet, sondern auch reif genug, gemeinsam mit dem Mann anzukämpfen gegen die Hochburg feudalistischer und kapitalistischer Herrschaft in Preußen: gegen das Dreiklassenwahlrecht!

Predigten statt Brot.

Aus Paris wird uns geschrieben: In der französischen „Gesellschaft“ gehört die Religiosität oder wenigstens das Festhalten an ihren äußeren Formen zum „guten Ton“. Auch die freideutschen Bourgeois bekennen sich immer mehr zur alten Forderung, daß „die Religion dem Volke erhalten werden muß“. Deshalb konnte sich die Nachrichtenpresse in schändlichen, natürlich mit photographischen Aufnahmen geschmückten Artikeln über die „Predigten für Widmieten“, die ein findiger, offenbar die Nessame nicht verachtender Pfaffe vor einigen Tagen gehalten hat, nicht genügen. Wie sinnig, wie gracios, wie pariserisch war doch dieser Einfall des Bilaré Populaire — die demagogische Bestimmung hat der Erave von der Vorlesung schon im Namen mitbekommen — einige Dierthauspredigten in der Kirche von St. Roch den Modenarbeiterinnen aus dem Opernviertel zu referieren! und diesen übermäßig durch das Leben flatternden Weibern in typischer Gestalt die „Privolen“, die „Schwägige“, die „Resignierte“, die „Rebellin“ mit belehrender Warnung vor sündhaften Reigungen darzustellen!

Oder barg das amnuttige Unternehmen außer der moralischen noch eine andere Tendenz? Die „Illustration“ schließt ihren Bericht mit der Bemerkung, daß die Teilnehmerinnen den Predigten jedenfalls in it mehr Lust und Liebe in die Werkstätte zurückgekehrt sein werden. In der Tat, das war des Pudels Kern! An der Arbeitsfreude mangelt es im Modegewerbe wirklich einigermaßen. In den Werkstätten der Rue de la Paix, wo in ein paar Jahren Millionenvermögen aufgehäuft werden, bekommen die Arbeiterinnen für neun Stunden Arbeit 2 bis 2 1/2 Frank täglich. Und während der Saison gibts unbezahlte „vaillées“, Überstunden, die zwar vom Gesetz begrenzt, aber von den Unternehmern willkürlich angebeht worden. Die Gewerbeinspektorin ist fast nie zu sehen und was sie anordnet, wird nicht ausgeführt. Das Altersversicherungsgesetz wird, wenigstens in den Detailgeschäften einfach ignoriert. Doch schlimmer noch als die Lage und Klümmernis der Arbeiterinnen ist der große Sarcaden der Modearbeiterinnen, die tote Saison, die drei, vier und fünf Monate im Jahr andauert. Man darf ruhig behaupten, daß von 100 Pariser Modearbeiterinnen kaum zehn — die „Premieres“ und die „Mannequins“ (Probiermannequins) — auch bei allerbescheidensten Ansprüchen von ihrem Lohn leben können, und selbst diese Ausnahmen sind durch den obligatorischen Toilettenluzus eingeschränkt. Doch davon erzählt die faule Modemagazinromantik nichts und wahrheitslieblich hat auch Herr Populaire davon nichts gesagt. Woher überhaupt diese pflöglische Sorge um die Erbauung der Modearbeiterinnen? Steht sie etwa mit der Gründung der Modistinengewerkschaft im Zusammenhang, die eine Aufklärungs- und Organisationsarbeit verfolgt, die bei der durch die Verluste der Bourgeoisblätter und der verlogene Sentimentalität der Cassenhril verunreinigten Phantasia dieser Proletarierinnen freilich ungeheuer schwierig ist? Und wenn schon der Herr Bilaré seinen Predigertrieb just vom Modensack angezogen fühlte, warum hat er nicht die Unternehmer eingeladen und ihnen warmen Apert vorgeführt, wie den Habgierigen, den Ventalen, den Zynier usw.?

Bürgerliche Bewegung.

Der Wettlauf der Parteien um die Gewinnung der Frauen kommt deutlich zum Ausdruck durch zwei Veranstaltungen am gleichen Tage: Die Nationalliberalen hielten am 18. April in Köln den ersten rheinischen Frauentag der nationalliberalen Partei“ ab. In einem Begrüßungsartikel schreibt die „Kölnische Zeitung“ u. a.: „Die nationalliberale Partei der Rheinprovinz konnte den hier mächtig einwirkenden Bestrebungen des Zentrums und der Sozialdemokratie gegenüber, die Frauen für ihre politischen Zwecke und Ziele zu gewinnen, die Augen nicht verschließen und mußte mit sich ernstlich zu Rate gehen, wie die Frauen in das politische Leben hineinzuziehen seien.“

Deutlicher kann man nicht zusehen, daß man nur durch die Konkurrenz anderer Parteien genötigt, nicht aus Gründen der Gerechtigkeit, sich der politischen Betätigung der Frauen angenommen hat. Der Artikel sagt dann, daß die nationalliberale Partei „zwar nur eine geringe Anteilnahme der Frauen erfuhr“, aber in dem Zeitraum weniger Jahre sei im Rheinland die Organisation der nationalliberalen Frauen so erstarkt, daß sie den ersten Frauentag nach Köln hat einberufen können“. Kunstfick in einer Provinz, die sechs Millionen Einwohner zählt!

Zur gleichen Zeit hält die Frauenorganisation des Zentrums, der Katholische Frauenbund“, in Köln einen fünfjährigen „Kursus zum Studium des Sozialismus“ ab. Jeden Tag soll ein einschlägiges Programmwort des Sozialismus genau besprochen werden. Die „Kölnische Volkszeitung“ meint, die Notwendigkeit, daß auch die Frauen „wissenschaftlich in den Geist einer Weltanschauung einzudringen suchen, die heute in den breiten Volksschichten immer mehr Terrain gewinnt“, brauche nicht eigens begründet zu werden; sie liege klar zutage: „Die zerstörenden Tendenzen dieser Weltanschauung machen ja heute weder vor der Familie noch vor dem einzelnen Frauenleben halt. Die Frau aber muß die Gefahren kennen, denen ihre heranwachsenden Söhne und Töchter ausgesetzt sind, wenn sie dabei ein Gegengewicht schaffen und in direktem Gegensatz zu den verderblichen äußeren Strömungen innerhalb der Familie den Geist der katholischen Weltanschauung pflegen will.“

Wie die „wissenschaftliche“ Einführung in den Geist des Sozialismus“ beschaffen sein wird, das kann man sich vorstellen, wenn man unter den Namen der Vortragenden die frühere Anarchistin, ehemalige Sozialistin und jetzige „M. Gladbacherin“ Fauny Zmile neben dem Jesuitenpater Cohaus findet. Jedenfalls zeigt der auf ganz Westdeutschland berechnete fünfjährige Kursus, zu welchen Anstrengungen der vordringende Sieger Sozialismus die Merkmalen zwingt.

In Spanien erscheint seit kurzem die erste Frauenbeilage einer politischen Tageszeitung. Nach der „Frauenbewegung“ wird der „Junparcial“, das größte Tagesblatt Madrids, in einer neu eröffneten Rubrik die Frauen aller Gesellschaftsklassen zu Worte kommen lassen. Das will etwas sagen in einem Lande, das eine Frauenbewegung noch kaum kennt, und in dem nur eine einzige Frauenzeitung, ein bescheidenes Modedlätchen („Die Frau in ihrem Hause“), erscheint.

Mutter und Kind.

Uneheliche in Norwegen. Die volle rechtliche Gleichstellung der unehelichen und ehelichen Kinder in Norwegen sieht eine Gesetzesvorlage vor, die dem Parlament zugeht. Die Vorlage ist eine Ergänzung des Gesetzes von 1892, das dem Vater eines unehelichen Kindes die Verpflichtung auferlegte, die ledige Mutter zu unterstützen, und ihm die Bürgerrechte aberkennt, wenn er sich dieser seiner rechtlichen Verpflichtung entzieht. Sie will dem unehelichen Kinde den Namen des Vaters und volles Erbrecht an dessen Eigentum sichern. Sie stellt die Schutzfrist der unehelichen Mutter von 18 auf 21 Jahre herauf, setzt sehr strenge Strafen für die Entziehung der Alimentationspflicht sowie öffentliche Anklage gegen solche Väter fest und enthält überdies die Bestimmung, daß eine Mutter, die durch Verschulden des Vaters zu einem Kindesmorde getrieben wurde, eventuell freigesprochen werden kann. Dies Gesetz würde die Praxis in Norwegen nur sanktionieren.

In den letzten Monaten haben in mehreren Fällen norwegische Geschworenengerichte uneheliche Mütter, die wegen Kindesmord angeklagt waren, freigesprochen, und zwar auch in Fällen, wenn bei den Angeklagten weder Sinnenverwirrung noch außergewöhnliche Not vorhanden war. In allen diesen Fällen haben die Geschworenen ausdrücklich erklärt, daß sie nicht in der Lage seien, den Buchstaben des Gesetzes zu erfüllen, daß dieses nur die Mutter zur Verantwortung zieht, aber nicht auch den Vater, dessen Verhalten (ausgebliebene Unterstützung usw.) die Mitursache zu dieser Tat war. In einem dieser in Christiania gefällten Urteile sagte der Obmann der Geschworenen, daß, wenn Vater und Mutter in diesem bestimmten Falle angeklagt wären, beide verurteilt werden müßten, daß aber die Geschworenen es vorziehen müßten, die Mutter — gegen das Gesetz — freizusprechen, ehe sie das Unrecht begehen, sie allein zu verurteilen.

Literarisches.

Frauenarbeit in Württemberg. Die als Heft 4 der „Sozialdemokratischen Frauenbibliothek“ erscheinende Studie von M. Richter über „die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs“ (Verlag Vorwärts, 40 Pf.) verdient nicht nur bei den Genossinnen im Eiben Deutschlands großes Interesse. Gerade in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Teilen des Reiches läßt sich der Industrialisierungsprozeß der letzten Jahrzehnte besser verfolgen als in den Gegenden, die schon vor 30 Jahren vornehmlich industrielle waren. An der Hand der Zahlen aus den Betriebszählungen von 1882, 1895 und 1907 werden die Wandlungen in den einzelnen Berufen mit besonderer Berücksichtigung der Frauenarbeit illustriert. Im Schlußkapitel erzählt auch die Kinderarbeit auf Grund der Gewerbeinspektorenberichte eine kurze Beleuchtung. — Es wäre erwünscht, wenn ähnliche Zusammenfassungen über die Frauenarbeit weiterer Gebiete veröffentlicht würden.

Die Frauen und der preussische Landtag. Als Agitationschrift für die kommenden Landtagswahlen ist als Heft 5 der sozialdemokratischen Frauenbibliothek eine Broschüre unter dem angegebenen Titel von Kathilde Wurm erschienen. (Verlag „Vorwärts“, Preis 30 Pf.) Die Broschüre zeigt trefflich, weshalb Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes sich um den preussischen Landtag kümmern müssen. Im Vorwort heißt es: „Arbeiterinnen, lest diese Schrift! Sie schildert Euch, welche Zusammenhänge bestehen zwischen Euren Lebensverhältnissen und der Politik, welchen Einfluß der preussische Landtag auf Euer tägliches Wohlergehen hat und welche Forderungen Ihr zur Besserung Eurer Lebenslage an ihn stellen müßt! Die Arbeiterklasse Preußens kämpft um ihr Recht, und Ihr, Mädchen und Frauen, müßt mit ihnen kämpfen um Euretwillen, um der Arbeiterklasse willen, von der Ihr ein Teil seid.“ — Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das Wahlrecht in Preußen, Frauenarbeit und Frauenlöhne, Befindordnung und Koalitionsrecht, Arbeiterinnenschutz und preussischer Landtag, Mutter-, Säuglings- und Kinderschutz, Schule, Fortbildungsschule und Jugendpflege, Die Frauen und die Steuernot, Die Frauen und das Wahlrecht.

Eine Konferenz der Berufschaffeurs,

die der Deutsche Transportarbeiterverband nach Berlin berufen hat, wurde am Mittwoch im Gewerkschaftshause eröffnet. Es sind Delegierte aus den meisten deutschen Großstädten anwesend.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Chauffeurs.

Der Referent **Vander** verwies darauf, daß in Deutschland zur Zeit etwa 80 000 Automobile im Betriebe seien. Es sei deshalb von großer Wichtigkeit, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieses sich immer mehr ausdehnenden Berufes kennen zu lernen und auf eine günstige Gestaltung derselben hinzuwirken. Im allgemeinen beträgt die tägliche Arbeitszeit der Chauffeurs 12 bis 15 Stunden, beim Schichtwechsel oft 24 bis 36 Stunden. In der Regel muß der Chauffeur eine Kautions von 100 M. stellen. Das Arbeitsverhältnis der Privatchauffeurs, das sind diejenigen, welche die herrschaftlichen Lustwagen fahren, ist in vielen Fällen ein geradezu unwürdiges. Der Privatchauffeur muß neben seiner Berufsarbeit alle möglichen Dienstleistungen für die Herrschaft verrichten. Stiefelputzen, Hundewarten und ähnliche Verrichtungen gehören nicht selten zu den Pflichten des Privatchauffeurs. Bei freier Station werden den Privatchauffeuren 40, 50, 60 M. monatlich gezahlt. Sie müssen gleich den Dienstboten, jederzeit zur Verfügung der Herrschaft stehen und haben meist nur alle zwei Wochen einen freien Tag. — Die Droschkenchauffeurs haben in Hamburg eine tägliche Arbeitszeit von 11 Stunden, während in Berlin, Dresden, Nürnberg und München die 12stündige Arbeitszeit herrscht. In Dresden ist die Arbeitszeit beim Schichtwechsel eine 12stündige. In Hamburg haben die Droschkenchauffeurs den 8., in den übrigen genannten Orten den 14. Tag frei. — Die Geschäftschaffeurs müssen in der Regel 80 bis 100 Stunden wöchentlich arbeiten. Der Redner fordert eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Diese dürfte nicht über 12 Stunden betragen. Das Ziel müsse die achtstündige Arbeitszeit sein, was bei der aufreibenden Tätigkeit des Chauffeurs immer noch lang genug sei. Scharf zu beurteilen sei das bei den Droschkenchauffeuren bestehende Entlohnungssystem, wo neben einem geringen festen Lohn dem Chauffeur ein Prozentanteil von der Einnahme gewährt wird. Ein ausreichender fester Lohn müsse gefordert werden. Die Lastwagenchauffeurs werden sehr schlecht entlohnt, bis herab zu 20 M. pro Woche. Wo die Organisation festen Fuß gefaßt hat, da sind die Löhne besser. Die Konsumvereine zahlen ihren Lastwagenführern 38 bis 44 M. Wochenlohn bei achtstündiger Arbeitszeit. Was hier möglich ist, das muß auch im übrigen durchgeführt werden können.

Heber
Arbeitsvermittlung und berufliche Ausbildung
 referierte **Veder**. Der Redner legte dar, welche Stellung die freien Gewerkschaften zur Frage des Arbeitsnachweises einnehmen und zeigte, daß die von Unternehmern eingerichteten Arbeitsnachweise in erster Linie der Kontrolle und der Mafregelung der Arbeiter dienen. Diese Gefahr würde auch die Chauffeurs treffen, wenn sie sich den Arbeitsnachweisen der Unternehmer unterwerfen würden. Da der Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes über die besten Kräfte im Chauffeurberufe verfügt und deshalb die Automobilbesitzer in jeder Hinsicht betrieblig kann, so sollten die Kollegen durch rege Benutzung ihres eigenen Arbeitsnachweises zum Ausbau desselben beitragen. Häufig konnte der Arbeitsnachweis des Verbandes Stellen nach auswärts nicht besetzen, deshalb würde es sich wohl empfehlen, die Arbeitsvermittlung zu zentralisieren und zwar so, daß die auswärts gemeldeten Stellen von Kollegen besetzt werden, die in den betreffenden Orten wohnen. Hinsichtlich der beruflichen Ausbildung verwies der Redner darauf, daß die Organisation schon in den neunziger Jahren die Errichtung von Fach- und Fahrtschulen forderte. 1904 reichte die erste Konferenz der Transport- und Verkehrsarbeiter eine Denkschrift an die Behörde ein, worin die Notwendigkeit der Errichtung von Fach- und Fahrtschulen begründet wurde. Obgleich inzwischen das Automobil einen immer größeren Umfang annahm und die sachgemäße Ausbildung der Chauffeurs eine Angelegenheit von

allgemeinem Interesse wurde, kümmerten sich die Behörden wenig um diese Angelegenheit. Dagegen wurden von privater Seite Chauffeurschulen eingerichtet, die lediglich den Zweck haben, ihren Unternehmern reiche Gewinne aus den Taschen der Lernenden zuzuführen. Der Redner führte zahlreiche Beispiele dafür an, daß Inhaber solcher Schulen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Schülern Hunderte von Mark abgenommen haben. Schülern, die nach gar keinen Fahrunterricht bekommen hatten, sind Fahrprüfungsbescheinigungen ausgestellt worden. Anzeigen, welche gegen derartige gewissenlose und ausbeuterische Fahrtschulunternehmer bei der Staatsanwaltschaft eingereicht wurden, hatten keinen Erfolg. Das neue Automobilgesetz ließ die Hoffnung aufkommen, daß diese Zustände gebessert würden. Das ist jedoch nicht geschehen. Obgleich die 1908 abgehaltene erste Konferenz der Chauffeurs in einer Petition an den Reichstag alle Schäden des privaten Fach- und Fahrtschulwesens kartierte, ist nichts zur Abstellung dieser Mißstände geschehen. Zurzeit bestehen in Berlin 46 konfessionierte Fahrtschulen, von denen nur die der großen Betriebe und Fabriken, etwa sechs, einigermaßen den bestehenden Vorschriften genügen. Alle übrigen sind nur auf Ausbeutung der Dummheit zugeschnitten. Nachdem ein Schüler 100—200 M. für seine „Ausbildung“ geopfert hat, erlernt er oft, daß er die notwendige Ausbildung als Chauffeur gar nicht bekommen hat und auf eine Stellung gar nicht rechnen kann. Durch mangelhaft ausgebildete Chauffeurs wird natürlich die Unfallgefahr bedeutend vergrößert. Die Frage der Ausbildung ist demnach eine der wichtigsten Fragen des Chauffeurberufs. Im allgemeinen Interesse sowie mit Rücksicht auf die Sicherheit des Publikums und der Berufsfahrer muß die Forderung stets wiederholt werden: Errichtung von Fach- und Fahrtschulen auf paritätischer Grundlage und unter staatlicher oder städtischer Aufsicht.

Rechtsanwalt Dr. Gutfeldt sprach über die rechtliche Lage der Chauffeurs.

Unter anderem kennzeichnete er den unwürdigen Zustand, daß die Privatchauffeurs gleich den herrschaftlichen Kutschern der Gesindeordnung unterstehen. Ferner besprach der Redner die Schwierigkeiten, die den Chauffeurs entstehen, wenn sie den ihnen oft wegen geringfügiger Verstöße entzogenen polizeilichen Fahrtschein wieder erlangen wollen.

Heber
Agitation und Organisation
 sprach **Kettig**. Er führte aus, daß die gewerkschaftliche Organisation der Chauffeurs große Schwierigkeiten hat. Die Chauffeurs rekrutierten sich aus früheren Kutschern, Schloßknechten und zum kleineren Teil auch aus anderen Berufen. Die Chauffeurs blieben zunächst meist in den Organisationen ihres früheren Berufs, soweit sie überhaupt organisiert waren, andererseits gab der neu aufkommende Beruf manchen findigen Geschäftsmann Gelegenheit, an der Hand eines Fachblattens oder Arbeitsnachweises Chauffeurvereine zu gründen. So entstand eine große Anzahl kleiner Vereinigungen von Chauffeurs, die keine gewerkschaftlichen Bestrebungen verfolgten, sondern in persönlichen Interessen und in Darmenueuselei aufgingen. Neuerdings sind nun wieder findige Geschäftsmänner auf die Idee verfallen, die kleinen Vereine zu größeren Gebilden zusammenzuschließen. So entstand der Kraftwagenführerbund und die Deutsche Kraftfahrzeugführervereinigung, zu denen später noch die Interessengemeinschaft der Chauffeurs hinzugezogen ist. Außer diesen Organisationen gibt es noch einige andere. Sie stehen alle auf dem Boden der Harmonie mit den Unternehmern, suchen deren Unterstützung nach und bemühen sich in knechtischer Weise um die Günst der Arbeitgeber. Der Kraftwagenführerbund, den man als ein gelbes Gewächs bezeichnen kann, hat etwa 1000 Mitglieder in 40 bis 50 Vereinen. Alle diese Organisationen, die den gewerkschaftlichen Grundgedanken teils fremd, teils feindlich gegenüberstehen, müssen bekämpft werden, denn sie dienen den Interessen der Automobilbesitzer, aber nicht den Interessen der Chauffeurs. Für die Organisation der Chauffeurs im Transportarbeiterverband muß eine energische Agitation entfaltet werden. Es gibt in Deutschland etwa 45 000 organisationsfähige Berufschaffeurs. Dem Trans-

portarbeiterverband gehören 7585 Chauffeurs an. Mit denen, die noch in den Gewerkschaften ihrer früheren Berufe sind, werden 8500—9000 Chauffeurs gewerkschaftlich organisiert sein. Es ist also noch ein großes Feld für die Agitation vorhanden. Wenn auch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Chauffeurs noch verhältnismäßig klein ist, so hat der Verband doch schon recht beachtenswerte Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht. Er wird seine Agitation den Bedürfnissen der verschiedenen Chauffeurgruppen anpassen und Mittel und Wege finden, um sämtliche Berufschaffeurs der Organisation zuzuführen.

Aus Industrie und Handel.

Banken und Syndikate. Durch den großen Einfluß, den die Banken auf die Industrie gewonnen haben, wird auch das Interesse verständlich, das die Banken an der Sandifizierung eines Industriezweiges haben. Die Monopolisierung eines Gewerbes gewährt den Banken die größte Sicherheit, daß die der betreffenden Industrie überlassenen Kapitalien eine sichere Anlage bietet, für die Banken und die Aktionäre, auf deren Geldzuluf die Banken angewiesen sind. Die Banken selbst treiben dahin, daß die von ihnen kontrollierten Industrien sich kartellieren und syndizieren, und umgekehrt ist in monopolisierten Gewerben der Einfluß der Banken am härtesten. Ueber diese mannigfachen Fäden in einem Einzelfall unterrichtet eine Notiz eines Petersburger Blattes, daß die Vorkontrollierten Industrien sich kartellieren und syndizieren, und umgekehrt ist in monopolisierten Gewerben der Einfluß der Banken am härtesten. Ueber diese mannigfachen Fäden in einem Einzelfall unterrichtet eine Notiz eines Petersburger Blattes, daß die Vorkontrollierten Industrien sich kartellieren und syndizieren, und umgekehrt ist in monopolisierten Gewerben der Einfluß der Banken am härtesten. Ueber diese mannigfachen Fäden in einem Einzelfall unterrichtet eine Notiz eines Petersburger Blattes, daß die Vorkontrollierten Industrien sich kartellieren und syndizieren, und umgekehrt ist in monopolisierten Gewerben der Einfluß der Banken am härtesten.

Der Einfluß der Beherrschung auf den Beschäftigungsgrad in den Industrien, die für militärische Bedürfnisse arbeiten, ist schon jetzt zu spüren. So stieg nach der „Wirtschaftl. Korrespondenz“ bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken die Zahl der Beschäftigten vom Oktober bis März in der Gewehrabteilung von 948 auf 2040, in der Maschinengewehrabteilung von 104 auf 353. Trotz dieser erheblichen Vermehrung der Arbeiter wird außerdem noch mit Ueberstunden und Doppelschichten gearbeitet.

Der amerikanische Tabaktrust sucht jetzt auch in die deutsche Zigarettenindustrie einzudringen, während er bisher nur Zigarettenfabriken kontrollierte. Wie der „Börsen-Courier“ meldet, soll der Trust eine 800 Arbeiter beschäftigende Hamburger Zigarettenfirma angekauft haben.



Die kluge Frau

mit Geschmack und Verständnis für Stoffe, Verarbeitung u. Fassons, wird nach dem ersten Versuche stets und gern zu uns zurückkehren.

Ihr Verständnis wird ihr sagen, dass sie bei uns viel billiger kaufen kann als sie gewohnt war, und dass sie bei uns trotz unserer billigen Preise weit bessere Ware und grössere Auswahl findet als sie nach ihrer bisherigen Erfahrung erwarten konnte.

Und der jetzige Augenblick, in dem wir durch verschiedene Umstände in der Lage sind, Sie ganz besonders vorteilhaft zu bedienen, ist der geeignetste, um einen solchen ersten Versuch bei uns zu machen.

- Popeline-Paletot**
sehr gute Ware, in sehr schönen Farben
19.75
- Mod. Kostüm**
aus sehr gutem blauen Kammgarn-Twill mit sparter farbiger Garnierung
24.75
- Eleg. Kostüm**
prima blau Kammgarn mit reicher Ver-schönerung
32.50



Königstrasse 33
am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Ecke Invalidenstrasse

Sonntags geschlossen!

Die Abgrenzung der Urwahlbezirke für die Landtagswahlen

hat, nach den Vorschriften des Gesetzes, zu erfolgen unter Berücksichtigung nicht der Wählerzahl, sondern der Einwohnerzahl. Die Bezirke müssen so beziffert werden, daß ihre Einwohnerzahl mindestens 750, doch unter 1750 beträgt.

Das führt mitunter zu eigenartigen Folgen in solchen Bezirken, die noch in der baulichen Entwicklung begriffen sind und seit der letzten Zählung eine starke Bevölkerungszunahme gehabt haben. Unter den Urwahlbezirken Berlins sind diesmal wieder einige, die für die Landtagswahlen von 1913 schon mehr Wähler haben, als sie bei der in 1910 vorgenommenen Volkszählung Einwohner hatten.

Alles das mag auf den ersten Blick nur komisch scheinen, doch hat es auch eine sehr ernste Seite. Neben der hier genannten Bezirke konnten nach Maßgabe der Einwohnerzahl von 1910 nur 3 Wahlmänner zugebilligt werden, die auf die drei Klassen zu verteilen sind. Die drei Klassen haben 27, 190, 596 Wähler im 765. Bezirk, 26, 227, 714 Wähler im 751. Bezirk, 22, 310, 917 Wähler im 980. Bezirk.

Es kommt nun aber auch das vor, daß in manchen Urwahlbezirken die Wählerzahl weit unter dem Normalen bleibt. Das ist z. B. da möglich, wo seit der letzten Volkszählung alte Wohnhäuser durch neue Geschäftshäuser ersetzt wurden, die nur noch vereinzelte Wohnungen enthalten.

Noch schroffer stellen sie sich dar, wenn man dabei auch die Klassen miteinander vergleicht. In vielen Bezirken hat bekanntlich die 1. Klasse nur einen einzigen Wähler, und oft darf dieser Einzige 2 Wahlmänner ernennen.

Partei-Angelegenheiten.

Tröbzin. Am Sonnabend, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus (W. Fromm) Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom vierten Quartal 1912/13. 3. Bericht von der Verbandsgemeinerversammlung. 4. Landtagswahl. 5. Vortrag.

Dabendorf bei Hohen. Am Sonnabend, den 19. April, abends 9 Uhr, bei Diefel: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Reinickendorf-West. Die Generalversammlung konnte am Dienstag aus besonderen Umständen nicht stattfinden; dieselbe tagt heute abend 8 1/2 Uhr im Lokale von Wolschlag, Eichbornstr. 18.

Berliner Nachrichten.

Bebauung der Wuhlheide.

In der Wuhlheide, dem beliebten Ausflugsort der Berliner, werden gegenwärtig umfangreiche Umgestaltungen vor-

genommen, denen ein großer Teil des Baumbestandes zum Opfer fallen muß. Die Stadt Berlin errichtet bekanntlich in der Wuhlheide ein großes Wasserwerk und eine Gasanstalt. Die Arbeiten für das Wasserwerk sind bereits in Angriff genommen und werden sehr energisch gefördert, weil die neue Tiefenanlage, bei der ein neues Verfahren, dem Wasser den Eisengehalt zu entziehen und ein neues Filtersystem zur Anwendung kommen wird, schon im Jahre 1915 in Betrieb genommen werden soll.

Auch der übrige Teil der Heide, der als Wald bestehen bleibt, wird mannigfache Umänderungen erfahren. Die Wuhlheide, das westlich von Köpenick in die Spree mündende Flächen, von dem das Waldgebiet den Namen erhalten hat, wird zum größten Teile reguliert werden.

Das Halte- und Abfahrtszeichen bei der Straßenbahn. Unsere neuliche Notiz über die Unzuverlässigkeit, das Halte- und Abfahrtszeichens bei der Straßenbahn durch eine Zugleine anstatt durch Drüden auf einen Knopf zu geben, hat uns eine Zuschrift eines Straßenbahnschaffners eingetragen, in der dargelegt wird, daß die jetzige Art des Zeichengebens durch eine Zugleine die praktikablere sei.

Der neue Grundschulplan für Groß-Berlins Gemeindefschulen wurde, wie das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats meldet, von der Schuldeputation der Stadt Berlin in ihrer letzten Sitzung eingehend beraten. Die Vorschläge der Kommission, die zur Beratung des Schulplanes von der Schuldeputation eingeleitet war, wurden angenommen.

Der Streit um den Spandauer Wald ist nun erledigt. Nachdem die Mehrheit der Zweckverbands-Versammlung dem ihr vorgelegten Vertrag mit Spandau zugestimmt und sogleich danach die Spandauer Gemeindebehörden ihn in dieser Fassung angenommen hatten, ist jetzt von den beiden Parteien der Vertrag unterzeichnet worden.

Auch ein Beruf. Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 15. April befindet sich folgende Anzeige:

Rouletteproblem.

Auffklärung erteilt nachmittags nach vorhergehender schriftlicher Anmeldung Baron von Offenbergl, Wilmersdorfer, Pareyerstraße 10, I.

Wie ein Epilog auf den eben beendeten großen Spielertropf Stallmann mutet das Inferno an, auf das sich natürlich nicht wenige, die von der Jagd nach dem Glück leben wollen, melden werden. Fragt sich nur, was der Herr Baron, der anscheinend gar keinen anderen Wirkungskreis finden kann, für die „Auffklärung“ nimmt.

Vom Schillerpark ist die nördliche Hälfte schon seit längerer Zeit fertiggestellt und dem Verkehr freigegeben. Etwa Mitte Mai soll auch die südliche Hälfte fertig werden, so daß dann die ganze Anlage vollendet wäre.

Großfeuer.

Am gestern (Mittwoch) früh gegen 4 Uhr in Mariendorf in der Fabrik der Deutschen Leertbeton-Werke G. m. b. H. dicht neben der Englischen Gasanstalt nun Ausbruch. Als man die Gefahr bemerkte, hatte der Brand schon die oberen Stockwerke des vierstöckigen Fabrikgebäudes erfaßt und die Situation war wegen der benachbarten Gasanstalt äußerst bedrohlich.

Ueber einen mysteriösen Raubüberfall in Schönberg wird folgendes berichtet: In der Hauptstraße ließ ein höherer Beamter, als

er mit seiner Frau ausging, das Dienstmädchen mit einem kleinen Kinde in der Wohnung zurück. Bei der Rückkehr am Abend klopfen die Eheleute vorne an, um das Mädchen zum Aufstehen zu veranlassen. Es kam aber nicht an die Tür, sondern rief nur von dem Ende der Straße aus, daß es von einem Einbrecher eingesperrt worden sei.

Umlegung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn muß wegen Gleisarbeiten infolge des Baues der Untergrundbahn in der Kleiststraße wiederholt verschiedene Linien umlenken. An der Lutherkirche wird die Gleiskreuzung neu eingebaut.

Das Opfer einer Gasvergiftung ist die 70 Jahre alte Klempnermeisterwitwe Wobig geworden, die bei ihrem Sohne, dem Fabrikanten Richard W., im Hause Schleißer Str. 6, wohnte. Gestern morgen wurde die Greisin, befinnungslos im Bette liegend, von dem Dienstmädchen aufgefunden.

Ein aufregender Vorfall hat sich Dienstagabend in dem Cafe „Der Reichshof“ in der Potsdamer Straße abgespielt. Der 29jährige Musiker B., der zuletzt in dem Restaurant „Alt-Bayern“ beschäftigt war, hatte mit einem jungen Mädchen ein Liebesverhältnis unterhalten, das jedoch in letzter Zeit getrübt wurde.

Ueber die Ermittlung der Todesursache des Gymnastischen Tiekmann in Charlottenburg veröffentlicht jetzt die Staatsanwaltschaft des Landgerichts III u. a. folgende Erklärung: „Eine Mitwirkung fremder Personen beim Tode des Tiemann muß als ausgeschlossen gelten. Der damals zur Leiche hinzugerufene praktische Arzt Dr. Stern hat nach der Besichtigung der Leiche und insbesondere nach Art und Lage der Strangulierungsmarke am Halse den Standpunkt vertreten, daß mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit Selbstmord anzunehmen sei.“

Dieser schon damals festgestellte und durch die neuen sehr eingehenden Erhebungen bestätigte objektive Sachverhalt erfährt eine Veränderung durch die Angaben, die Elisabeth Heinrich gegenüber dem Privatdetektiv Schwarz gemacht hatte. Die Art und Weise, wie dieses angebliche Geständnis zustande gekommen und die näheren Umstände, unter denen es abgegeben ist, lassen das Geständnis als vollkommen wertlos erscheinen.

Ein raffinierter Betrugsfall beschäftigt zurzeit die Kriminalpolizei. Der angehende Ingenieur Wiederstein kaufte bei einer Berliner Möbelfirma eine bessere Einrichtung. Er wußte durch gewandtes und sicheres Auftreten Verträge zu erwirken, sodas man seinen Angaben über Heirat und Mißglaube schenkte und die Zahlung der Kaufsumme bis nach erfolgter Verschließung vereinbarte.

Einen bösen Abschluß fand eine Rattenjagd in Weihensee. Auf dem Grundstück einer Geträgelmästerei in der Langhausstraße vermehren sich die Ratten in erheblichem Maße, und zur Vernichtung der Tiere hatte die Geschäftsinhaberin ein Leßjagd angeordnet.

Deutscher Arbeiterfängerbund, Gau Berlin. In der letzten Ausschusssitzung wurden zunächst die Vereine „Sängerkreis der Gemeindefreier“ Berlin und „Vorwärts“-Schöpferklub bei Eberswalde aufgenommen. Sodann machte der Vorsitzende auf das in nächster Zeit stattfindende Konzert des „Stoßholmer Arbeitergesangsvereins“ aufmerksam und eruchte um recht regen Vertrieb der Billets.

Zum Sängerefest, welches am Sonntag, den 27. Juli, im Schloß Weiskensee stattfindet, sollen besonders diejenigen Vereine, welche unter einem Dirigenten singen, sich rege am Einzelgesang beteiligen. Meldungen sind so bald wie möglich an den ersten Vorsitzenden Paul Kupfer, Landsberger Allee 58, einzusenden. Ferner ersucht der Vorsitzende, die Villotts vom Konjert der „Gallenier“ Gesangsvereine möglichst bis Sonntag, den 20. April, bei J. Steffens, Langenbeckstraße 5, abzurechnen. Ausgeschlossen wurden die Vereine „Esmeralda“ und „Becherklang“.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt am Freitag und Sonnabend der Vortrag „Der Bierwaldfläuter See und der Gotthard“ zur Darstellung, der mit einer Fülle historischer und aktueller Hinweise in glanzvollen Bildern und Wandspanoramen die Schönheiten und Eigenarten dieses reizvollen Sees der Schweiz, die technischen Wunder der Gotthardbahn sowie die alpinen Reize der alten Völkerstraße über den Gotthard dem Beschauer vor Augen führt.

Kirkus Albert Schumann gibt heute Donnerstag seine Abschiedsvorstellung. Unmittelbar nach derselben tritt die Gesellschaft die Reise nach Frankfurt a. M. an, woselbst ein auf mehrere Wochen berechnetes Gastspiel stattfindet. An dieses werden sich längere Gastspiele in Düsseldorf und Scheveningen anschließen.

Vorort-Nachrichten.

Neußöln.

Rachspiel zur Stadtverordnetenwahl.
Im Mai v. J. fand, wie damals berichtet wurde, eine Stadtverordnetenwahl zwischen dem Maurermeister Genossen Schuch und dem Kaufmann Weber statt. Der Wahlvorstand konstatierte für beide Kandidaten Stimmengleichheit; das Los entschied dann zugunsten des Maurermeisters Schuch. Gegen die Gültigkeit der Stichwahl wurde aber Protest erhoben, mit dem Hinweis, daß der Wahlvorstand eine für Hermann Schuch abgegebene Stimme Wilhelm Schuch zugerechnet hatte. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte darauf die Wahl des Maurermeisters Wilhelm Schuch für ungültig. Dieser Beschluß wurde von unseren Genossen angefochten; der Bezirksausschuß in Potsdam wies aber die Kläger ohne mündliche Verhandlung ab. Gegen diesen Beschluß beantragten die Kläger die mündliche Verhandlung. In der jetzt stattgefundenen Verhandlung wurden die Kläger wieder abgewiesen. In den Entscheidungsgründen des Bezirksausschusses heißt es unter anderem: Der Bezirksausschuß war der Ansicht, daß es sich hier um die Wahl in einer Großstadt handelt, in der Dinge, wie die Identität von Hermann Schuch und Wilhelm Schuch keineswegs zu den Selbstverständlichkeiten gehören. Die Formen der Stimmabgabe, besonders die klare Benennung des Namens, müssen unbedingt erfüllt werden, um eine gültige Wahl zu ermöglichen.

Steglich-Friedenau.

Für die heute in Albrechtshof stattfindende öffentliche Versammlung, die sich mit der Bürgerlichen und proletarischen Jugendpflege beschäftigen soll und zu der die Vertreter der Bürgerlichen Jugendpflege geladen sind, scheint im Bürgertum starkes Interesse vorhanden zu sein. In allen drei Bürgerlichen Tageszeitungen Steglichs wird das Bürgertum zu starkem Besuche abgesperrt. So schreibt der „Steglicher Anzeiger“ unter der Überschrift:

Pünktlich erscheinen!

Die Jugendpflegeversammlung morgen Donnerstag beginnt mit der für Steglichs ungewöhnlich frühen Zeit: 8 Uhr, und zwar pünktlich! Somit muß die Steglicher Bürgerchaft, die an der Verteidigung ihrer Jugendpflegearbeit ein starkes Interesse hat und deshalb die Versammlung in Albrechtshof in großer Zahl besucht, recht frühzeitig kommen, damit sie nicht vor vollem Saal unzufolge gezwungen ist.

Aller Voraussicht wird mit einer frühen polizeilichen Absperrung des Lokals zu rechnen sein. Die Arbeiterchaft wird deshalb ebenfalls zum rechtzeitigen Erscheinen zu sein!

Friedrichsfelde.

Reber „Das preussische Volk und die Landtagswahlen“ referierte der Kandidat des Kreises, Genosse Otto Braun, in einer öffentlichen Wählerversammlung. Er wies auf die Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechts hin und schilderte die politische Rückständigkeit Preussens. Es sei Sache der Wähler, die bereits in das Junterparlament gelegte Breche bei diesen Wahlen kräftig zu erweitern. Dazu diene auch unser Kreis Gelegenheit. Wenn alle unsere Wähler ihre Pflicht tun, sei Aussicht vorhanden, diesen Wahlkreis zu erobern. Der Vortrag fand lebhaften Beifall, doch knüpfte sich an ihn keine Diskussion. Genosse Schwenk wies zum Schluß auf die Pflicht hin, am 16. Mai sein Wahlrecht auszuüben. Leider mußte festgestellt werden, daß eine Reihe Personen um ihr Wahlrecht gekommen sind. Sie haben es veräußert, rechtzeitig die preussische Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Röpenitz.

Kunst und Proletariat. Der Bildungsausschuß veranstaltet am Freitag, den 18. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal von Albert Stippeloh, Schönfelder Str. 5, einen Vortrag über: Kunst und Proletariat. Einführung in die Kunst vom historisch-materialistischen Standpunkt. Hierauf anschließend am Sonntag, den 20. April, vormittags um 10 Uhr, in Berlin: Führung und Demonstrationsvortrag durch die Nationalgalerie. Abfahrt 9.11 vom Röpenitzer Bahnhof. Genossen und Genossinnen, welche sich der Führung anschließen wollen, müssen sich, da die Teilnehmerzahl eine beschränkte ist, bis spätestens Freitagabend (Vortrag) melden.

Weiskensee.

In der gut besuchten Generalsversammlung des Wahlvereins wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Aus der Wahl ging hervor als erster Vorsitzender Schlemminger, zweiter Vorsitzender Gründler, Kassierer Kaufhold, Schriftführer Neumann. Der vom Genossen Schlemminger ernannte Geschäftsbericht zeigte ein befriedigendes Bild. Die im November provisorisch eingeführte Hauskassierung hat sich bereits gut bewährt. Zudem hat sich der Besuch der Gruppenabende gehoben, die Versammlung beschloß die Hauskassierung dauernd einzuführen und den Kassierer eine Entschädigung von 5 Proz. zu gewähren. Dem neugegründeten Jugendverein für Spiel und Sport muß mehr Beachtung geschenkt werden.

Des weiteren wurde ersucht, zum bevorstehenden Landtagswahlkampf alle Kräfte anzuspannen, damit in Weiskensee wie bei der Reichstagswahl ein erfreuliches Wahlergebnis erzielt werde. Genosse Frost gab alsdann seine Mißbilligung über die geradezu unerhörte Milchpreissteigerung (von 24 auf 30 Pf. pro Liter) der hiesigen Milch-Lieferanten kund. Anstatt daß dieses Gemeindefest in Bezug auf Preisbildung vorbildlich wirken sollte, wurde hier das Signal zur allgemeinen Preissteigerung gegeben; die Folge wird sein, daß auch die Milchhändler am Ort eine Preissteigerung ihrer Produkte vornehmen werden. Wüßte der Gemeindevorstand sei es, ein ganz ernstes Wort hierüber zu reden, zumal bekannt sei, daß die Kundenzahl der Milch-Lieferanten infolge dieser Maßnahmen um über die Hälfte zurückgegangen ist.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevorstellung. Am 21. April wird der amtliche Verlauf von russischem Fleisch eingestellt. Der Durchführung der Straßenbahnlinie 23 stellen sich immer wieder neue Schwierigkeiten entgegen, augenblicklich beschäftigt sich das Ministerium der öffentlichen Arbeiten mit dieser Angelegenheit. Für den Hauswart am Rathaus wurden die Anstellungsbedingungen festgesetzt; derselbe erhält 1800 M. Gehalt, freie Wohnung und Heizung. Außerdem 300 M. für eine Hilfskraft. Der jetzige Hauswart hat seine Stellung zum 1. Juli gekündigt; es kommt bei der Neubesetzung nur ein Militäranwärter in Frage. Genosse Breitmam ersuchte um Auskunft, aus welchem Grunde die Kündigung erfolgt sei. Vom Bürgermeister wurde mitgeteilt, daß der Hauswart eine Erhöhung seines Gehalts beantragt habe, dies sei jedoch von der Baukommission in Anbetracht der schlechten Finanzen abgelehnt worden. Für die Ausbesserung der Bismarckstraße wurden 500 M. bewilligt. Die Direktion der Siemensbahn hatte in den Abendstunden einen Teil der Anhängewagen in Pantow abgehängt, dadurch kam es häufig vor, daß sich die Fahrgäste entweder in den Vorderwagen quetschen lassen mußten, oder überhaupt nicht mitgenommen wurden. Die Gemeindevorstellung wandte sich beschwerdeführend an die Direktion und ersuchte um Abhilfe. Die Direktion hat nun in einem Schreiben mitgeteilt, daß wenn sich im Anhänger noch Fahrgäste befinden sollten und der Motorwagen normal besetzt sei, so müsse die Anhängewagen mit nach Nieder-Schönhausen geführt werden. In nichtöffentlicher Sitzung wurde mitgeteilt, daß die Turnhalle in der Charlottenstraße nicht mehr ausreicht, es muß daher eine neue Turnhalle errichtet werden. Unsere Vertreter ersuchten, daß der Bau einer Gemeindefurnhalle vorgenommen werden möge. Mit dieser Angelegenheit soll sich die Baukommission beschäftigen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Friedrichsfelde-Karlshof. Freitag, den 18. April, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Schulgebäude an der Treptow-Allee.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Der Flug Paris—Berlin gelungen!

Bereits im vorigen Jahre veruchteten mehrere französische Flieger, die Strecke Paris—Berlin an einem Tage zurückzulegen. Die Versuche mißlangten, wenn es auch Audemars gelang, binnen zwei Tagen Berlin zu erreichen. Am Mittwoch unternahm abermals zwei französische Flieger den Versuch: Audemars und Daucourt. Audemars hatte auch diesmal Pech. Nach einer Zwischenlandung in Mezières erreichte er zwar kurz vor 11 Uhr den Flugplatz Wanne, jedoch sah er sich durch die starken Böen verhindert, den Weiterflug nach Berlin fortzusetzen. Nach einigen Probetunden gab er um 4 Uhr nachmittags das Unternehmen auf, um am Donnerstag die zweite Hälfte der Strecke hinter sich zu bringen.

Mehr Glück als der Morane-Saulnier-Pilot Audemars hat sein Konkurrent, der Voreil-Flieger Daucourt, der am Mittwoch, um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr von Versailles aus aufgestiegen war, um über Lüttich Berlin zu erreichen. Nach Zwischenlandungen in Lüttich und Hannover traf er um 6 Uhr 39 Minuten glücklich auf dem Flugplatz Johannisthal ein. Die Telegramme besagen:

Hannover, 16. April. Der französische Flieger Daucourt, der heute früh um 5 Uhr 30 Minuten von Chateau-Port bei Paris zu einem Fluge nach Berlin aufgestiegen war, kam um 7 Uhr 40 Minuten französische Zeit in Lüttich an. Um 9 Uhr 30 Min. erfolgte der Weiterflug, worauf der Flieger um 1 Uhr 5 Minuten auf dem Großen Bult bei Hannover glatt landete. Daucourt ist um 3 Uhr 38 Minuten zum Weiterfluge nach Berlin aufgestiegen.

Johannisthal, 16. April. Der Flieger Daucourt, der heute früh bei Paris aufgestiegen war, ist, von Hannover kommend, um 6.39 Uhr auf dem hiesigen Flugplatz gelandet.

Damit ist die in der Luftlinie zirka 900 Kilometer betragende Strecke zum ersten Male binnen zirka 18 Stunden durchflogen worden. Die reine Flugzeit ist infolge der Zwischenlandungen um einige Stunden geringer. Daucourt hat durch seine glänzende Leistung den Preis des Pomery-Pokals errungen. Audemars wird sich nunmehr günstigstenfalls mit dem Preis für den ersten Flug Berlin-Paris begnügen müssen.

Die Leiden der Spitzbergen-Expedition.

Die norwegische Zeitung „Tidens Tegn“ meldet aus Green Harbour auf Spitzbergen: Nord und die Brüder Julius und Jörgen Jensen sind gestern hier angekommen. Stenersen ist mit Kapitän Størvad nordwärts weitergegangen. Nord und erzählt, daß er nach der Verabschiedung von Ritscher am 19. Dezember mit Eberhard und Stenersen nach Norden abgegangen sei. Eberhard habe sich bei Ungerhoof verirrt und sei trotz aller Nachforschungen und Abfeuern von Gewehr- und Pistolen nicht wiederzufinden worden. Nach einem zwölfständigen ununterbrochenen Marsch bei strenger Kälte hätten sie beide, stark erschöpft, eine Hütte in Ronjelbay erreicht, welche ohne Dach, Ofen und Fenster gewesen sei. Hier hätten sie drei Stunden auf Eberhard gewartet. Da sie nur etwas Nennmilch hatten und schlecht gekleidet waren, und das Wetter un-

zuverlässig war, hätten sie nicht weiter als bis Treurenbergbucht gehen dürfen. Die beiden Deutschen Dr. Deimers und Dr. Roejer seien zum letzten Mal am 2. Oktober südlich von Steplehool auf dem Karische südwärts mit Schlitten und Hund gesehen worden. Nord und die Brüder Jensen gebrauchten elf Tage, darunter sechs Marschtage, um von dem Schiffe in Treurenbergbucht nach Adventbay zu gelangen.

Schneesturm in Serbien.

Ein fürchterlicher Schneesturm herrscht seit 24 Stunden in ganz Serbien und besonders in Belgrad selbst. Der angerichtete Schaden ist unermesslich, in Belgrad konnten keine Zeitungen erscheinen, die elektrischen Leitungen sind zerstört. Die Stadt ist ohne Telefon, ohne Straßenbahn und ohne Licht. Besonders die Obstbäume haben unter dem Unwetter furchtbar gelitten. Der in den Obstkulturen entstandene Schaden beläuft sich auf Millionen. Eine hohe Schneedecke von über 60 cm bedeckt beinahe das ganze Land.

Kleine Notizen.

Selbstmord eines Bürgermeisters. Bürgermeister Leonhard Bittich von Erlentach, einem Ort mit 180 Einwohnern bei Fürth im Odenwald, hat sich am Dienstag erhängt. Da er zugleich den Posten eines Rechners der Spar- und Darlehnskasse bekleidete, wird vermutet, daß bei der Kasse etwas nicht in Ordnung gewesen ist.

Blutig endende Lohnstreitigkeiten. In Warschau kam es zwischen Meistern und Arbeitern einer Baumwollfabrik wegen der Lohnberechnung zu einem blutigen Zusammenstoß. Durch Schüsse wurden zwei Personen getötet und vier verwundet. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen.

Brandunglück in einem Bergwerk. Am Mittwoch früh 4 Uhr geriet auf der Schachtanlage Wehrten der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ ein Schachtgerüst in Brand und stürzte ein. Das Gerüst stürzte in den Schacht. Hierdurch wurde die Fördereinrichtung unterbrochen und 15 Bergleute eingeschlossen. Einer davon wurde durch herabstürzende Balken getötet, vier Bergleute erlitten geringfügige Verletzungen. Die anderen wurden unverletzt geborgen.

Ein neues Unglück auf der „Union“. Auf der „Union“ hat sich am Montag morgen ein neues Unglücksfall ereignet. Als Arbeiter damit beschäftigt waren, mit einem Eisenkan Eienteile hochzuwinden, löste sich plötzlich das Seil und der Kran stürzte mit seiner schweren Last in die Tiefe. Drei darunter beschäftigte Arbeiter wurden schwer verletzt, zwei von ihnen mußten sogleich ins Krankenhaus gebracht werden. Drei weitere Arbeiter wurden leicht verletzt. — Nebenbei hat das Grubenunglück, das sich am 11. April auf der „Union“ ereignete, nunmehr das vierte Menschenleben gefordert. Am Dienstag starb im Krankenhaus der Arbeiter Ludwig Gütler, der durch herausgeschleuderte Koks- und Eisenmassen sehr schwer verletzt worden war.

Beseabend.

Steglich, Sonnabend, den 19. April, 1/9 Uhr abends, bei Heilmann, Florastr. 4: Feier des zehnjährigen Bestehens der Frauenorganisation in Steglich.

Jugendveranstaltungen.

Neußöln, Freitag, den 18. April, abends 8 Uhr, in den Gassenhäusern-Eiden, Kottbusser Damm 76: „Große Jugendversammlung“. Tagesordnung: „Warum freie Jugendbewegung?“ Referent Herr Redakteur Däumig. Nachdem freie Ansprache. Nachbesuch wird erwartet.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Siehe Berlin, Sonntag, den 20. April: 1. Kartentunde im Gelände Grunewald. Treffpunkt 7 Uhr 30 Min. Grunewald (West-Baldhaus). Für Interessenten findet am Freitag, den 18. April, abends 8 Uhr, im Lokal Knörig, An der Stralauerbrücke 8, ein Lichtbildvortrag über Kartentunde statt. 2. Reichs-Vogelzug-Bericht. 3. Stettiner Fernzähl. 5.30 vorm. 4. Wandmanns-Luft-Tegel. 5. Stettiner Vortragsabst. 1.20 nachm. Gölle mitkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. u. 29), Hamburg. (Zentrale Lichtenberg II (früher Rummelsburg). Sonnabend, den 19. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Oskar Blume, Bechhagen, Ecke der Neuen Bahnhofstraße: Mitgliederversammlung. Statutenberatung.

Eingegangene Druckschriften.

Das **Wirtshaus zum König Brzenhöhl**. Gedichte von S. S. Strobl. 191 S. — **Gertrud Zornweber**. Roman von R. Greinz. 388 S. — **Es war einmal ein Bischof**. Roman von Adam Müller-Guttenbrunn. 331 S. 2. Gledmann, Leipzig.

Marktpreise von Berlin am 15. April 1913, nach Ermittlungen des Amtl. Vieh- und Schlachtbureau. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,35 bis 20,50, mittel 20,05—20,22, geringe 19,80—19,94. Roggen, gute Sorte 16,35—16,40, mittel 16,24—16,36, geringe 16,30—16,32 (ab Bahn). Butter, gute Sorte 16,20—16,30, mittel 15,60—16,10, geringe 15,00—15,50. Käse, gute Sorte 17,50—19,80, mittel 16,00—17,50 (frei Wagen und ab Bahn). Fleisch (mager), gute Sorte 14,50—15,10. Fleisch (runder), gute Sorte 15,40—15,60. Rindfleisch 4,80—5,00. Schweinefleisch 5,80—7,20.

Paritätallienpreise. 100 Kilogramm. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Erbsenbohnen, weiße 35,00—60,00. Erbsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Rheinl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Reule 1,90—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,00. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Rote 1,50—3,20. Gamber 1,40—3,50. Schote 1,20—2,50. Sardine 1,00—2,40. Schote 1,00—3,20. Rote 0,80—1,40. 60 Stück Röhre 2,00—4,50.

Witterungsübersicht vom 16. April 1913.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- art	Temper. in C. u. F.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- art	Temper. in C. u. F.
Swinecude	763,8	RND	2	2	Caparanda	766,0	—	2	—
Hamburg	761,2	ED	2	2	Petersburg	767,0	—	2	—
Berlin	762,8	—	1	2	Seibitz	747,0	—	2	—
Frankf. a. M.	763,0	—	1	2	Aberdeen	737,0	—	2	—
München	764,0	—	4	1	Paris	760,0	—	2	—
Wien	760,5	—	4	1					

Wetterprognose für Donnerstag, den 17. April 1913.
Etwas wärmer, vielfach wolkig bei mäßigen (schwachen) Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.



Sunlicht Seife



wird aus streng geprüfem, edelstem Rohmaterial hergestellt! Ihre Qualität ist daher immer zuverlässig die beste! Da sie für alle Zwecke, wo es sich um einwandfreie Reinlichkeit handelt, geeignet ist, verwenden nur diese Seife Millionen Hausfrauen jeden Standes!